

Historische Studien,,

unter Mitwirkung der Herren Universitätsprofessoren: G. Beckmann,
G. v. Below, A. Cartellieri, F. Delitzsch, W. Goetz, R. Holtzmann, P. Joachim-
sen, H. Lietzmann, Ed. Meyer, F. Philippi, H. Reincke-Bloch, R. Sternfeld,
F. Vigener, A. Wahl, G. Wolf, J. Ziekursch u. a.
herausgegeben von Dr. E. Ebering.

Heft 161

Die Beschlüsse der deutschen Hoftage von 911 bis 1056

Von

Dr. Martin Lintzel

BERLIN

1924

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.

Vaduz

1965

Reprinted from a copy in the collections of
The New York Public Library

Printed in the United States of America

Vorwort.

Die vorliegende Arbeit, eine Hallesche Dissertation, geht auf eine Anregung meines verstorbenen Lehrers Geheimrat A. Werminghoff zurück: er empfahl mir, die Beschlüsse der deutschen Reichstage in kirchlichen Angelegenheiten während der Kaiserzeit zu untersuchen.

Von der größten Wichtigkeit für die Untersuchung dieser Beschlüsse war die Frage nach der verfassungsrechtlichen Stellung des Reichstages. Je mehr ich mich mit ihr, zunächst hauptsächlich für die Zeit der Ottonen und Salier, beschäftigte, um so mehr glaubte ich zu erkennen, daß die Ansichten, welche man bisher über sie geäußert hat, weder ein einheitliches noch ein abschließendes Urteil ergeben. In den Monographien, welche über den deutschen Reichstag der genannten Zeit geschrieben sind, schien mir diese Frage nicht in einer Weise gelöst zu sein, die eine nochmalige Behandlung überflüssig machte. Die Abhandlungen von P. Guba und W. Sickel, fast gleichzeitig erschienen, gehen in der Auffassung des rechtlichen Wesens eines Reichstagsbeschlusses auseinander. Sickel bestreitet ihren rechtlichen Wert völlig. Guba ist offensichtlich anderer Meinung; freilich drückt er sich ziemlich unklar und nicht immer ohne Widerspruch aus. Beide Autoren aber behandeln nur den weltlichen Reichstag; die übrigen Versammlungen am königlichen Hofe und ihr Verhältnis zu jenem ignorieren sie so gut wie gänzlich.

Aus diesen Gründen habe ich nicht bloß die Reichstage, sondern alle Hoftage, und nicht allein die Beschlüsse in kirchlichen Dingen, sondern sämtliche Beschlüsse in den Kreis der Betrachtung gezogen und habe das Hauptgewicht der Untersuchung auf den verfassungsgeschichtlichen Teil gelegt; ich habe sie dafür freilich auf die Zeit von 911 bis 1056 beschränkt, was in der Arbeit selbst gerechtfertigt ist.

Daß es außerordentlich schwierig ist, Rechtsverhältnisse des Mittelalters zu erkennen und darzustellen, ohne dabei entweder zu juristisch und konstruktiv oder zu zurückhaltend und damit leicht zu unklar zu verfahren, brauche ich hier nicht zu betonen. Ich kann mir nicht einbilden, diese Fehler vermieden zu haben; eine befriedigende Anschauung von auch nur einem kleinen Teile der mittelalterlichen Verfassungsgeschichte wird wohl nur der gewinnen und wiedergeben können, der über die genaueste Bekanntschaft mit dem gesamten Rechts- und Verfassungsleben des Mittelalters verfügt.

Ich möchte noch bemerken, daß ich in den Anmerkungen nur die notwendigste Literatur zitiert habe.

Herrn Professor R. Holtzmann schulde ich für das freundliche Interesse, das er meiner Arbeit entgegengebracht hat, vielen Dank.

Halle, Saale, März 1924.

Martin Lintzel.

Einleitung

Es ist bekannt, daß im Mittelalter am Hofe des deutschen Königs Versammlungen stattfanden, deren Entschlieûungen in mannigfaltiger Weise auf die Regierung des Reiches eingewirkt haben. Der Einfluß dieser Hoftage hat während der Wandlungen, denen die Stellung des deutschen Königtums im Laufe des Mittelalters unterworfen war, verschiedene Stärke und verschiedene Formen angenommen. Das, was er in einem Zeitabschnitt bedeutete, darf man nicht als auch für einen anderen geltend voraussetzen; für jede Epoche in der Geschichte des deutschen Königtums ist auch eine solche in der Geschichte des Hoftages anzunehmen. In der folgenden Untersuchung sollen die Beschlüsse der deutschen Hoftage während der anderthalb Jahrhunderte, die man als die Zeit des Aufstieges und der festesten Macht des Königtums anzusehen pflegt, vom Ende des letzten Karolingers bis zum Tode Heinrichs III., betrachtet werden. Wohl hat auch dieser Zeitraum seine Kämpfe und politischen und verfassungsgeschichtlichen Veränderungen gehabt, welche die folgende Abhandlung immer zu berücksichtigen haben wird. Aber den großen Zügen der historischen Entwicklung nach betrachtet erscheint er doch als in sich geschlossen. Von den vorausgehenden Jahrhunderten wird er getrennt durch die Kluft, die der Zusammenbruch des Karolingischen Systems riß, von den folgenden durch die Erschütterungen und Katastrophen des Investiturstreites.

Nach zwei Gesichtspunkten müssen die Beschlüsse der Hoftage hauptsächlich untersucht werden. Einmal ist die Frage nach ihrem rechtlichen Wesen, nach der Stellung, welche sie in der Verfassung des Reiches einnahmen, und dann die Frage nach ihrer politischen Wirksamkeit, nach dem, was sie im Flusse der Ereignisse zu bedeuten hatten, zu erörtern. Die Lösung der ersten Frage ist die Vorbedingung für die Beantwortung der zweiten. Denn ohne die Kenntnis der rechtlichen Grundlagen, welche diese Beschlüsse hatten, sind ihre politischen Wirkungen nicht richtig einzuschätzen.

Erster Teil

Die rechtliche Bedeutung der Beschlüsse der Hoftage

Die Versammlungen am königlichen Hofe in der hier behandelten Zeit lassen sich nach ihrem Wesen und der Art ihrer Beschlüsse in zwei große Gruppen, nämlich in Hoftage weltlichen und in Hoftage kirchlichen Charakters zerlegen. Eine genauere Begründung und Ausführung dieser Einteilung wird die Untersuchung noch in ihrem Verlaufe zu geben haben. Zunächst wendet sie sich, indem die geistlichen Versammlungen vorläufig unberücksichtigt gelassen werden, der Behandlung des rechtlichen Wesens der weltlichen Hoftage und ihrer Entschlüsse zu.

Erster Abschnitt

Die Beschlüsse der weltlichen Hoftage

Erstes Kapitel

Definition und Einteilung des Begriffes der weltlichen Hoftage

Das Wort „Hoftag“ ist die Wiedergabe der von den Quellen unseres Zeitabschnittes dafür gebrauchten Bezeichnungen „conventus“ und „colloquium“ und ähnlicher Worte,¹ sofern sich diese auf eine vom König oder auch von seinem Stellvertreter berufene und geleitete Versammlung beziehen. Diese Ausdrücke bedeuten zunächst weiter nichts, als Zusammenkunft, Unterredung, und entziehen sich in ihrer Allgemeinheit jeder schärferen Definition.

1. Ueber die Bezeichnungen der Hoftage vgl. P. Guba, Der deutsche Reichstag in d. J. 911—1125, 1884, S. 5 ff. „Curia“, das eigentlich unserm „Hoftag“ entspricht, wird erst später verwandt.

Doch offenbar sind diese Benennungen Sammelnamen für verschiedenartige, wenn auch unter sich einen großen, eben den in der Benennung ausgedrückten, Zusammenhang wahrennden, Begriffe.

Zwar sind die Auslassungen der Quellen in diesem Punkte meist undeutlich und verschwommen. Aber sie lassen doch erkennen, daß das, was wir unter „Hoftag“ verstehen, verschiedene Modifikationen hatte. Es kommt darauf an, diese Modifikationen festzustellen, um so eine Grundlage für die Beurteilung des einzelnen Hoftages und seiner Beschlüsse zu gewinnen. Freilich wird die Bedeutung dieser Feststellungen wieder erst durch die Betrachtung der Beschlüsse selbst völlig klar gestellt werden.

Wipo schreibt im zwanzigsten Kapitel seiner „Gesta Chuonradi“, der Kaiser habe in Augsburg ein „colloquium familiare cum suis fidelibus“ und darauf in Ulm ein „colloquium publice conductum“ abgehalten. Zwei verschiedene Arten von Hoftagen sind damit gegenübergestellt.

Wie aus Wipos Bericht deutlich hervorgeht, ist das Wesen des „colloquium familiare“, daß die Auswahl seiner Teilnehmer allein von dem Gutdünken des Königs abhing. Ein „colloquium familiare“ wird noch einmal von Wipo erwähnt;² sonst findet sich diese Bezeichnung in den Quellen nicht wieder; auch Ausdrücke, denen wir mit Bestimmtheit denselben Sinn beilegen könnten, lassen sich nicht aufzeigen. Trotzdem kann kaum bezweifelt werden, daß diese Art eines Hoftages eine häufige Erscheinung war, und daß wir viele der nur mit den Namen „conventus“ oder „colloquium“ benannten Versammlungen dafür anzusehen haben. Denn zahlreiche Königsurkunden berichten uns von einer derartigen Besprechung, die sich in bald sehr kleinem, bald in größerem Maßstabe am königlichen Hofe abspielte, aber in nichts Wesentlichem von dem „colloquium familiare“ des Wipo unterschied. Diese Besprechungen als „conventus“ oder „colloquium“ besonders hervorzuheben, mag für die Historiographen bloß eine Veranlassung vorgelegen haben, wenn sie sich durch eine besonders große Teilnehmerzahl oder Bedeutsamkeit auszeichneten.

2. Wiponis Gesta Chuonr. cap. 21 in: Die Werke Wipos, hsg. v. H. Breßlau, 3. Aufl. 1915.

Im Gegensatz zu dem „colloquium familiare“ steht das „colloquium publice conductum“, die „öffentlich angesagte Versammlung“. Hierher gehören weitaus die meisten der von den Quellen verzeichneten Hoftage.

Auch diese von Wipo gebrauchten Worte werden sonst nicht verwandt.³ Aber es ist klar, daß der öfter vorkommende Ausdruck „conventus publicus“⁴ durchaus dasselbe bedeutet. Für eine Versammlung, die von Ekkehard IV. in den „casus St. Galli“⁵ als „colloquium publicum“ mitgeteilt wird, gebraucht der Verfasser des chron. Lauresh.⁶ die Bezeichnung „generalis conventus“. Auch abgesehen von dieser Gleichsetzung ist als sicher anzunehmen, daß der häufig erwähnte „generalis“ oder „universalis conventus“⁷ auch ein „conventus publicus“ war, wobei zunächst dahingestellt sein mag, ob die besondere Benennung auch eine besondere Färbung des Begriffes ausdrücken soll. Ganz dasselbe gilt für Bezeichnungen wie „conventus totius populi“⁸

3. Eine synonyme Wendung findet sich in den *Annales Sangallenses maiores*: 1027 (abgedruckt in: H. Breßlau. *Die Werke Wipos*, 1915): *publicum conventum indixit*.

4. Fritzlar. 919. Ekkeh. IV. *Cas. St. Galli. Contin. I.* hsg. v. G. Meyer v. Knonau: *St. Gallische Geschichtsquellen*, 3. 1877, cap. 49; Augsburg 952: *Continuator Regin.* hsg. v. F. Kurze 1890 ad 952; Derenburg 998: Thietmari Merseburg. *episc. chron.* hsg. v. F. Kurze, 1889, IV, 41 (26); Allstedt 1017: Thietmar VIII. 50 (VII, 35); Kamba 1024: Brief Berns v. Reichenau bei W. v. Giesebrecht. *Gesch. d. dtsch. Kszt.* II⁵, 1885, S. 709; Köln 1024: Wipo cap. VI; Ulm 1027: *Ann. Sangallens.* 1027; Augsburg 1036: *Ann. Hildesh.*, hsg. v. G. Waitz 1878, 1036.

5. *Cas. St. Galli* cap. 49.

6. *Chron. Laureshamense*, M. G. SS. XXI, 334 ff., S. 388.

7. *generalis conventus*: Fritzlar 919: *chron. Lauresh.*; Nimwegen 949: *DO. I*, 111 = Böhmer-Ottenthal 176; Worms 961: *Ann. S. Nazarii*, M. G. SS. XVII, S. 33, 962; Diedenhofen 1003: Thietmar V, 27 (17); (Pavia 1037: *Ann. Hildesh. u. Wipo c.* 35); Solothurn 1038: Wipo, cap. 38; Ulm 1043: *Ann. Sangall. mai.* 1043; Merseburg 1053: *Ann. Altah. maior.*, hsg. v. E. Frh. v. Oefele, 1891, 1053; Regensburg 1055: *Ann. Altah.* 1055.

universalis conventus: Stela 938: *Widukindi rer. gest. Saxon. libri III*, hsg. v. K. A. Kehr 1904. II, 10; Dortmund 953: *Widukind III*, 16; Langenzenn 954: *Widukind III*, 32; Arnstadt 954: *Widukind III*, 41.

8. *conv. totius* (auch *omnis, universalis*) *populi*: Fritzlar 919: *Widukind I*, 26; ähnlich: Erfurt 936: *Widukind I*, 41; Stela 938: *Widukind II*, 10; Nimwegen 949: *DO. I*, 111 = Böhmer-Ottenthal. 176; Dortmund 953: *Widukind*

oder „conventus omnium“.⁹ Endlich wird man auch einen großen Teil der Versammlungen, die nur als „conventus“ oder „colloquium“ mitgeteilt sind, hierher zu rechnen haben.

Was nun den Begriff des „colloquium publicum“ anlangt, so zeigt sich, daß sich eine nähere Erläuterung als die oben angeführte Uebersetzung nur ungenügend geben läßt.

Man pflegt in der Einladung zu diesem Hoftage eine Verpflichtung der Eingeladenen zum Erscheinen zu erblicken. Diese Ansicht wird durch einige Quellenzeugnisse für unsere Periode wohl wahrscheinlich gemacht; aber mit Sicherheit erwiesen werden kann sie nicht.¹⁰

Es ist einige Male überliefert, daß das Fernbleiben (von Hoftagen als ein Beweis der Untreue gegen den König angesehen wurde.¹¹ Aber gegen die Stichhaltigkeit dieses Grundes läßt sich geltend machen, daß es sich in all diesen Fällen darum zu handeln scheint, daß die Fernbleibenden zu der betreffenden Versammlung besonders zitiert waren. Auch die aus einer späteren Zeit stammenden, gern als Beweis für eine allgemeine Verpflichtung angesehenen von Cosmas überlieferten Worte eines deutschen Königs: „aut quoniam maior potest esse iniuria, quam

III, 10; Langenzenn 954: Widukind III, 32; Arnstadt 954: Widukind III, 41; Worms 961: Cont. Reg. 961 (ist bloß von consensus totius populi die Rede).

conv. totius senatus plebisque wird angegeben: Magdeburg 999: Ann. Quedlinbg. M. G. SS. III, 22 ff., 999; Allstedt 1021: Ann. Quedlinbg. 1021.

9. Aachen 936: Widukind II, 1; Worms 950: DO. I, 120 = Böhm.-Ottenth. 184; Köln 953: Cont. Reg. 953; Regensburg 960: Thietmar II, 17 (11); Aachen 961: Cont. Reg. 961; Köln 965: Ruotgeri vita Brunonis archiep. hsg. v. G. H. Pertz 1841, cap. 42; Quedlinburg 966: Annalista Saxo. M. G. SS. VI, 542 ff., 966; Worms 966: Cont. Regin. 966; ? 974: Ann. Altah. 974; Dortmund 978: Alpertus, De episc. Mettensibus lib. fragm., M. G. SS. IV, 697 ff.; Verona 983: Thietmar III, 24 (14); Magdeburg 984: Thietmar IV, 1; Rara 984: Ann. Quedlinbg. 984; Derenburg 998: Thietmar IV, 41 (26); Regensburg 1055: Anonym. Haserens. M. G. SS. VII, 254 ff., cap. 38.

10. Ein Grund, sie zu bezweifeln, dürfte deshalb allerdings kaum vorliegen. Denn es deutet auch nichts auf das Gegenteil hin, während sie für andere Zeiten als gesichert betrachtet werden kann. — Vgl. R. Schröder, Lehrbuch der dtsh. Rechtsgesch., 6. Aufl. bes. v. E. v. Künßberg 1922, S. 554.

11. Widukind II, 10: Ann. Quedlinbg. 1012 (wenigstens ähnlich); Herimanni Augiensis chron. M. G. SS. V, 67 ff., 1053.

quod ipse vocatus non venit ad nostra concilia?“¹² beweisen doch weiter nichts, als daß das Nichterscheinen eines „vocatus“ als Vergehen angesehen wurde, womit nichts darüber gesagt ist, ob diese Zitation schon durch das „publice condicere“, wie es Wipo anführt, gegeben war.

Einmal wird die Anwesenheit von Fürsten am Königshof als „herile servitium“ erwähnt.¹³ Doch es fragt sich, ob man das auf einen Hoftag beziehen kann; außerdem handelt es sich dabei um Geistliche, für die bekanntlich andere und weitergehende Verpflichtungen dem König gegenüber bestanden, als für Laien.¹⁴

Aber wie es sich auch damit, ob man die allgemeine Einladung zum Hoftage sich als eine allgemeine Verpflichtung zu denken hat, verhalten mag, soviel steht fest: in den Quellen ist kein Anzeichen dafür vorhanden, daß der Gedanke der Verpflichtung oder Nichtverpflichtung ein neues Unterscheidungsmerkmal in den Begriff das „colloquium publicum“ tragen könnte. Von dem Gesichtspunkte aus betrachtet erscheint diese Gruppe der Hoftage als durchaus einheitlich.¹⁵

Dagegen ergeben sich bei der Untersuchung der Frage, wer eigentlich eingeladen wurde, Unterscheidungen.

12. Cosmas Pragensis chronica Boemorum hsg. v. B. Bretholz, 1923, III, 56. — vgl. Guba, S. 19.

13. Wolfherii vita Godehardi prior M. G. SS. XI, 167 ff., cap. 35.

14. Wieweit ein zu einem weltlichen Hoftag Geladener einen Vertreter zu schicken hatte, falls er nicht erschien, läßt sich nicht erkennen.

15. In welcher Weise die Ladung vor sich ging, ist schwer zu sagen. Wenn manchmal die Quellen bemerken, sie sei „per edictum“, oder ähnlich erfolgt, so besagt das natürlich sehr wenig (vgl. Widukind II, 10; Ann. Altah. ad 974; Thietmar VI, 41 [26]; Thietmar VIII, 54 [VII, 39]). Auf die Art und Weise der Ladung der weltlichen Fürsten deutet vielleicht eine Bestimmung des hundert Jahre späteren „privilegium minus“ hin: „dux . . aliud servitium non debeat imperio, nisi quod ad curias, quas imperator in Bawaria prefixerit, evocatus veniat“ (Const. I, Nr. 159). Daraus, daß das Privileg hier dem Herzog zubilligt, nur „evocatus“ in Bayern erscheinen zu müssen, darf man vielleicht schließen, daß gewöhnlich ein besonderes „evocare“ nicht üblich war, daß also allgemein eingeladen wurde. In welcher Form, ist nicht zu sagen. — Wie man sich die Ladung der geistlichen Fürsten wenigstens zu den Synoden zu denken hat, vgl. Abschnitt II, cap. IV.

In den Quellen stehen sich die Ausdrücke „conventus totius populi“ oder gleichbedeutende Bezeichnungen und „conventus principum“ oder „primatum“, auch „optimatum“ und „procerum“ und ähnliche Ausdrücke gegenüber.

„Conventus populi“¹⁶ werden so gut wie ausschließlich von sächsischen Quellen erwähnt.¹⁷ Man darf daraus schließen, daß es sich dabei um eine Einrichtung handelt, die im wesentlichen nur in Sachsen gebräuchlich war. Daß die sächsischen Chronisten den erwähnten Ausdruck auch auf Hoftage, welche außerhalb ihres Landes stattfanden, anwenden, kann kaum etwas dagegen beweisen. In diesen Fällen haben sie die Verhältnisse ihrer Heimat auf das übrige Deutschland übertragen.¹⁸

Die Bezeichnung „conventus primatum“ kommt oft vor. Auch wo sie nicht ausdrücklich gebraucht ist, wird man sie in außersächsischen Ländern für den „conventus publicus“ ansetzen haben.

Welche Stände man unter den *primates*, die die Hoftage besuchten, zu verstehen hat, ist nicht völlig deutlich. Guba¹⁹ zieht zur Erklärung eine Angabe des Bernold über die Besucher des Reichstages von Ochsenfurt 1081 heran: „*principes regni Teutonorum, scilicet archiepiscopi, episcopi, duces, marchiones et comites*“.²⁰ Eine aus dem Jahre 966 stammende, umfangreichere Definition gibt eine Urkunde Ottos I., die, nachdem einige Erzbischöfe und Bischöfe mit Namen genannt sind, fortfährt: „*(consilio) . . . reliquorumque primatum nostrorum abbatum, ducum, marchionum, comitum*“;²¹ ähnlichen Aufschluß gibt ein Diplom aus dem Jahre 950, das als *principes* die *episcopi, abbates* und

16. *conventus populi* siehe die Beispiele in Anm. 8. Dazu kommt noch: Werla 968: Widukind III, 70.

17. Eine halbe Ausnahme macht Contin. Regin. zu 961 (vgl. Anm. 8), worauf weiter unten eingegangen wird. Ebenso DO. I, 111 = Böh.-Ottenth. 176.

18. Ob, sobald die Sachsen zu einem Hoftag außerhalb ihres Landes zogen, auch der *populus* oder nur die *principes* vertreten waren, läßt sich nicht ausmachen.

19. Guba S. 43.

20. Bernoldi chron. M. G. SS. V, 385 ff. ad. 1081.

21. DO. I. 316 = Böh.-Ottenth. 418.

comites anführt.²² Zu der Aufzählung Bernolds kommen also noch die Aebte hinzu. Das würde mit der Ansicht Wilhelm Sickels, der meint, daß seit der Karolingerzeit die Reichsäbte zu den Besuchern der Hoftage gehörten, übereinstimmen.²³

Grundlegende Gegensätze haben zwischen den „conventus populi“ und „primatum“ offenbar nicht bestanden. Es kommt vor, daß auch außerhalb der sächsischen Grenzen und von nicht sächsischen Quellen eine Versammlung des Volkes genannt wird.²⁴ Andererseits erscheinen auch in Sachsen die Fürsten durchaus als die bedeutendsten Teilnehmer an den Hoftagen, und im Laufe der Zeit verblaßt neben ihrer Stellung die des Volkes. Im elften Jahrhundert müssen auch die sächsischen Hoftage im allgemeinen als Fürstentage gelten. Der Ausdruck „conventus totius senatus plebisque“ des Quedlinburger Annalisten scheint nicht viel mehr als eine Phrase zu sein, die er der Antike entlehnt hat.²⁵ Andere Bezeichnungen, die auf eine sächsische Volksversammlung deuten, kommen in dieser Zeit nicht mehr vor.

Zuweilen berichten die Quellen von Hoftagen des gesamten Volkes oder aller Fürsten,²⁶ — auf welchen Bezirk sie sich beziehen, bleibe hierbei unbeachtet, — zuweilen erwähnen sie bloß eine Vielheit, jedenfalls keine Gesamtheit als Besucher der Hoftage. Der scheinbar dadurch entstehende Gegensatz verflüchtigt sich in ein Nichts, wenn man bedenkt, daß die Worte, die das Vorhandensein einer Gesamtheit auszudrücken scheinen, von den

22. DO. I, 120 = Böhm.-Ottenth. 194.

23. Zur Geschichte des deutschen Reichstags im Zeitalter d. dtseh. Königtums (M. I. Ö. G. 1. Ergbd., 1885, S. 220 ff.) S. 232. — Ob es sich bloß um Reichsäbte handelt, kann nicht bestimmt gesagt werden. Man weiß ja nicht mit Bestimmtheit, ob bloß sie zu den Reichsfürsten gehörten. (Vgl. J. Ficker, Vom Reichsfürstenstande I. 1861, S. 69.) Ebenso darüber, ob auch bis etwa zur Mitte des 10. Jh. die Bischöfe und Aebte zu den Besuchern der „conventus primatum“ zu zählen sind, könnte man in Zweifel sein. An der Wahl Ottos I. in Aachen 936 waren sie bekanntlich nicht beteiligt, weshalb A. Hauck (Kirchengesch. Dtschl. III, ³ und ⁴, 1906, S. 27) bemerkt: „sie wurden nicht zu den Fürsten gerechnet“. Ebenso U. Stutz in: Reims und Mainz in der Königswahl d. 10. u. zu Beginn d. 11. Jh. (Sitzber. d. Preuß. Akad. d. W. 1921, S. 414 ff.).

24. Cont. Regin. ad 961 (wenigstens ähnlich) und DO. I, 111 = Böhm.-Ottenth. 176.

25. Vgl. Ann. 8. ähnl. Ruotg. v. Brun. c. 41.

26. Vgl. Ann. 8 und 9.

mittelalterlichen Autoren ohne die mindeste begriffliche Genauigkeit gebraucht sind.²⁷

Auf weitere Unterscheidungen der weltlichen Hoftage ihrer inneren Struktur nach, als die angegebenen, scheinen die Quellen nicht hinzudeuten. Aber untersucht man die Masse der Versammlungen am königlichen Hofe nach einem anderen als dem bisherigen Gesichtspunkte, nämlich unter Berücksichtigung der Frage, für welche Bezirke die Hoftage galten, so ergeben sich neue, andersartige Scheidungen. Neben den bisher konstatierten, wenn man so sagen darf, qualitativen Unterschieden machen sich quantitative bemerkbar.

Man pflegt unter diesem Gesichtspunkte die Hoftage für die behandelte Zeit in Reichstage oder besser Reichshoftage²⁸ und in eigentliche Hoftage einzuteilen, von denen die ersteren

27. Aus den scheinbaren Angaben der Quellen über Versammlungen einer Gesamtheit hat Wilhelm Sichel sehr weitgehende Folgerungen gezogen. Er erklärt in seiner Abhandlung zur Geschichte des deutschen Reichstages (S. 221): „Der Reichstag ist die . . . versammelte Gesamtheit fest bestimmter Klassen von Würdenträgern im Königreich“. (S. redet nur von Reichstagen, würde seine Ansicht aber auch zweifellos auf andere Hoftage, die für einen festen Bezirk galten, wie die Landeshoftage, ausdehnen.) Die Voraussetzung der Gesamtheit ist für ihn, daß alle Mitglieder geladen, nicht, daß sie wirklich erschienen waren. Zur Verdeutlichung seiner Ansicht schreibt er (S. 231): „Waren alle Mitglieder zum Kriege aufgeboten und eingetroffen, so stand kein rechtliches Hindernis entgegen, mit ihnen einen Reichstag abzuhalten; fehlte jedoch auch nur ein Reichstagsmitglied, so war ein Reichstag unmöglich, freilich aber nicht ein Rat mit denselben Wirkungen wie ein Reichstag“. Sicher steht nichts im Wege, einen Reichstag auf die Weise, wie es Sichel tut, zu definieren, und jeder Versammlung, auf die diese Definition nicht paßt, einen anderen Namen beizulegen. Allein dafür, daß die Quellen diese Definition gekannt oder unbewußt befolgt hätten, läßt sich durchaus kein Beweis erbringen, da, wie im Text gesagt und unten näher gezeigt wird, ihre Angaben über Gesamtheiten jeder Schärfe entbehren. Es läßt sich also nichts darüber sagen, ob jemals ein Reichstag, wie ihn Sichel definiert, stattgefunden hat; sollte es aber wirklich der Fall gewesen sein, so haben die Quellen keine Veranlassung genommen, diese Reichstage als irgendwie aus der Masse der übrigen Versammlungen hervorstechend hinzustellen, was doch allein Sichels feine Begriffsbildung rechtfertigen könnte.

28. Reichshoftage genannt und von den übrigen deutlich unterschieden werden diese Versammlungen nur von J. Ficker: Vom Reichsfürstenstand II, 2, hsg. v. P. Punschart, 1921, S. 1 ff.

vom ganzen Reich, die letztern bloß von den Angehörigen einer Provinz besucht wurden.²⁹

Es fragt sich zunächst, welche Angaben der Quellen dazu berechtigen, einen Reichshoftag anzunehmen.

Guba erklärt die Versammlungen, die als „universalis“ oder „generalis“ bezeichnet sind, für Reichstage.³⁰ Eine gewisse Bestätigung scheint diese Auffassung durch einige Quellen zu erhalten. So schreibt zum Jahre 1055 der Anonym. Haserens.³¹ von einer Versammlung, welche die Altaicher Annalen³² ein „generale colloquium“ nennen, es seien „universi regni primates“ anwesend gewesen; und aus dem Jahre 961 wird eine Zusammenkunft „regni procerum totiusque populi“³³ als „generale placitum“³⁴ überliefert. Daß dennoch die Bezeichnung „generalis“ nicht einen Hinweis auf die Beteiligung des ganzen Reiches bedeuten soll, lehrt eine Stelle bei Thietmar, die lautet: „(rex) . . . generale ibidem colloquium cum comprovincialibus habuit“.³⁵ Gleichviel, ob man unter den „comprovinciales“ Bischöfe oder weltliche Große, und was man unter der Provinz verstehen will, soviel ist sicher, daß es sich bloß um einen Teil des Reiches handelt, der auf dem „generale colloquium“ vertreten war. Die Ausdrücke „generalis“ und „universalis“ scheinen in der Tat nichts weiter, als dasselbe wie („communis“ oder) „publicus“ zu bedeuten.

Auch die häufigen Angaben der Quellen, es habe eine Versammlung „omnium principum regni“ oder „totius regni“³⁶ stattgefunden, beweisen nicht mit Bestimmtheit einen Reichshoftag. Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß derartigen Ausdrücken nicht unbedingt Glauben zu schenken ist. So sprechen die Quedlinburger Annalen³⁷ anlässlich einer Domweihe in Qued-

29. Vgl. Schröder S. 553.

30. Guba S. 6. Ebenso Schröder S. 553.

31. Anonymus Haserens. cap. 38.

32. Ann. Altah. ad 1055.

33. Contin. Regin. 961.

34. Ann. S. Nazarii. 962.

35. Thietmar V, 27 (17).

36. Vgl. Anm. 8 und 9. Dazu kommen: Quedlinburg 1021: Ann. Quedlinbg. 1021; Köln 1042: Ann. Altah. 1042.

37. Ann. Quedlinbg. 1021.

linburg im Jahre 1021 von einem „conventus totius regni episcoporum ac optimatum“, während in Wirklichkeit die Anwesenheit von nicht mehr als vier sächsischen Bischöfen anzunehmen ist.³⁸ Nach Wipo wurde 1027 der Graf Thasselgard „cunctis principibus regni adiudicantibus“ hingerichtet;³⁹ tatsächlich kann das Urteil bloß von einigen Fürsten gefällt sein, die bei der überraschenden Verhaftung des Grafen zufällig zugegen waren. Weiter meint Wipo, Heinrich III. habe 1031 seinen Frieden mit Ungarn „unico consilio principum regni, patre nesciente“ geschlossen;⁴⁰ das ist unmöglich, nach Lage der Dinge kann es sich bloß um den Rat von bayrischen Fürsten gehandelt haben.⁴¹

Unter diesen Umständen erscheint es als eindeutig erwiesen, daß ein Reichshoftag stattfand, allein, wenn aus der Aufzählung der Teilnehmer an einem Hoftage hervorgeht, daß das ganze Reich vertreten war. So berichtet der continuator Reginonis,⁴² 952 habe in Augsburg ein „conventus Francorum, Saxonum, Bawariorum, Alemannorum et Langobardorum publicus“ stattgefunden. Nach den Magdeburger Annalen⁴³ berief Otto II. 983 nach Verona einen „conventus Saxonum, Francorum, Letharingorum, Bawariorum, Italicorum aliorumque lingua et natione dissimilium“. Daß in Verona auch Schwaben vertreten war, ist anderweitig bezeugt.⁴⁴

Es soll jedoch nicht verschwiegen werden, daß auch diese scheinbar so sicheren Angaben nicht über jeden Zweifel erhaben sind. Aus einer Aufzeichnung, die über eine kirchliche Sitzung auf dem Tage zu Augsburg 952 erhalten ist, scheint hervorzugehen, daß sächsische Bischöfe wenigstens dort nicht vertreten waren.⁴⁵

Ein anderes Merkmal, als die, wie man sieht, recht vieldeutigen Benennungen der Quellen für die Frage, ob man einen

38. Vgl. S. Hirsch-H. Breßlau, Jahrb. Heinr. II., III. 1875. S. 191. Anm. 2.

39. Wipo cap. 18.

40. Wipo cap. 26.

41. Vgl. H. Breßlau, Jahrbücher Konrads II., 1879 u. 84, I, 311 ff.

42. Contin. Regin. 952.

43. Ann. Magdeburgenses, M. G. SS. XVI, 107 ff., 993.

44. Hier wurde ein neuer schwäbischer Herzog ernannt. Vgl. K. Uhlirz, Jahrb. Ottos II., 1902. S. 186.

45. Siehe Const. I, Nr. 9 = Böhm.-Ottenth. 217 a.

Reichshoftag anzunehmen oder vielmehr nicht anzunehmen hat, würde die von Julius Ficker aufgestellte⁴⁶ und für die Hohenstaufenzeit bewiesene These ergeben, daß die Angehörigen eines Stammes im allgemeinen nicht außerhalb ihres Landes oder Frankens am königlichen Hofe erschienen, und daß infolgedessen Reichshoftage allein in Franken abgehalten wurden.⁴⁷

Ficker konnte seinen Beweis durch eine Untersuchung der Zeugenreihen in den Königsurkunden erbringen. Für die hier behandelte Zeit existiert dieses Material nicht; einen sehr mangelhaften Ersatz dafür geben bloß die in den Urkunden mitgeteilten Intervenienten.

Im folgenden wird eine Aufstellung zeigen, in welchen Ländern und wie oft nach Angabe der kgl. Diplome die Herzöge von Bayern, Schwaben, Sachsen und Lothringen in der Zeit von 911 — 1056 den Hof des Königs aufgesucht haben. Kleinere Magnaten zu berücksichtigen, erschien nicht zweckmäßig, da sie in den Urkunden zu selten genannt werden und sich schwer identifizieren lassen; Geistliche deshalb nicht, weil für sie ein anderes Recht gilt, als für Weltliche. — In der Aufstellung sind die Fälle, in denen ein Herzog im Ausland beim König erscheint, nicht berücksichtigt; Lothringen ist auch für die Jahre nach der Teilung von 959 als ein Gebiet behandelt worden; Bamberg ist zu Franken, die elsässischen Städte sind zu Schwaben gerechnet worden.

Es ergibt sich:^{47a}

Der Herzog von Bayern hat den	in Sachsen:	10 mal
königlichen Hof besucht: 38 mal	„ Schwaben:	3 „
davon in Bayern: 7 „	„ Lothringen:	4 „
„ Franken: 14 „		

46. Ficker, Vom Reichsfürstenstande II, 2, S. 76 ff. E. Rosenstock (Königshaus u. Stämme in Dtschl. zwischen 911 u. 1250, 1914, S. 89) wendet die Fickersche These auf die ganze Zeit von 911—1250 an.

47. Daß die Fickersche These für die Zeit der Ottonen und Salier nicht zutrifft, scheint bereits, natürlich ohne es zu sagen, Guba S. 29 ff. zu beweisen, wo er die Abhaltung von Reichstagen in Städten des ganzen Deutschen Reiches nachweist. Doch dieser Nachweis ist für unsere Zwecke wertlos, da Guba auf den Unterschied zwischen Reichshoftagen und partiellen Hoftagen keine Rücksicht nimmt; er behandelt also gar nicht Reichstage, sondern Hoftage schlechthin. Im wesentlichen das Gleiche gilt für die Aufzählung bei G. Waitz, Verfassungsgeschichte VI², bearb. v. G. Seeliger, 1896, S. 422 ff.

47 a. Die Liste ist für die Zeit von 911—1039 nach DD. I—IV aufge-

Der Herzog von Schwaben:	49 mal	in Lothringen:	3 mal
davon in Schwaben:	11 „	„ Bayern:	— „
„ Franken:	18 „	„ Schwaben:	— „
„ Sachsen:	11 „	Der Herzog von Lothringen:	32 „
„ Lothringen:	5 „	davon in Lothringen:	18 „
„ Bayern:	4 „	„ Franken:	5 „
Der Herzog von Sachsen:	29 „	„ Sachsen:	8 „
davon in Sachsen:	23 „	„ Bayern:	1 „
„ Franken:	3 „	„ Schwaben:	— „

Gegen die Verwendbarkeit dieser Resultate wird man einige einschränkende Bedenken erheben müssen.

Zunächst beweist die Erwähnung eines Intervenienten nicht mit Sicherheit seine Anwesenheit an dem in der Urkunde genannten Orte. Diese Fehlerquelle auszuschalten, liegt in den meisten Fällen keine Möglichkeit vor. Doch dürften sich die daraus entstehenden Irrtümer auf die einzelnen Teile des Resultates gleichmäßig verteilen, so daß die Verhältnisse der Teile zu einander die gleichen bleiben.

Sodann wird man für die Herzöge häufig ganz andere, als rechtliche Motive, z. B. verwandtschaftliche, anzunehmen haben, die sie veranlaßten, den Hof vielleicht auch außerhalb der rechtlich gezogenen Grenzen zu besuchen.

Endlich ist das mitgeteilte Material wohl zu dürftig, als daß sichere Folgerungen aus ihm gezogen werden dürften; sie können nur den Anspruch eines gewissen Grades von Wahrscheinlichkeit erheben.

Auffallend erscheint zunächst der häufige Aufenthalt der Herzöge von Bayern und Schwaben in Franken; öfter, als in ihrem Stammland suchten sie dort den Hof des Königs auf. Aber fast ebenso oft wie in Franken waren sie in Sachsen. Ihre verwandtschaftlichen Beziehungen zum königlichen Hause dafür verantwortlich zu machen, ist nicht angängig; auch Berthold von Bayern⁴⁸ und Konrad von Schwaben⁴⁹ haben sich am Königshof in Sachsen eingefunden.

Für die Besuche der Herzöge von Sachsen und Lothringen

stellt, von 1039–1056 nach den in den Jhb. Heinr. III. zitierten Königsurkunden.

48. DDO. I. 49 und 67 = Böhm.-Ottenth. 107 und 125.

49. DO. III. 130.

kann von einer Bevorzugung Frankens nicht die Rede sein. Der lothringische Herzog war fast doppelt so oft wie dort in Sachsen.

Allein für die Zeit von 911 bis etwa 940 könnte man, wenn man aus den gerade für diese Jahre sehr unzulänglichen Angaben Schlüsse ziehen wollte, eine Art Bestätigung der Fickerschen Theorie erhalten. In dieser Zeit ist der königliche Hof von den Herzögen der genannten Länder sechzehnmal aufgesucht; davon im Stammland der betreffenden achtmal, in Franken siebenmal. Außerhalb der Stammlande oder Frankens ist nur ein Besuch nachweisbar, der Arnulfs von Bayern im Jahre 912 in Ulm,⁵⁰ den man als Ausnahme von der Regel ansehen mag.

Diese aus der Zusammenstellung der Intervenienten gewonnenen, die Hypothese Fickers für die Zeit der Ottonen und ersten Salier im wesentlichen bestreitenden Resultate lassen sich durch andere Beobachtungen ergänzen.

Daß die beiden einzigen Hoftage, die sich mit Bestimmtheit als Reichshoftage erkennen lassen, der von Augsburg 952 und der von Verona 983, nicht in Franken stattfanden, ist freilich nicht ausschlaggebend. In beiden Fällen können bestimmte Umstände, die das eigentliche Hoftagsrecht unwirksam machten, den Anlaß gegeben haben. Für den Reichstag jenseits der Alpen möchte man ähnliche Verpflichtungen wie für eine Heerfahrt vermuten; und der Reichstag von Augsburg trat insofern aus dem Rahmen anderer deutscher Hoftage heraus, als auf ihm auch das italienische Reich vertreten war, was die Ursache sein mochte, ihn in Schwaben abzuhalten.

Auch die großen Versammlungen, welche anläßlich der Königskrönungen in Aachen tagten, und die wohl gleichfalls als Reichshoftage anzusehen sind, lassen ihres speziellen Charakters wegen keinen Schluß auf das allgemein Uebliche zu.

Doch es läßt sich zeigen, daß auf außerfränkischem Boden Versammlungen stattfanden, die einem Reichshoftag mindestens nahe kamen; auf denen mehr, als bloß die Angehörigen des Stammes, in dessen Gebiet sie abgehalten wurden, vertreten waren.

50. DK. I, 3; vgl. H. Breßlau, Die ältere Salzbg. Annalistik, (Abh. d. Preuß. Akad. d. W., philos.-hist. Kl., 1923, Heft 2) S. 54.

Im Mai 945 veranstaltete Otto I. eine Zusammenkunft in Duisburg „cum primoribus Lothariensium et Francorum“.⁵¹

Nach Thietmars Bericht feierte Otto III. Ostern 986 in Quedlinburg in Gegenwart der Herzöge von Sachsen, Bayern, Schwaben und Kärnthen.⁵²

987 fand in Andernach eine Versammlung statt, auf der die Bischöfe von Mainz, Magdeburg, Worms, Lüttich, Verdun, sowie die Herzöge von Bayern, Schwaben und Oberlothringen anwesend waren.⁵³

Im März 1003 empfing Heinrich II. auf einem Hoftage zu Quedlinburg den Herzog von Kärnthen und den Markgrafen von Oesterreich.⁵⁴

Im Juni 1028 hielten sich am Hofe des Kaisers in Sachsen die Herzöge von Sachsen, Kärnthen und Schwaben auf.⁵⁵

Nach diesen Zeugnissen ist der Schluß gestattet, daß in der Zeit der Ottonen und ersten Salier die deutschen Stämme nicht bloß in Franken vor dem Könige erschienen, daß also auch Reichshoftage außerhalb Frankens stattfanden.

Doch eine Einschränkung für die Zeit vor 940 scheint sich auch hier machen zu lassen.

Außer der Versammlung zu Ulm 912 und der Krönung zu Aachen 936, für die, wie schon gesagt, besondere Maßstäbe anzuwenden sind, sowie einem Hoftage Heinrichs I. zu Bonn 921,⁵⁶ der durch die Zusammenkunft mit Karl dem Einfältigen von Frankreich sein besonderes Gepräge erhielt, haben vermutlich in dieser Zeit außerhalb Frankens Tagungen, an denen sich die weltlichen Großen mehrerer Stämme beteiligten, nicht stattgefunden. Erwägt man weiter, daß bei Thronerledigungen die Königswahl, soweit sie von einer Versammlung mehrerer Stämme ausging, mit Vorliebe in Franken vorgenommen wurde, daß außerdem während unruhiger Zeiten, so während des Bürgerkrieges von 953 — 954⁵⁷ und der Thronstreitigkeiten zu Beginn der Regierung

51. Contin. Regin. ad 944.

52. Thietmar V, 9 (6).

53. DO. III, 32.

54. Thietmar V, 31 (19).

55. DK. II, 124.

56. Const. I, 1 = Böhm.-Ottenth. 3.

57. Die Tage zu Fritzlar und Langenzenn (vgl. Böhm.-Ottenth. 231 a

Ottos III.⁵⁸ die Versammlungen, die bestimmt waren, diese Kämpfe beizulegen, eben dort zusammentraten, so deutet das darauf hin, daß der Gedanke, daß in Franken die Reichshoftage stattzufinden hatten, immer lebendig war, und daß er zu Zeiten, in denen die Macht der Krone nachließ, praktisch wirksam wurde.

Neben den Reichshoftagen sind, wie schon oft erwähnt, kleinere Versammlungen bemerkbar.

Es fragt sich, ob sich hier schärfere Grenzen ziehen lassen.

Julius Ficker hat nachgewiesen,⁵⁹ daß zur Zeit der Hohenstaufen in den fünf alten deutschen Herzogtümern, die noch vom Sachsenspiegel z. T. als ehemalige Königreiche bezeichnet werden,⁶⁰ Franken, Sachsen, Bayern, Schwaben und Lothringen, vom Könige für das Gebiet dieser Stämme besondere Landeshoftage abgehalten wurden.

Es hat von vornherein viel Wahrscheinlichkeit für sich, daß ähnliche Verhältnisse auch zur Zeit der Ottonen und Salier bestanden. Denn es wäre schwer einzusehen, wie die Landeshoftage in späterer, als in dieser Zeit, in der jedes der großen Stammesländer noch einen einheitlichen Machtkomplex darstellte, entstanden sein könnten.

Diese Vermutung wird durch die Angaben der Quellen bestätigt.

Am sichersten und häufigsten sind mit bestimmten Ausdrücken lothringische und bayrische Landeshoftage bezeugt.

Otto I. hielt 944 zu Aachen ein „colloquium cum Lothariensibus“ ab.⁶¹ 1002 und 1003 fanden sich die Lothringer eben dort am Hofe Heinrichs II. ein.⁶² In Köln versammelten sie sich um Otto I. 953, 956 und 965.⁶³

und 938 a: Köpke-Dümmler. Jahrbücher Ottos d. Gr., 1876, S. 217 u. 237); außerdem war 954 ein Tag zu Fritzlar geplant: vgl. Jahrb. Ottos d. Gr. S. 239 f.

58. Zu Rara, vgl. W. v. Giesebrecht. Gesch. d. dtseh. Kaiserzeit I. 5. Aufl., 1881, S. 624.

59. Ficker, Vom Reichsfürstenstande II, 2, S. 86 ff.

60. Sachsenspiegel, LdR., hsg. v. C. G. Homeyer, 3. Aufl., 1861, 3. Buch. 53. Art. § 1 (bis auf Lothringen).

61. Flodoardi Annales, hsg. v. P. Lauer, 1905, ad 944.

62. Thietmar V, 20 (12) und 28 (17), Adalbold, vita Heinr. II., M. G. SS. IV, 679. cap. 12. Wie aus Contin. Regin. ad 962 hervorgeht, fand in diesem Jahre in Aachen eine Versammlung statt, auf der Otto II. von den Lothringern gewählt wurde.

63. Contin. Regin. 953; Flodoard 956; Contin. Regin. 966.

Den Hof des Königs besuchten zu Regensburg 1009 die „*optimi Bawariorum*“, ⁶⁴ Ebendort waren 1025 die „*optimates Baioaricae gentis*“ anwesend. ⁶⁵ 1027 waren daselbst die „*Baioaricae gentis comites*“ zugegen. ⁶⁶ 1050 berief der Kaiser die „*principes Baioaricae totius*“ nach Nürnberg. ⁶⁷

Nicht mit so bestimmten Ausdrücken überliefert, aber doch klar erkennbar, sind sächsische Landeshoftage.

1002 huldigten die Sachsen Heinrich II. in Merseburg, ⁶⁸ Weihnachten 1024 Konrad II. in Minden, ⁶⁹ nachdem sie schon im Sommer vorher in Werla einen besonderen sächsischen Landtag abgehalten hatten. ⁷⁰ 968 fand ein „*conventus populi*“, ganz zweifellos der Sachsen, in Werla statt, auf dem über einen Befehl des Kaisers verhandelt wurde. ⁷¹

Fränkische Landeshoftage sind mit klaren Worten nicht mitgeteilt, wenn man von dem oben angeführten Zeugnis über einen Hoftag der Franken zusammen mit den Lothringern in Duisburg 945 absieht.

Ebensowenig schwäbische. Dagegen erzählt Adalbold, 1004 habe Heinrich II. in Straßburg ein „*colloquium cum Alsatiensibus*“ abgehalten. ⁷²

64. Thietmar VI, 41 (28).

65. K. F. Stumpf-Brentano, *Acta Imperii* 1865—81. Nr. 37.

66. *Const.* I. Nr. 439.

67. *Ann. Altah.* 1050.

68. Thietmar V, 15 (9). *Annal. Quedlinbg.* ad 1002.

69. *Ann. Hildesh.* 1025; vgl. *Jahrbücher Konr. II.*, I., S. 41 ff., dazu DK. II, 26.

70. *vita Meinweri* ep. Patherbr. hsg. v. F. Tenckhoff, 1921, cap. 195.

71. *Widukind III.* 70.

72. Adalboldi *vita Heinrici* cap. 42. Auf thüringische Landeshoftage deutet es hin, daß die Thüringer 1002 Heinrich II. besonders wählten. Doch dürfte dieser thüringische Hoftag nur um die Wende des 10. Jh. existiert haben, in welcher Zeit die Thüringer ja auch einen eigenen Herzog gewählt hatten. — Die Frage, ob die Landeshoftage bloß für das Herzogtum, das den Stammesnamen trug, oder für den ganzen Umfang des ursprünglichen Stammes galten, also z. B., ob die bayrischen Hofstage nur für das Herzogtum Bayern oder auch außerdem für Kärnten berufen wurden, läßt sich bei unserm Material kaum entscheiden. Doch ist analog den von Ficker nachgewiesenen Verhältnissen des 12. Jh. das letztere anzunehmen. — Es ist möglich, daß es auch Landeshoftage für kleinere, bestimmte Bezirke

Der Ort, in dem die Landeshoftage zusammentraten, mußte nicht in dem Lande, für das sie galten, liegen. Otto I. hielt 956 ein „*placitum cum Lothariensibus*“ in Ingelheim.⁷³ In Salz in Franken fand 940 eine Versammlung statt, die sich nach einer Urkunde sehr deutlich als bayrischer Landeshoftag ausweist.⁷⁴

Wie die erwähnte Angabe über die Versammlung in Duisburg 945 zeigt,⁷⁵ ist es auch vorgekommen, daß die Großen mehrerer Provinzen gemeinsam an den Hof des Königs berufen wurden, daß also mehrere Landeshoftage zur gleichen Zeit an dem gleichen Ort stattfanden.

Außer den Versammlungen, auf denen die Großen bestimmter Gebiete, des Reiches oder eines Herzogtums oder auch mehrerer Herzogtümer, zusammenkamen, gab es noch andere, die sich in dieser Beziehung nicht sicher begrenzen lassen, und für die es auch offenbar derartige Begrenzungen nicht gab.

Thietmar erzählt, 984 seien in Magdeburg „*omnes illius regionis principes*“⁷⁶ zusammengekommen. Nach den Hildesheimer Annalen hielt 1035 Konrad II. in Augsburg einen „*conventus cum cunctis circumiacentium regionum primoribus*“.⁷⁷ In beiden Fällen ist mit der „*regio*“ sicher nicht das Herzogtum gemeint.⁷⁸ 1002 hatte Heinrich II. mit einem Teil der Lothringer eine Versammlung in Duisburg.⁷⁹ In anderem Zusammenhange sind bereits mehrere Quellenzeugnisse mitgeteilt, die sich weder auf Reichs- noch auf Landeshoftage beziehen lassen.

Es erhebt sich die Frage, wie die Resultate der Untersuchungen über die Einteilung der Hofstage, nach ihrer inneren Struktur

eines Stammesgebietes, z. B. für Ostfalen, gab, doch sicher nachweisen lassen sie sich nicht (vgl. Kap. 3 d. 1. Teils).

73. Flodoard 956 = Böhm.-Ottenth. 245 a.

74. DO. I, 30 = Böhm.-Ottenth. 86.

75. S. Anm. 51.

76. Thietmar IV, 1.

77. Ann. Hildesh. ad 1036.

78. In der Bedeutung „Provinz“, d. h. Herzogtum, wird *regio* gebraucht. DO. I, 30 = Böhm.-Ottenth. 86: *regio Bawariensis*; ganz offensichtlich nicht in diesem Sinne z. B. Thietmar VII. 32 (VI, 56): „*ad occidentales pergens regiones*“.

79. Adalboldi vita Heinr. c. 12; Thietmar V, 20 (12). Es waren nach diesen Quellen Bischöfe vertreten,

und nach der Ausdehnung der Gebiete, für die sie gelten, miteinander zu kombinieren sind, eine Frage, deren Beantwortung sich aus den Quellen nicht beweisen läßt, die aber doch wohl mit einiger Sicherheit gegeben werden kann.

Es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß sowohl die Reichshoftage wie die Landeshoftage „*conventus publici*“ waren: daß von diesen als „*conventus populi*“ im wesentlichen bloß Landeshoftage, und zwar sächsische, in Betracht kommen, ist schon erwähnt. Für das „*colloquium familiare*“ bleiben demnach bloß Hoftage, die für unbestimmte Bezirke galten, übrig; woraus aber keineswegs hervorgeht, daß diese immer ein „*colloquium familiare*“ waren.

Doch alle diese Feststellungen gelten nur sehr bedingt.

Es ist mehrfach darauf hingewiesen, daß bei den wenigsten Versammlungen die Quellen angeben, welcher Art von Hoftagen sie angehören. Das liegt nicht allein an den Quellen. Derselbe Mangel an begrifflicher Scheidung, den ihre Worte zeigen, ist auch für die Praxis des zehnten und elften Jahrhunderts anzunehmen. Wohl bestanden Gegensätze begrifflicher Natur; aber in der Reinheit, wie sie im Vorangegangenen aufgedeckt wurden, machten sie sich selten geltend; in der Wirklichkeit gingen sie nur zu leicht in einander über.

Es ist bereits bemerkt, daß die „*conventus populi*“ und „*primatum*“ sehr fließende Grenzen hatten. Daß sich Hoftage mehrerer Provinzen beobachten lassen, deutet auf ein gleiches Verhältnis zwischen den Reichs- und Landeshoftagen hin. Dasselbe gilt von dem „*colloquium familiare*“ und „*publicum*“. An dem letzteren nahmen nicht bloß die öffentlich Geladenen teil, es beteiligten sich auch die „*fideles regis*“, die Ratgeber des Königs, und andere Große, die zuzuziehen ihm gut schien.

Es ist klar, daß durch diese Schwankungen auch Schwankungen in den quantitativen Grenzen der Hoftage entstehen mußten. Ein Landeshoftag konnte nach dem Gesagten zugleich „*colloquium publicum*“ und „*familiale*“ sein, und war es in den meisten Fällen. In seiner letzteren Eigenschaft aber konnten auf ihm auch Große aus andern Provinzen des Reiches vertreten sein. Er war also zugleich Hoftag für einen unbestimmten Bezirk.⁸⁰

⁸⁰ Ems von vielen Beispielen dafür ist die Versammlung von

Die erkennbaren Typen der Hoftage sind mit der vorangegangenen Darstellung aufgezeigt.⁸¹

Es gilt nunmehr, die Frage zu untersuchen, was die Beschlüsse der einzelnen Hoftage rechtlich zu bedeuten hatten; es kommt darauf an, festzustellen, ob und wieweit ihre Beschlußfassung zur Regelung der Dinge, die sie betraf, rechtlich notwendig war; oder ob ihre Willensäußerungen nur unverbindliche Ratschläge an den König darstellten. Im Falle, daß das erste zutrifft, gibt es drei nebeneinander bestehende Möglichkeiten, in denen sich diese Tatsache auswirken kann. Einmal könnten Beschlüsse der Hoftage als solche Gesetzeskraft haben; andererseits könnte es sich um ein Zustimmungsrecht der Hoftage zu Maßnahmen des Königs handeln; endlich könnten die Hoftage das Recht haben, Beschlüsse zu fassen, die jedoch zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung des Königs bedurften. In den beiden letzten Fällen wäre das Zusammengehen beider Faktoren zum Zustandekommen eines gesetzlichen Beschlusses erforderlich.

Ehe wir uns der Untersuchung dieser Fragen im einzelnen zuwenden, ist es nötig, kurz Klarheit darüber zu schaffen, unter welchen Umständen wir eine von ihnen für beantwortet halten können. Infolge der Beschaffenheit des der Untersuchung zu Grunde liegenden Materials, das uns bekanntlich zwingt, aus den Ereignissen auf das Recht, auf das sie sich gründeten, zu schließen, ist dies nicht so selbstverständlich, daß eine vorherige Klärung überflüssig wäre.

Einfach liegen die Dinge, wenn es sich darum handelt, ein selbstständiges Beschlußfassungsrecht der Versammlungen festzu-

Leitzkau am 17. Juli 1017. Nach DH. II, 371 waren anwesend: Die Königin, die Bischöfe von Magdeburg, Bremen, Paderborn, Halberstadt, Münster, Minden, Merseburg, Havelberg, Mainz, Bamberg, Würzburg, Trier, Metz, Parma; Herzog Bernhard von Sachsen, die Grafen Siegfried und Edziko. Die Mehrzahl der Bischöfe, sowie die Laienfürsten deuten auf einen sächsischen Landeshoftag hin. Die übrigen Bischöfe beweisen die Teilnahme von Großen aus einem weiten Bezirk: ihre verhältnismäßig geringe Zahl zeigt aber, daß es sich dabei nicht um einen „conventus publicus“ handeln kann.

81. Welchem Typus die einzelne in den Quellen erwähnte Versammlung angehört, muß natürlich von Fall zu Fall entschieden werden, was nicht immer sicher geschehen kann.

stellen. Sobald man sie in Abwesenheit des Königs oder gar gegen seinen Willen beschließen und handeln sieht, wird man dies anzunehmen haben.

Schwieriger dagegen ist die Konstatierung eines Zustimmungsrechtes; hierbei können leicht Mißverständnisse entstehen und sind wohl auch entstanden.⁸²

Man hat dabei scheinbar zu unterscheiden zwischen Zeugnissen und Ausdrucksformen der Quellen, welche direkt, und solchen, die indirekt auf einen Zustimmungsakt hinweisen.

Der erste Fall ist gegeben, sobald von den Quellen ausdrücklich die Handlung eines Königs mit der Zustimmungserklärung eines Hoftages in Zusammenhang gebracht wird, der zweite, sobald wir aus der Kenntnis einer stattgehabten Versammlung und ihres Verhandlungsgegenstandes auf ihre Zustimmung zu der folgenden Handlung des Königs schließen dürfen.

Wenn heute gesagt oder gar in einer Urkunde ausgesprochen wird, daß eine Handlung, oder ein Beschluß mit Zustimmung einer andern Person erfolgt sei, so wird damit im allgemeinen ausgedrückt, daß durch diese Zustimmung ein Recht ausgeübt ist, und daß ohne sie der betreffenden Handlung oder dem Beschluß ein wesentlicher Teil fehlt, daß sie rechtlich notwendig war. Man ist infolgedessen leicht geneigt, auch für mittelalterliche Verhältnisse, wenn von Zustimmung die Rede ist, ein Zustimmungsrecht anzunehmen.⁸³ Das ist aber nicht angängig; um das zu erkennen, ist es nur notwendig, die Urkunden, in denen der rechtliche Sprachgebrauch der Zeit am deutlichsten zum Ausdruck kommt, zu betrachten.

Die Aeüßerungen der königlichen Diplome über Beifallsbezeugungen, welche man mit mehr oder weniger Berechtigung als Wiedergabe eines dem unsern analogen Begriffes der Zustimmung betrachten könnte, und wohl auch oft betrachtet, be-

82. Vgl. die folgende Anm.

83. Ficker, *Vom Reichsfürstenstande* II, 2, S. 29 ff., zieht eine Urkunde heran, in der die Intervention von Fürsten erwähnt ist, um zu beweisen, daß der König der Einwilligung dieser Fürsten bedurfte, um die in der Urk. erwähnte Handlung vorzunehmen. In II, 1 (hsg. v. Punschart 1911), S. 70 erklärt Ficker freilich, daß derartige Bemerkungen für die Notwendigkeit der Zustimmung nichts besagen.

stehen, wenn man von nebensächlichen Schattierungen absieht, in den Ausdrücken: consilium, interventus, iudicium, consensus und licentia.

Wie schon die dem Sinne, den die Quellen damit verbinden, durchaus entsprechende Uebersetzung der Worte „consilium“ und „interventus“ in „Rat“ und „Fürsprache“ zeigt, decken sie sich mit unserem Begriff der Zustimmung nicht. Ihren Rat und ihre Fürsprache sehen wir denn auch oft Personen erteilen, die weder zu dem, an den der Rat gerichtet ist, noch zu dem Gegenstand, auf den er sich bezieht, in irgend einem, diesen Akt motivierenden, rechtlichen Verhältnis stehen, demnach auch kein Zustimmungsrecht haben können. Der Ausdruck „iudicium“ wird häufig für den Spruch vor Gericht verwandt und schließt allerdings in dieser Verwendung als „Urteil“ den Begriff der Zustimmung deutlich in sich ein, ja er geht noch darüber hinaus. Aber zu einer festen Bedeutung in diesem Sinne ist das Wort nicht gelangt; es wird ebenso oft in dem Sinne von „Beurteilung“ oder „Meinung“ gebraucht. „Consensus“ endlich scheint zunächst die richtige Wiedergabe unseres Begriffes zu sein; das Wort wird häufig in Urkunden und gesetzlichen Bestimmungen in dieser Bedeutung angewandt. Daß es in ihr sich gleichwohl nicht durchgesetzt hat, und daß man nicht unbedingt die Vorstellung unseres Begriffes mit ihm verband, lehren andere Urkunden, in denen es in demselben Sinn, wie „consilium“ und „iudicium“, gebraucht wird. Allein das Wort „licentia“ scheint von der königlichen Kanzlei im Sinne unserer „Zustimmung“ einigermaßen konsequent verwandt zu sein. Doch liegen die Dinge nun keineswegs so, daß, wenn von eigentlicher Zustimmung die Rede ist, immer der Ausdruck „licentia“ gebraucht wird; vielmehr kann auch in dem Ratschlag, oder in der Intervention, welche die Urkunden verzeichnen, die Ausübung des Zustimmungsrechtes enthalten sein.⁸⁴

Es ergibt sich also, daß aus den Ausdrücken der Quellen allein fast nie auf eine Zustimmung in unserm Sinne geschlossen werden kann; direkt besagen sie im allgemeinen nur etwas über die Tatsache der Beratung, nichts über die Geltendmachung

84. Ich führe keine Beispiele an. Sie lassen sich in jedem Bande der Diplomata in beliebig großer Zahl finden.

eines Rechtes dazu. Wir sind demnach hier in derselben Lage, wie in dem Fall, wo wir auf offenbar indirekte Quellenzeugnisse angewiesen sind.

Es wäre verkehrt, wenn man in der Beurteilung dieser Zeugnisse von vorn herein unterstellen wollte, daß alle Sachen, die auf den Versammlungen am Königlichen Hofe zur Verhandlung gelangten, verfassungsmäßig auch dort verhandelt werden mußten. Ebensowenig aber ist es bei der Unzuverlässigkeit der Quellen gesagt, daß Dinge, von deren Erörterung auf Hoftagen wir nichts wissen, wirklich dort nicht zu erörtert werden brauchten.⁸⁵ Um einen Beweis zu erbringen, ist es im ersten Falle notwendig, mindestens zu zeigen, daß nicht anzunehmen ist, daß derartige Angelegenheiten vom König jemals selbständig oder gegen den Willen der Hoftage erledigt wurden, im zweiten Falle das Umgekehrte.

Nach diesen Klarstellungen betrachten wir zunächst die Beschlüsse der Reichshoftage.

Zweites Kapitel.

Die Beschlüsse der Reichshoftage

Man ist im allgemeinen der Ansicht, daß in der Erledigung von Angelegenheiten, welche das ganze Reich betrafen, der König an die Zustimmung der Reichshoftage gebunden war. R. Schröder sagt, man habe ein Zustimmungsrecht der Reichstage anzunehmen bei der Romfahrt, bei Reichsheerfahrten, Reichssteuern und anderen Reichslasten, Veränderungen im Bestande der Reichsfürstentümer und Verfügungen über Reichsgüter.¹ Nach Guba bedurften auch Fragen der Gesetzgebung sowie der äußeren Politik der Einwilligung der deutschen Reichstage.²

85. Selbst wenn in einer Urkunde, die über eine Angelegenheit erhalten ist, von der Mitwirkung eines Hoftages oder von Fürsten nichts steht, so beweist das nicht, daß sie nicht doch als notwendig stattgefunden hat. Noch im 13. Jh. wird bisweilen in Königsurkunden, zu denen Willenbriefe der Fürsten erhalten sind, von dieser Einwilligung nicht das Geringsste bemerkt.

1. Schröder S. 556. Daß dies für die Zeit des früheren Mittelalters gelten soll, geht daraus hervor, daß er fortfährt „seit 1192 auch über Reichsstifter . . .“

2. Guba S. 77, 82, 83.

Ein einseitiges Beschlußfassungsrecht wird nicht angenommen — außer bei der Königswahl³ —; ebensowenig ein solches, das der Zustimmung des Königs bedurfte.

Die Angelegenheiten, welche nach der Ueberlieferung der Quellen auf den Reichshoftagen vorgebracht wurden, zerfallen nach der Bedeutung, die sie für die Teilnehmer an diesen Tagen hatten, offenbar in zwei Gruppen, in solche, welche die Gesamtheit der Teilnehmer unmittelbar betrafen, in denen durch eine Beschlußfassung ihre eigene Stellung zum Reiche irgendwie verändert oder auch nur berührt wurde, und in solche, durch die das nicht geschah.

Diese letzteren bezeichnen wir als unmittelbare Reichsangelegenheiten;⁴ zu ihnen gehören besonders die Fragen der äußeren Politik und der Verwaltung von Rechten und Gütern des Reiches.

Die Maßnahmen der auswärtigen Politik bestanden in Verträgen und in Kriegen mit dem Auslande.

Als sich im Jahre 952 Berengar von Ivrea an den Hof Ottos I. in Magdeburg wandte, um mit ihm eine Einigung zu erzielen, führten die Verhandlungen zu keinem Abschluß. Erst auf dem Reichshoftage zu Augsburg kam der Friede zwischen den Königen und die Belehnung Berengars mit Italien zustande.⁵ 983 wurde auf dem Reichstage zu Verona ein Vertrag mit Venedig geschlossen. In einer offiziellen Aufzeichnung über dies Ereignis heißt es, daß die Gesandten der Republik zu Otto II. in Gegenwart von deutschen und italienischen Fürsten kamen, und daß der Kaiser auf deren Rat den Vertrag mit ihnen vollzog.⁶

Diese beiden Tatsachen führen zu der Vermutung, daß Verträge des Königs, d. h. des Reiches, mit dem Auslande nur unter Zustimmung von Reichstagen geschlossen wurden.

3. Diese hatten natürlich ihre besondere Bedeutung und Stellung, da sie meist gar nicht auf eigentlichen Reichstagen vollzogen wurden. Hierüber vgl. weiter unten.

4. Der Ausdruck wird natürlich bloß aus Zweckmäßigkeitsgründen gebraucht, um eine einheitliche Bezeichnung für die oben angeführten Dinge zu haben.

5. Contin. Regin. 952; Widukind III, 10; = Böhm.-Ottenth. 211 a und 217 a.

6. Const. I, Nr. 17 = DO. II, 298.

Aber schon der Vorgang von Verona 983 läßt sich mit dieser Anschauung nicht ganz in Einklang bringen. Denn als Fürsten, die beim Empfange der Venetianer um den Kaiser waren, werden außer drei italienischen nur vier deutsche Bischöfe, sowie der Herzog von Bayern erwähnt. Hätte es sich um die Zustimmung der ganzen Reichsversammlung gehandelt, so wäre zweifellos eine ungleich größere Zahl von Namen genannt worden.⁷

Daß in den Diplomen, die über Verträge deutscher Könige mit Venedig erhalten sind, von einer Einwilligung oder einem Rat von Fürsten nichts bemerkt wird,⁸ beweist freilich nur wenig. Denn auch in der eigentlichen Vertragsurkunde, die über das Bündnis zwischen Otto II. und Venedig ausgefertigt worden ist, wird allein von Adelheids und Theophanus Intervention etwas mitgeteilt.⁹

Aus der italienischen Politik der deutschen Könige sind außer diesen Verträgen solche mit dem Papst überliefert.

Von den Urkunden, in denen Schenkungen deutscher Herrscher an die Kurie aufgezeichnet sind, tragen zwei die Unterschriften deutscher Fürsten. In der einen, der zu Bamberg im Jahre 1020 erlassenen,¹⁰ können diese immerhin als Beifallserklärungen eines deutschen Reichshoftages gelten; für die der anderen, der von Otto I. 962 gegebenen,¹¹ ist das nicht anzunehmen. Sie wurde in Rom erteilt; von einem dort damals abgehaltenen deutschen Reichstage ist nichts bekannt; und die Unterschriften der deutschen Großen sind zu wenig zahlreich, um ihn aus ihnen zu folgern. Die Schenkungsurkunde Ottos III. für Silvester II. erwähnt das Einverständnis eines deutschen Fürsten überhaupt nicht.¹²

7. Da außerdem in der Aufzeichnung nur von einem *consultum* die Rede ist, wird man auch bloß von einem Rat der Anwesenden sprechen können.

8. Otto I.: Const. I, Nr. 14 = Böhm.-Ottenth. 459; Otto III.: Const. I, 20 = DO. III, 100; Heinrich II.: Const. I, 27 = DH. II, 24 (vgl. dazu H. Breßlau in der Festgabe f. Gerold Meyer v. Knonau (1913) S. 69 ff.).

9. Const. I, Nr. 18, auch 19 = DO. II, 300 und 299.

10. Const. I, Nr. 33 = DH. II, 427.

11. Const. I, Nr. 12 = Böhm.-Ottenth. 311.

12. Const. I, Nr. 26 = DO. III, 389.

921 schloß Heinrich I. zu Bonn mit Karl dem Einfältigen von Frankreich einen Freundschafts- und Anerkennungsvertrag.¹³ Er wurde nicht bloß von den beiden Königen, sondern auch von einer Reihe Fürsten auf jeder Seite beschworen. Mit der Zustimmung eines Reichshoftages hat man es aber dabei nicht zu tun. Außer den nicht identifizierbaren Laiengroßen leisteten auf Seiten Karls den Eid vier lothringische Bischöfe, auf seiten Heinrichs sechs Bischöfe, für deren Anwesenheit, mit Ausnahme des von Konstanz, offenbar die kurze Entfernung ihrer Sitze von Bonn maßgebend war.

Einen häufigeren Einblick in die Abschlüsse von Pakten deutscher Könige mit fremden Herrschern gewähren erst die zahlreichen Verhandlungen Heinrichs II. mit Polen und Heinrichs III. mit Böhmen und Ungarn. In ihnen wurde meist die Festsetzung von Friedensbedingungen, darunter einmal auch der Verlust deutschen Landes,¹⁴ vereinbart.

Von vielen dieser Verhandlungen teilen die Quellen mit oder lassen erkennen, daß sie auf Hoftagen stattfanden; doch fast niemals sagen sie mit bestimmten Worten, welcher Art diese Hofstage waren. Aber die meisten von ihnen erwecken nicht den Eindruck einer Reichsversammlung. Von wenigen, meist nur von einem Historiographen, und dann wohl von einem, der dem Lande, in dem sie tagten, angehörte, sind sie aufgezeichnet; falls in den auf ihnen erlassenen Urkunden der Könige Intervenienten vorkommen, deuten auch diese kaum auf eine größere Zusammenkunft hin. Doch nur von einer dieser Versammlungen läßt sich nachweisen, daß auf ihr nicht das Reich vertreten war und vertreten sein sollte. Das ist der Hofstag von Regensburg 1041, auf dem zwischen Heinrich III. und Bretislaw von Böhmen ein Friede geschlossen wurde. Bretislaw hatte, als der König Prag belagerte, versprochen, in Regensburg vor ihm zu erscheinen.¹⁵ Nach den Altaicher Annalen fand diese Zusammenkunft zwei Wochen später statt.¹⁶ Es ist ausgeschlossen, daß in vierzehn

13. Const. I. Nr. 1 = Böhm.-Ottenth. 2 c.

14. Vgl. S. Hirsch u. H. Pabst, Jahrb. Heinr. II., II 1864, S. 397.

15. Herim. Aug. chron. 1041.

16. Ann. Altah. 1041.

Tagen ein Hoftag für das ganze Reich einberufen und versammelt sein konnte.¹⁷

Ebensowenig, wie ein Zustimmungsrecht der deutschen Reichshoftage bei dem Abschluß von Verträgen mit dem Auslande galt, ist es bei Kriegsbeschlüssen anzunehmen.

Wie die Dinge bei einem Zuge nach Rom, der die Erwerbung der Kaiserkrone zum Ziele hatte, lagen, ist nicht deutlich erkennbar. Zuweilen wird vor seinem Beginne von Versammlungen berichtet, die man als Reichshoftage anzusehen hat; aber Näheres wird über sie nicht mitgeteilt. Bekanntlich war für die Romfahrten in späteren Jahrhunderten ein besonderes Recht wirksam,¹⁸ das im Vergleich zu dem, das bei anderen Kriegszügen üblich war, den König den Fürsten gegenüber in eine günstigere Position versetzte. Es ist daher auch für diese frühere Zeit nicht anzunehmen, daß die Befugnisse des Königs bei Römerzügen geringer waren, als bei anderen Kriegsfahrten.

Zur Beurteilung der rechtlichen Sachlage bei diesen genügt es, darauf hinzuweisen, daß im Falle von Kriegsbeschlüssen gegen Polen, Böhmen und Ungarn meist auf Versammlungen verhandelt wurde, die sicher keine Reichshoftage waren. So oft vor einem Kriege ein Reichstag stattfand, wie es 978 in Dortmund wahrscheinlich geschah,¹⁹ kann dieser demnach nicht zusammengetreten sein, um den Kriegsbeschluß als solchen herbeizuführen.

Die Frage, ob und wann die Fürsten zur Heeresfolge verpflichtet waren, bleibt durch diese Feststellungen gänzlich unberührt.

Von den unter dem hier beobachteten Gesichtspunkte zu betrachtenden Verhandlungsgegenständen der Reichshoftage, die Regierungsmaßnahmen im Innern des Reiches betrafen, sind wir in erster Linie über Handlungen der Reichsgewalt gegenüber der Kirche unterrichtet.

Vom König, also vom Reiche, wurden den Reichskirchen

17. Daß die Einberufung etwa schon früher erfolgt sei, ist deshalb unmöglich, weil der König nicht wissen konnte, wie lange der böhmische Feldzug dauern würde.

18. Vgl. Ficker. Vom Reichsfürstenstande II, 1, S. 286 ff.

19. Vgl. Jahrb. Ottos II., S. 109.

die Vorsteher bestellt; von ihm wurde letzten Endes über ihr Vermögen verfügt.

Die Erhebung von Bischöfen ward zuweilen auf Reichsversammlungen vorgenommen;²⁰ aber es ist keine Frage, daß ein rechtlicher Grund dafür nicht vorlag. Unzählige Male hat der König selbständig den geistlichen Würdenträger ernannt.

Im Jahre 1048 wurde Bruno von Toul, wie sein Biograph erzählt,²¹ auf einem „pontificum reliquorumque procerum non modicus conventus“ zu Worms als Papst bezeichnet; die Verhandlungen über die Erhebung Gebhards von Eichstedt fanden auf einem „conventus“ zu Mainz²² und „collectis universis regni primatibus“²³ auf einem „generale colloquium“ in Regensburg statt.²⁴ Man hat daher davon gesprochen, daß das Vorrecht des deutschen Königs zur Zeit Heinrichs III. dem römischen Stuhl gegenüber darin bestand, gemeinsam mit den Großen die Subrogation des Papstes vorzunehmen.²⁵ Das ist sicher unzutreffend. Der Kaiser ernannte den römischen Bischof wahrscheinlich ebenso, wie einen deutschen; die Worte Wiberts berechtigen nicht, 1048 einen Reichstag anzusetzen; wie ja auch die Erhebung Klemens' II. 1046 in Rom ohne Zustimmung eines deutschen Reichstages erfolgt ist.²⁶

Was die Verwaltung des Reichskirchengutes anlangt, so ist sicher, daß sie unabhängig von dem Reichshoftag geschah. Die wichtigsten Verfügungen und Veränderungen in seinem Bestande, zu denen in gewisser Hinsicht vorzüglich die Gründungen von Bistümern gehören, wurden ohne seine Mitwirkung vorgenommen. Zwar sagen die meisten Schenkungsurkunden Heinrichs II. für Bamberg,²⁷ daß die Erhebung dieses Bistums, und offenbar auch die zu diesem Zwecke erfolgte Abtretung eines Stückes der Würzburger Diözese, die Zustimmung der Fürsten des Reiches erfahren

20. Vgl. Guba S. 82.

21. Wiberti vita Leonis IX., II, 2 (pontif. Rom. vitae, hsg. v. J. M. Watterich, I 1862, S. 127 ff.).

22. Bertholdi Ann. M. G. SS. V, 264 ff., 1054.

23. Anonym. Haserens. c. 38.

24. Ann. Altah. 1055.

25. Guba S. 83.

26. Der Patriziat galt für den deutschen König, nicht für König und Reichsversammlung.

27. DDB. II, 144 ff.

habe. Auch die Abtretung eines Bezirkes des Eichstedter Bistums an Bamberg 1015 soll im Einvernehmen mit den Großen erfolgt sein.²⁸ Aber die eigentliche Bamberger Gründungsurkunde, die nach dem Frankfurter Hoftag im November 1007 ausgestellt wurde, ist allein von Bischöfen unterschrieben;²⁹ wie denn auch die Historiographen der Zeit diesen Hoftag als Synode bezeichnen.³⁰ Otto I. hat eine Reichsversammlung bei der Gründung der slavischen Bistümer nicht herangezogen;³¹ der Beschluß eines Reichstages wurde auch zweifellos weder für genügend gehalten, den Widerstand Wilhelms von Mainz und Bernhards von Halberstadt gegen die Absichten des Königs zu brechen, noch für notwendig, als dieser Widerstand nicht mehr vorhanden war.

Bei Verfügungen über Kirchengut in weniger bedeutendem Ausmaße kann von einer Zustimmung der Reichshoftage gar nicht die Rede sein.

Die Verwaltung der Kirche war demnach, soweit wir sehen, von den Reichsversammlungen völlig unabhängig. Doch daß die kirchliche Gesetzgebung, insofern sie vom König ausging oder dessen Mitwirkung in Anspruch nehmen mußte, auch auf die Mitwirkung der weltlichen Reichstage angewiesen war, scheint auf den ersten Blick ein Gesetz aus dem Jahre 951 zu zeigen. Es setzt geistliche Strafen gegen Jungfrauenraub fest und verbietet die Entfremdung von Reichsabteien vom Reiche. Erlassen ist es von Otto I. zu Frankfurt „consentientibus episcopis et comitibus aliisque compluribus fidelibus“.³² Guba nimmt daher die Zustimmung eines in Frankfurt abgehaltenen Reichstages an.³³ Aber das ist doch sehr fraglich. Was zunächst den Ausdruck „con-

28. Gundehari lib. pontif. Eichst., M. G. SS. VII, 239 ff., ad 1015.

29. Const. I, Nr. 29 = DH. II, 143.

30. Thietmar VI. 30 (23): Thangm. vita Bernwardi, M. G. SS. IV, 754 ff., cap. 41. (Auch: Adalberti vita Heinrici, M. G. SS. IV, 787 ff., cap. 10.)

31. DO. I, 76 = Böhm.-Ottenth. 134 und DO. I, 105 = Böhm.-Ottenth. 169 (Gründung Havelbergs u. Brandenburgs) erwähnen außer dem Rat einiger Bischöfe den des Markgrafen Gero, Magdeburg und seine übrigen Suffraganbistümer wurden in Ravenna gegründet (vgl. Jahrb. Ottos I., S. 441 ff.).

32. Const. I, Nr. 8 = Böhm.-Ottenth. 193.

33. Guba S. 84.

sentire“ betrifft, so ist oben bemerkt, daß er nicht mehr, als „consilium dare“ zu bedeuten braucht. Sodann wird die Frankfurter Versammlung von den Geschichtsschreibern der Zeit gar nicht erwähnt; eine dort ausgestellte Urkunde bezeichnet nur Herzog Konrad von Lothringen als anwesend,³⁴ und daß in dem Gesetz selbst kein Erzbischof erwähnt ist, scheint doch zu besagen, daß keiner zugegen war.³⁵

Auch spricht dagegen, daß in diesem Falle ein Reichshoftagsbeschluß vorliegt, ein Gesetz, das Heinrich I. 932 auf der Synode von Erfurt den Bischöfen zugestand.³⁶ Es wurde darin angeordnet, daß zu gewissen kirchlichen Festzeiten keine Gerichte abgehalten werden sollten. In ihm ist allein von einem Erlaß des Königs die Rede.

Wie wenig der König in den Rechten des Reiches gegenüber der Kirche an ein Einvernehmen mit dem Reichshoftag gebunden war, zeigt die Uebertragung dieser Rechte in Bayern durch Heinrich I. an Arnulf: eine Reichsversammlung wurde dabei zweifellos nicht gefragt;³⁷ es lag in der Hand des Königs, mit seinen Befugnissen zu tun, was er wollte.

Die bisher gewonnenen Resultate werden durch andere Erscheinungen noch mehr beleuchtet und auf weitere Gebiete ausgedehnt.

Wohl geschah es, daß auf Reichshoftagen Reichsgut vergeben wurde; aber die Urkunden zeigen, daß dies im allgemeinen, und selbst wenn es im größten Ausmaße, wie 972 bei den Schenkungen an Theophanu,³⁸ vorkam, ohne die Einholung eines Reichstagsbeschlusses geschah. Es ist bezeichnend, daß, wenn zu einer derartigen Vergabung in den Diplomen von einer Bei-

34. DO. I. 131 = Böhm.-Ottenth. 194.

35. Zwar ist in der Constitutio auch kein Herzog als anwesend bezeichnet, obgleich wir doch aus DO. I. 131 wissen, daß Konrad der Rote in Frankfurt war; es ist bloß von „comites“ die Rede. Dies könnte darauf hindeuten, daß man in der Aufzählung der anwesenden Würdenträger summarisch verfahren sei und, wie unter die „comites“ die Herzöge, unter die „episcopi“ auch die Erzbischöfe mit einbegriffen habe. Das erste ist zwar leicht möglich, das zweite aber ungewöhnlich.

36. Const. I, 2 cap. 2 = Böhm.-Ottenth. 41 a.

37. Vgl. G. Waitz, Jahrb. Heinrichs I., 3. Aufl. 1885, S. 55.

38. DO. II, 21.

fallsbezeugung der Fürsten gesprochen wird, diese nie mit dem Ausdruck „*licentia*“ benannt wird.

Ebenso war das Recht des Königs, Privilegien zu erteilen, einzelne Personen oder Körperschaften von ihren Verpflichtungen gegen das Reich zu entbinden, durch den Reichstag nicht beschränkt.³⁹

Die Verleihung von Herzogtümern und die Absetzung von Fürsten,⁴⁰ sowie auch die Zerlegung von Fürstentümern, wie 965 der Mark Geros⁴¹ und 976 Bayerns,⁴² wurden sicher ohne Zustimmung der Reichshoftage vorgenommen.

Ja noch mehr. Im Jahre 1012 übertrug Heinrich II. die Verwaltung der Reichsgeschäfte im östlichen Teile Deutschlands durchaus selbständig seiner Gemahlin Kunigunde.⁴³ Ob bei der Ernennung von Stellvertretern für das Reich, wie sie, während die Könige in Italien weilten, üblich gewesen zu sein scheint, die Reichstage befragt wurden, ist nicht zu sagen. Aber anzunehmen ist es nach allem, was wir wissen, nicht.

Faßt man das dargelegte Material zusammen, so wird man trotz vieler Lücken und Unklarheiten, die es enthält, als feststehend behaupten dürfen, daß alle Rechte, die das Reich besaß, allein beim Könige lagen. In ihrer Handhabung war er auf eine Zustimmung der Reichshoftage nicht angewiesen; wobei es eine besondere Frage ist, ob der König sich nicht mit anderen Gewalten auseinanderzusetzen hatte, sobald die Rechte des Reiches mit deren Rechten in Kollision kamen.

Ein solcher Fall war es, wenn beabsichtigte Maßnahmen des Königs die Rechte der Gesamtheit der Reichsfürsten oder des gesamten Reichsuntertanenverbandes berührten. Die Versammlung, gewissermaßen die Vertretung dieser Gewalten war eben der Reichshoftag. Und in diesen Fällen scheint seine rechtliche

39. Vgl. Guba S. 83.

40. Ueber beides vgl. Kap. III.

41. Vgl. Jahrb. Ottos I., S. 387. Vgl. Böhm.-Ottenth. 394 a. Nach Böhm.-Ottenth. 403 ist höchstens ein sächsischer Landeshoftag anzunehmen.

42. Vgl. Jahrb. Ottos II., S. 79 ff.

43. Thietmar VII, 14 (VI, 46): „*regnum prout curaretur ab ea*“ (vgl. Jahrb. Heinrichs II., II 334).

Stellung denn auch eine andere, als in den vorher erörterten gewesen zu sein.

In diesem Zusammenhange sind zu untersuchen: die Reichsgesetzgebung, die außerordentlichen Verpflichtungen der Fürsten oder der Untertanen des Reiches diesen gegenüber und die Königswahlen, die freilich eine besondere Stellung einnahmen.

Alle Gesetzeserlasse von deutschen Königen,⁴⁴ die erhalten sind, sind auf italienischem Boden oder doch nach Beratungen mit italienischen Fürsten ausgefertigt worden. Zwar wird in einigen dieser Erlasse erklärt, sie seien an Alle, an das ganze Imperium gerichtet.⁴⁵ Aber die Tatsache, daß auch das bekannte Lehnsgesetz Konrads II. vom 28. Mai 1037 sich als für „omnes fideles“ gegeben ausgibt, während es ganz unverkennbar italienische Verhältnisse im Auge hat,⁴⁶ läßt doch den Schluß zu, daß auch für die anderen Gesetze diese Bemerkungen nicht ernst zu nehmen sind. Sie waren allein für Italien bestimmt. Gesetzeserlasse, die sich auf das deutsche Gebiet bezogen, sind nicht erhalten.

Aber noch mehr: eine weltliche Gesetzgebung für das deutsche Reich als solches hat es in dieser Zeit offenbar überhaupt nicht gegeben.

Manche Bestimmungen, die man für weltliche Reichsgesetze halten möchte, galten im Mittelalter zweifellos als Akte kirchlicher Gesetzgebung; so das Gesetz Ottos I. über die Unveräußerlichkeit von Reichsabteien⁴⁷ und die Verfügung Heinrichs I., daß an Festtagen keine Gerichte abzuhalten seien.⁴⁸

44. Waitz, Verfassungsgeschichte VI², S. 446, sagt: „Galt es Bestimmungen über das Recht oder irgendwelche gesetzlichen Anordnungen zu treffen, so war das recht eigentlich Sache der Reichstage“. Durchaus anders, freilich ohne für seine These einen besonderen Beweis zu geben, E. Rosenstock: Königshaus u. Stämme. S. 206: „Eine Gesetzgebung für alle Stämme gemeinsam durch den König gab es in dieser ganzen Zeit (bis Barbarossa) nicht“.

45. Const. I, Nr. 32, 53, 54.

46. Const. I, Nr. 45 = DK. II. 244. Auch Herim. Aug. chron. 1037 berichtet bloß von einem Gesetz, das den italienischen *coniuratores* gegeben wurde.

47. Siehe Anm. 32.

48. Siehe Anm. 36.

Die einzige Andeutung eines weltlichen Reichsgesetzes⁴⁹ für die Zeit der Ottonen und ersten Salier scheint in dem Berichte Lamperts von Hersfeld über den Friedenserlaß Heinrichs III. zu Trier Weihnachten 1043 enthalten zu sein. Lampert sagt: „Ibique omnes, qui in regiam maiestatem deliquerant, crimine absolvit, eandemque legem per totum regnum promulgavit, ut omnes sibi invicem delicta condonarent“.⁵⁰

Man hat in diesem Friedenserlaß Heinrichs III., wie in dem kurz vorher zu Konstanz publizierten nicht Akte öffentlich rechtlicher, sondern rein persönlicher Natur sehen wollen.⁵¹ Aber dem widersprechen die Ausdrücke der Quellen. Lampert redet von einer „lex“, und Hermann von Reichenau spricht, indem er die Konstanzer Ereignisse erwähnt, von einem Edikt des Königs.⁵² Man hat es demnach mit gesetzlichen Erlassen zu tun.

Aber das Merkwürdige an ihnen ist, daß sie nicht, wie aus Lampert hervorzugehen scheint, für das Reich gegeben wurden, sondern immer nur für eine Provinz.

Lampert sagt, der König habe in Trier den Frieden verkündet und das Gesetz über das ganze Reich verbreitet. Er redet also von zwei Handlungen. Was sie zu bedeuten hatten, wird klar, wenn man die Berichte über den Konstanzer Frieden

49. In der gesetzlichen Entscheidung von Stela 938 (Böhm.-Ottenth. 75 b, Widukind II. 10) ist ein Gesetz für Sachsen zu sehen. Der Tag von Stela war ein sächsischer Landeshoftag. (Derselben Ansicht: Jahrb. Ottos I. S. 71; anderer: Böhm.-Ottenth. 75 b und Guba S. 45.)

50. Lamperti Ann. in: Lamp. monachi Hersfeld. opera hsg. v. O. Holder-Egger, 1894, ad 1044.

51. Besonders A. Hauck: Kirchengeschichte Deutschlands III. 3. und 4. Aufl. 1906. S. 573 f. — Sicher war die Art der Gesetzgebung recht primitiv und für unsere Begriffe formal-juristisch durchaus nicht auf der Höhe. Dennoch wird man an einem sozusagen juristischen Akt festhalten müssen. Die Friedenskundgebung Heinrichs (seine Rede an das Volk) und dieser Akt mögen sich etwa ebenso zueinander verhalten wie die Kaiserproklamation von Versailles und die ihr zu Grunde liegenden Verträge mit den Bundesstaaten. Das erste ist eine eindrucksvolle Geste, das zweite das rechtlich Entscheidende.

52. Herim. Aug. chron. 1043. Daß es sich nicht bloß um eine Synode handelt, wie Hermann sagt, geht aus den Ann. Sangallens. hervor, die von einem conventus der episcopi und optimates reden. Guba hält diese Versammlung für einen Reichstag, S. 86.

berücksichtigt. Dort hat, wie Hermann von Reichenau erzählt, der König einen Frieden für Schwaben aufgerichtet und darauf „in aliis regni sui provinciis“ dasselbe getan. Eine dieser der Konstanzer folgenden Handlungen in den Provinzen des Reiches ist offenbar die von Lampert erwähnte. Sie hat sicher für Lothringen gegolten. Nach diesem lothringischen Erlaß hat der König weiter das Reich befriedet, und man wird nach den Angaben der Quellen annehmen müssen, daß er dabei weiter provinzenweise vorgegangen ist.⁵³

Wir sind damit zu einem bezeichnenden Charakteristikum der deutschen Reichsverfassung in den früheren Jahrhunderten gelangt.

Es wurden höchst wahrscheinlich weltliche Gesetze nur für die Provinzen des Reiches, d. h. für die alten Stammesherzogtümer, gegeben.

Zwar bildete sich mit der Entwicklung des Lehnswesens eine Schicht neuer rechtlicher Begriffe und Ordnungen über das ganze Reich hin aus. Aber zu Äußerungen in der Form von Rechtsätzen ist dieses werdende System, soweit wir sehen, erst in späterer Zeit gelangt.

Doch weiter noch. Alle Akte, die des Zusammenwirkens von König und Großen bedurften, wurden nicht zwischen dem König und dem ganzen Reich auf den Reichshoftagen, sondern bloß zwischen dem König und den Großen der einzelnen Provinzen erledigt.⁵⁴

53. Hermann redet von „alia sui regni provincia“. Vgl. dazu W. v. Giesebrecht, *Gesch. d. dtsh. Kaiserzt.* II⁵, S. 658 f.; ebenso E. Rosenstock, *Königshaus* usw. S. 210: „Im beschworenen Frieden hat sich seit Heinrich III. eine Form der Gesetzgebung für die Volksstämme gefunden“. — Die später, auf dem Schlachtfelde von Menfö und in Rom erlassenen Friedenskundgebungen Heinrichs haben allerdings durchaus nichts mit einem provinzenweisen Vorgehen zu tun. Dagegen, daß dies in Konstanz und Trier der Fall war, kann das nichts beweisen. Es beweist nur, daß sich neben der Stammesgesetzgebung Ansätze zu einer anderen Art von Legislation zeigen. Doch nur Ansätze; den Akten von Menfö und Rom fehlt das *edictum*, die *lex*. Sie haben offenbar den persönlichen Charakter, den man auch für die von Konstanz und Trier annehmen wollte. — Ich gehe hierauf noch im 5. Kap. des 2. Teils ein.

54. Derselben Meinung ist, dem Inhalt seines ganzen Buches entsprechend, E. Rosenstock in *Königshaus* usw., wenn er auch nicht auf

Diese Wahrnehmung bestätigt sich durchaus, wenn wir weitere Verhandlungsgegenstände der Reichshoftage ins Auge fassen.

Es ist bereits nachgewiesen worden, daß der Beschluß eines Krieges nicht Sache des Reichshoftages war. Es ist aber möglich, daß es der einer Reichsheerfahrt, d. h. einer Verpflichtung der Reichsfürsten zum Kriege, war.

Daß auf Reichshoftagen über diese Dinge verhandelt wurde, ist, wie bereits erwähnt, sicher.

Aber wir können mit Hilfe des Materials, das über die Beschlüsse der Reichshoftage vorhanden ist, nicht entscheiden, ob der König zu einer Verpflichtung der Großen wirklich ihre Zustimmung brauchte. Auf die Beantwortung dieser Frage kommt es auch hier zunächst nicht an. Für die Beurteilung des Reichshoftages nach dem oben aufgeworfenen Gesichtspunkte ist es vor allem von Belang, festzustellen, ob, falls eine solche Zustimmung notwendig war, die Einwilligung des Reichshoftages als Einwilligung der Versammlung des Reiches oder der einzelnen Stämme galt. Das erste würde die Verpflichtung auch eines Stammes, der nicht anwesend war oder nicht zugestimmt hatte, ergeben, das zweite nicht. Auch diese Frage läßt sich nach der Ueberlieferung der Quellen nicht beantworten. Nur wenn man nach Analogie des Verfahrens, das bei der Gesetzgebung und den Königswahlen angewandt wurde, Schlüsse ziehen wollte, so müßte man die erste Annahme verwerfen.

Von der Verhandlung anderer Verpflichtungen der Großen zu Diensten gegen das Reich auf Reichshoftagen ist nichts bekannt.

Der Akt, in dem die Fürsten des gesamten Reiches diesem am selbständigsten gegenübertraten, in dem sie das Reich allein vertraten, ja, in dem sie es geradezu bildeten, war die Königswahl. In ihr möchte man am ehesten ein Vorrecht der Reichsversammlung erblicken.

Man hat die Königswahlen in solche, die noch bei Lebzeiten des alten Königs, und in solche, die nach der Erledigung des Thrones vorgenommen wurden, einzuteilen.

Einzelheiten eingeht, und auf das Verhältnis des Reichstags zum Landeshoftag kaum zu sprechen kommt. Er dehnt, was hier nicht zu untersuchen ist, seine Ansicht bis etwa 1180 aus,

In dem ersten Falle zeigt es sich besonders deutlich, daß, wie oben ausgeführt wurde, das Reich und die Rechte des Reiches durchaus in der Hand des Königs lagen. In diesen Fällen designierte er seinen Nachfolger, den die Großen dann wählten. Man kann diese Bestellung des Nachfolgers mit der Ernennung Kunigundes durch Heinrich II. zur Reichsverweserin in Parallele setzen. Der König überträgt, wie er aus eigener Machtvollkommenheit Teile des Reiches für die Zeit seiner Abwesenheit einem Anderen übergibt, für die Zeit nach seinem Tode das ganze Reich. Doch hatte dieser Gebrauch mit dem Wahlrecht zu kämpfen; rechtlich war wohl die nach der Designation erfolgende Wahl das Ausschlaggebende; faktisch war sie nichts als Formensache.⁵⁵

Anders lagen die Dinge bei einer Wahl nach einer Thronerledigung. Hierbei waren es, wenn man von dem immer geltenden Erbrecht und der auch hier zuweilen, natürlich aber schwächer, als zu Lebzeiten des alten Königs, wirksamen Designation absieht,⁵⁶ die Großen allein, die den neuen König bestimmten. Auch wurde in diesen Fällen der Wahlakt auf Versammlungen vorgenommen, die man nur in bedingtem Sinne als Hoftage bezeichnen kann, da sie nicht am Hofe stattfanden, weil kein König da war. Doch wurden diese Wahlversammlungen von den gleichen Besuchern abgehalten, wie die Hoftage und wohl auch von dem, der als Stellvertreter des Königs und Verwalter der königlichen Macht galt, einberufen.

Aber gleichgültig, unter welchen Umständen sie vorgenommen

55. Das tritt besonders bei den Angaben der Quellen über die Designation Liudolfs und Heinrichs III. hervor. Liudolf: Widukind III, 1: „factoque testamento creavit eum regem post se“; Flodoardi Ann. ad 953: „Regnum suum . . . Liudolfo delegaverat, et magnates suos eidem promittere fidelitatem jurejurando fecerat“. Ruotg. vita Brunonis c. 18: „omnes regni huius principes tibi sacramentorum fide firmaverit“. Heinrich III.: Wipo cap. II: „Chunradus rex consilio et petitione principum regni filium suum Heinricum puerum regem post se designavit . . .“ Ann. Magdebg. 1126: „rex Heinricum filium suum regem fecit“. — Die Wahl ist dann 1028 in Aachen erfolgt.

56. Erbrecht bei der Wahl Heinrichs II. und Konrads II.; Designation bei der Heinrichs I. und Ottos I.

wurde, die Wahl zeigt sich im allgemeinen als eine Handlung der einzelnen Stämme, nicht des Reiches.

Konrad I. ist zunächst allein von Franken und Sachsen gewählt. Die Anerkennung der beiden anderen rechtsrheinischen Stämme hat er danach erworben.⁵⁷ Genau das Gleiche hat sich bei der Thronbesteigung Heinrichs I. wiederholt; ein Jahr später als er wurde zudem in Bayern Herzog Arnulf zum König gewählt.⁵⁸ Die Wahl Ottos I., der von seinem Vater designiert war, aber, wie es scheint, bloß auf einem sächsischen Landtag,⁵⁹ wurde zuerst gleichfalls von Sachsen und Franken vorgenommen.⁶⁰ Ihre Wiederholung durch die Fürsten des ganzen Reiches fand dann in Aachen statt.⁶¹ Otto II. wurde auf Veranlassung seines Vaters in Worms von den rechtsrheinischen Stämmen, darauf in Aachen von den Lothringern erhoben.⁶² Bei der Thronbesteigung Heinrichs II. aber kann von einer Wahl durch die Reichsversammlung nicht die Rede sein. In drei verschiedenen Stämmen traten Prätendenten auf.⁶³ Heinrich selbst wurde von den Franken, natürlich unter Zustimmung seines Landes, Bayerns, gewählt und sofort gekrönt.⁶⁴ Erst danach folgte seine Wahl durch

57. H. Breßlau: Aufgaben mittelalterlicher Quellenforschung, Straßbg. Univers.-Schrift 1904, S. 31.

58. Vgl. Jahrb. Heinrichs I., S. 37 ff. und Ann. Juvav. maximi, hsg. v. E. Klebel in: Mitt. d. Ges. f. Salzbg. Landesk. 61, 1921, S. 60 ff.

59. Widukind I, 41; vita Mathildis ant. M.G. SS. X, 575 ff., cap. 7. Die zweite Quelle sagt allerdings, der König habe „cunctos illius ditioni subditos“ versammelt, woraus man auf einen Reichstag schließen könnte. Widukind redet von einer Zusammenkunft des omnis populus, was nicht mehr als einen sächsischen Landeshoftag bezeichnet. Der eine Teil der Verhandlungsgegenstände — die Ordnung der Erbschaft Heinrichs — dürfte auch besser auf eine sächsische Provinzial- als eine Reichsversammlung passen. Die nachmaligen Verhandlungen zwischen Franken und Sachsen über Ottos Erhebung, die dem Wahlakt in Aachen vorangingen, würden als überflüssig erscheinen, wenn bereits in Erfurt das ganze Reich der Designation zugestimmt hätte.

60. Widukind II, 1 = Böhm.-Ottenth. 55 g, Jahrb. Ottos I, 26.

61. Widukind II, 1 = Böhm.-Ottenth. 55 h, Jahrb. Ottos I, 27.

62. Contin. Regin. 961 = Böhm.-Ottenth. 297 a und 299 a.

63. S. Hirsch, Jahrb. Heinrichs II., I, 1862, 196 ff.

64. Jahrb. Heinr. II., I, 216. Auch die Mosellanier waren z. T. zugegen.

die Sachsen; dann durch die Lothringer;⁶⁵ endlich wurde er auch in Schwaben als König angenommen.⁶⁶ Konrad II. wurde zwar auf einem fast allgemeinen Reichstage erhoben;⁶⁷ aber die Sachsen waren nicht vertreten; ihre Anerkennung hat er erst später erlangt,⁶⁸ ebenso die der Lothringer, welche die Versammlung vor der Wahl verlassen hatten.

Soll man in all diesen Erscheinungen Unregelmäßigkeiten oder Abweichungen vom Recht erblicken? Oder sahen sie die Zeitgenossen in ihnen? Der Quedlinburger Annalist bemerkt über die Wahl Heinrichs II. durch die Franken: „*Heinricus . . . a Francis in regnum eligitur, insciisque Saxonibus Maguntiae coronatur*“.⁶⁹ Man sieht deutlich, was er an dem Vorgang auszusetzen hatte: nicht, daß der König von dem einzelnen Stamme, gesondert von den übrigen, gewählt wurde, sondern, daß man ihn, ehe er noch die Anerkennung auch der Sachsen erhalten hatte, sofort krönte.⁷⁰

Daß das Recht der Königswahl nicht bei der Reichsversammlung, sondern bei den Stämmen lag, zeigen auch die Ereignisse bei und nach der Wahl Konrads II. Der Tag von Kamba war zweifellos eine Versammlung, zu der alle Stämme geladen waren. Wäre die Wahl Sache des Reichstages gewesen, so hätten sich

65. Jahrb. Heinrichs II., I, 222 ff. und 227 f. Für die Wahl durch die Sachsen gebraucht der Quedlinburger Annalist den Ausdruck „*elegerunt*“. Thietmar sagt: „*Bernhardus . . . regni curiam illi committit*“. (V, 16 u. 17 [9]). Es handelt sich also um eine Wahl und nicht um eine bloße Anerkennung wie Adalbold will (*vita Heinr. cap. 10*). Bei der Anerkennung durch Lothr. sind sich Adalbold (*cap. 12*) und Thietmar (*cap. 20*) einig, daß es sich um eine Wahl handele. Ebenso sagen die *Gesta episcop. Camerae. M. G. SS. VII, 402 ff.*: „*principes Lothariensium H. . . sibi legunt ad regni imperium*“. (I, 114.)

66. Jahrb. Heinrichs II., I, 229.

67. Jahrb. Konrads II., I, S. 18 ff. Außer Sachsen fehlte wahrscheinlich auch der Herzog von Niederlothringen; doch zum Teil war wohl Niederlothringen vertreten, wie aus der Anwesenheit von Köln in Kamba, wenigstens vor der eigentlichen Wahl zu erkennen ist.

68. Jahrb. Konrads II., I, S. 35 ff.

69. Ann. Quedlinbg. ad 1002.

70. Man scheint also die Krönung erst nach der Wahl durch alle Stämme für recht gehalten zu haben. So ist es auch bei Otto I. und Otto II. und Otto III. gehalten worden.

die Ausgebliebenen durch ihr Fernbleiben ihres Wahlrechtes begeben. Aber wahrscheinlich von vornherein entschlossen sich die Sachsen, den Tag nicht zu besuchen; und der König hat nach seiner Erhebung mit ihnen besondere Verhandlungen angeknüpft und sich von ihnen besonders anerkennen lassen.⁷¹

Man möchte dagegen, daß die Königswahl eine Angelegenheit der einzelnen Stämme war, einwenden: wo blieb dann die Garantie für eine einheitliche Wahl? Gewiß, sie fehlte. Aber sie hat im Mittelalter immer bis zum Erlaß der Goldenen Bulle gefehlt.⁷²

Der Reichstag scheint demnach, soweit seine Entschließungen überhaupt eine rechtliche Geltung beanspruchen können, nichts zu sein, als eine Vereinigung der rechtlich allein maßgebenden Stammesversammlungen, die aus praktischen, politischen, jeden-

71. Vgl. Anm. 67 und 68.

72. Es ist klar, daß, wenn auch rechtlich die Wahl nicht eine Sache des Reiches, sondern der Stämme, nicht der Reichsversammlung, sondern der Stammesversammlungen war, sie doch auf Reichsversammlungen vollzogen werden konnte, d. h. auf Versammlungen, die eine Vereinigung der Stammesversammlungen darstellten. — Im Grunde ist auch, wenn er es freilich nicht mit direkten Worten sagt, Ficker derselben Ansicht über die rechtliche Bedeutung der Königswahl, indem er, Vom Reichsfürstenstande II, 2, S. 18, meint: „Wollen wir den König nach den Anschauungen der Zeit genauer bestimmen, so werden wir sagen dürfen, er ist zunächst König der Franken, welcher zugleich König von Sachsen, Bayern, Schwaben und von Lothringen ist.“ — Die oben dargelegte Meinung wird besonders vertreten v. E. Rosenstock in „Königshaus u. Stämme“: „Bei einer echten Wahl gibt es keine Reichsfürsten, sondern nur Stämme u. ihre Vertreter“. (S. 93.) Die Ansicht R.s, daß die Designationswahl eine Angelegenheit des kgl. Hauses, d. h. der Hofbeamten, sei und im grundsätzlichen Gegensatz zur echten Wahl stehe, dürfte mindestens für die hier behandelte Zeit nicht zu erweisen sein. Der bekannte Bericht Widukinds über Ottos I. Erhebung in Aachen (II, 1) widerspricht R.s Ausführungen insofern, als hiernach nicht die Hofbeamten, sondern die weltlichen Fürsten wählen (vgl. Stutz, Reims und Mainz); ebenso lassen sich die über Ottos II. Wahl bekannten Tatsachen kaum mit R.s Ansicht vereinen. Wenn es sich hier tatsächlich bloß um eine Kur durch die Hofbeamten gehandelt hätte, so wäre nicht einzusehen, warum Otto zweimal, einmal in Worms und dann von den Lothringern in Aachen gewählt werden mußte. Die übrigen Designationswahlen geben auch keinen Beweis, denn, daß bei ihnen den Fürsten von der Krone offenbar keine Zugeständnisse gemacht wurden (Rosenst. S. 47), kann ebenso gut auf politischen wie auf rechtlichen Gründen beruhen.

falls nicht aus rechtlichen Gründen erfolgte.⁷³ Es fragt sich und ist auch für die Beurteilung des Reichstages von entscheidender Bedeutung, worin das rechtliche Wesen der Beschlüsse dieser Stammesversammlungen am königlichen Hofe, der Landeshoftage, zu sehen ist.

Drittes Kapitel

Die Beschlüsse der Landeshoftage

Vermutlich haben wir für das zehnte und elfte Jahrhundert ein stärkeres Sonderleben der deutschen Stämme innerhalb der Verfassung des Reiches anzunehmen, als aus den gleichzeitigen Berichten unmittelbar hervorgeht. Die meisten Darstellungen der mittelalterlichen Historiographen gehen infolge des Gegenstandes, den sie hauptsächlich im Auge haben, der fast immer die Tätigkeit von Königen oder Bischöfen betrifft, an diesen Erscheinungen mehr vorüber, als sie es verdienen.

Man weiß, daß sich die Stämme unter ihren Herzögen auf eigenen Landtagen versammelten;¹ sie ordneten hier die Verhältnisse ihres Gebietes; sie trafen selbständig gesetzliche Bestimmungen; sie trieben auf eigene Faust Politik mit dem Ausland.

Es ist hier nicht der Ort, den Eigentümlichkeiten der selbständigen Versammlungen der Stämme weiter nachzugehen. Es interessiert hier nur die Frage, wie sie sich gegenüber den Regierungsbefugnissen des Königtums verhielten. Aber gerade in diesem Punkte läßt sich nichts Bestimmtes ausmachen. Wohl ist

73. Daß man die Dinge auch so ansah, geht wohl noch aus Bemerkungen der Quellen hervor, die den Reichshoftag als Versammlung der einzelnen Stämme erscheinen ließen: Auf die Angaben der Quellen über die Reichstage von Augsburg 952 und Verona 983 ist oben hingewiesen. Hierzu kommt noch eine Bemerkung des Gerhard in seiner *vita Udalrici* (M. G. SS. IV, 381 ff., cap. 3), gleichfalls über den Reichstag von Augsburg 952: „regalis locutio cum populis diversarum provinciarum“. DH. II, 34 spricht von der „populorum . . . electio“.

1. Ueber die Landtage der Stämme siehe: J. Ficker, *Vom Reichsfürstenstand* II, 3, hsg. v. P. Puntchart 1923 und E. Rosenstock, *Herzogsgewalt u. Friedensschutz*, 1910, S. 55 ff.

2. Thietmar V, 16 (9). Jahrb. Heinr. II., I, 222 f. und Wipo, cap. 6. Jahrb. Konrads II., I, 42.

von einer Art Bestätigung der Stammesgesetzgebung durch den König die Rede; aber nur ganz allgemein: Heinrich II. und Konrad II. verbürgten bei ihrer Erhebung den Sachsen ihr Recht.² Im übrigen wissen wir nicht, wie sich die eben berührten Rechte der Stammesversammlungen mit denen der Krone auseinandersetzen. Ob hier überhaupt verfassungsmäßig bestimmte Wege für einen Ausgleich gegeben waren, ist sehr zweifelhaft; wahrscheinlich ist, daß dieser Ausgleich jedem einzelnen Falle überlassen blieb.³

Sicher waren die Rechte der Landtage in den einzelnen Stämmen verschieden, und wohl auch ihre Beziehungen zum Königtum.

Bekanntlich hatte jeder deutsche Stamm sein eigenes, von dem anderen gesondertes Recht. Es ist gezeigt, daß sich diese Differenzierung auch in der Zusammensetzung der Versammlungen bemerkbar macht: Der sächsische Landtag war im Gegensatze zu den übrigen fürstlichen Tagungen eine Zusammenkunft des Volkes. Und daß auch die Beziehungen der Stämme zum Reiche nicht als durchaus gleichartig anzusehen sind, geht wohl aus der Zusammenstellung der Herzogsbesuche am königlichen Hofe hervor;⁴ sie weisen darauf hin, daß der eine Stamm dem König näher, der andere fremder gegenüber stand. Man kann demnach nicht ohne weiteres von der Versammlung eines Stammes auf die des anderen schließen.

Ward die Tagung eines Stammes an den Hof des Königs berufen, so wurde sie damit zum Landeshoftage.

Dieser wird, wie die Untersuchung der Bezeichnungen, welche die Quellen für die Hoftage gebrauchen, lehrte, häufiger, vor allem aber deutlicher erkennbar, als der Reichshoftag, erwähnt.

Abgesehen davon zeichnen sich diese Versammlungen rechtlich durch festere Umriss, sowie einen bestimmteren Inhalt und, wie die Bemerkungen über die Landtage der Stämme von vornherein wahrscheinlich machen, durch größere, andersartige Befugnisse, als die des Reiches, aus.⁵

3. Hier wäre die oben erwähnte Möglichkeit Tatsache, daß Hoftage Beschlüsse faßten, die der König zu bestätigen hatte.

4. Vgl. Kap. I.

5. Ein interessantes Beispiel aus späterer Zeit dafür, daß man die

Es hatte sich ergeben, daß in Sachen, die wir als unmittelbare Reichsangelegenheiten bezeichneten, der König ohne Befragung der Reichshoftage handeln konnte. Einige Quellen scheinen aber anzuzeigen, daß bei gewissen Dingen dieser Art Landeshoftage befragt werden mußten. Weniger paradox klingt es vielleicht, wenn man sagt, daß diese Dinge nicht Reichsangelegenheiten, als die sie uns zunächst erscheinen möchten, sondern Stammesangelegenheiten waren.

Es handelt sich hierbei vorzüglich um Fragen der äußeren Politik.

Als Heinrich III. im Jahre 1043 in Ungarn einrückte, kamen ihm, wie die Altaicher Annalen erzählen,⁶ Gesandte mit der Bitte um Frieden entgegen, wobei sie versprachen, zu erfüllen, „quidquid regi et optimatibus placeret“. Wer diese „optimates“ wahrscheinlich waren, ist aus dem zu ersehen, was über die dem Feldzug vorangegangenen Ereignisse berichtet wird. Zu Pfingsten hatte eine ungarische Gesandtschaft den König in Paderborn aufgesucht, um den Kriegausbruch zu verhindern.⁷ Der König hatte ihr entgegnet, „quia pactum facere nolle, priusquam Radasponam veniret“. Dort waren dann auf einem bayrischen Hoftage die Angebote der Ungarn zurückgewiesen worden.⁸ Jetzt nun versprachen sie dem König und den bayrischen Großen, nach ihrem Gutdünken Genugtuung zu geben. — Ein ähnlicher Vorgang war es, wenn im Jahre 1041 der Friede mit Bretislav von Böhmen nicht vor Prag, wo er seine Unterwerfung angezeigt hatte, zustande kam, sondern sein endgültiger Abschluß auf einen Hoftag zu Regensburg verschoben wurde.⁹

Als Boleslav von Polen 1015 mit Heinrich II. Verhandlungen über die Freilassung seines in der Gewalt des Kaisers befindlichen

Landeshoftage als wichtiger ansah, als die Reichshoftage, ist die Bestimmung des privilegium minus (Const. I, Nr. 159), daß der Herzog von Oesterreich allein zu den Hoftagen, die in Bayern gehalten wurden, zu erscheinen hatte: die Hoftage in Bayern waren Landeshoftage, da in dieser Zeit Reichshoftage allein in Franken abgehalten wurden.

6. Ann. Altah. ad 1043.

7. ebenda.

8. ebenda.

9. S. cap. 2, Anm. 15.

Sohnes anknüpfen ließ, antwortete der Kaiser, in der Angelegenheit könne vorläufig nichts geschehen, „sed cum ad Merseburg veniret, cum communi principum consilio suorum voluntati suimet se tunc satisfacturum promisit“.¹⁰

Diese Zeugnisse legen die Vermutung nahe, daß ein Teil der äußeren Politik des Königs an ein Einvernehmen mit den Landeshoftagen der Bayern und Sachsen gebunden war. Die Politik gegen Böhmen und Ungarn schiene demnach eine Angelegenheit des bayrischen Stammes, die gegen Polen und, wie anzunehmen ist, gegen die slawischen Stämme östlich der Elbe und Saale, der Sachsen gewesen zu sein.

Dennoch sind hier Bindungen rechtliche Natur nicht anzunehmen.

Noch mehrfach wird von Zustimmung der Bayern oder Sachsen zu Maßnahmen des Königs gegenüber den östlichen Völkern berichtet, wobei aber die Quellen diese Zustimmung den Charakter der Intervention oder des Ratschlages tragen lassen.

1017 ging der Kaiser „assiduo principum interventu“ auf das Friedensangebot Boleslavs ein.¹¹ 1032 rief auf einer Versammlung zu Merseburg Misiko von Polen die Vermittlung der Kaiserin und der Fürsten gegenüber Konrad II. an.¹² 1034 wurde auf einem Hoftage zu Regensburg Udalrich von Böhmen „rogatu ... provincialium comitum“ vom Kaiser restituiert.¹³

Doch es lassen sich Verhandlungen über das Verhältnis des Reiches zu den östlichen Völkern auf Hoftagen nachweisen, auf denen gegen die ostelbischen Slaven nicht in Sachsen und gegen die Böhmen und Ungarn nicht in Bayern beraten wurde. Ostern 1042 besprach sich der König mit den Fürsten über einen Kriegszug gegen Ungarn zu Köln;¹⁴ diese Versammlung war freilich vermutlich ein Reichshoftag und insofern auch eine Tagung der bayrischen Großen; doch Weihnachten vorher ward gleichfalls über Ungarn auf einer Versammlung zu Straßburg verhandelt,¹⁵

10. Thietmar VIII, 11 (VII, 7).

11. Thietmar VIII, 65 (VII, 48).

12. Wipo cap. 29.

13. Ann. Hildesh. 1034 u. Ann. Altah. 1034.

14. Ann. Altah. 1042. Es heißt: „principes totius regni congregavit“.

15. Ann. Altah. 1042.

und diese ist nicht als Reichshoftag anzusehen. 1041 besuchten böhmische Gesandte Heinrich III. in Seligenstadt und wurden auf den Rat der dort zum Hoftag versammelten Fürsten abgewiesen.¹⁶ Der Kriegsbeschluß gegen die Liutizen 1035 wurde in Bamberg gefaßt.¹⁷ Schon 1008 war gegen Polen höchstwahrscheinlich in Regensburg verhandelt worden.¹⁸

Entschieden dürfte wohl die Frage werden durch den Bericht des Altaicher Annalisten über den Feldzug Heinrichs III. gegen Ungarn 1044.¹⁹ Es wird ausdrücklich bemerkt, der König habe ihn „preter consilium pene omnium“ unternommen. Sein Heer bestand aus „aulici“, d. h. königlichen Ministerialen. Nach dem Siege bei Menfö ordnete er während seines Aufenthaltes in Ungarn die Verhältnisse dieses Reiches und schloß den Frieden ab. Man sieht, wenn überhaupt vor dem Feldzug ein Hoftag befragt worden ist, so hat der König nicht dessen Zustimmung erhalten; und bei dem Abschluß des Friedens kann an die Einwilligung des bayrischen Adels kein Gedanke sein.

Fehlt auch für die Verhältnisse in Sachsen ein derartig eindeutiger Beweis, so ist doch zu vermuten, daß sie auch hier nicht anders lagen.

Wenn demnach ein König die Entscheidung außenpolitischer Fragen auf einen Landeshoftag verschob, so hat er das nicht getan, weil er ein Zustimmungsrecht des Hoftages in diesen Fragen zu berücksichtigen hatte.

Die Ansicht, daß die Großen einer Provinz in unmittelbaren Reichsangelegenheiten befragt werden mußten, vertritt in einem Punkte auch Julius Ficker, indem er meint, dies sei der Fall, „wenn es sich um die im Lande belegenen Reichsabteien handelte“.²⁰ Als Beispiel dafür führt er für unsere Zeit die Bestätigung der Schenkung von Kloster Moosburg an Freising durch Otto I. 940 an, die erfolgt „per interventum ... ducis P. aliorumque fidelium ... Bawariensis regionis principum“. Doch wird

16. Ann. Altah. 1041.

17. Ann. Hildesh. 1035.

18. Thietmar VI, 33 (24).

19. Ann. Altah. 1044.

20. Ficker, Vom Reichsfürstenstande II, 2 S. 30.

man diese Anschauung für die vorliegende Zeit im allgemeinen und die Auslegung dieses Diploms im besonderen bestreiten müssen. Daß die Intervention nicht als Ausübung des Zustimmungsrechtes angesehen zu werden braucht, ist oben auseinandergesetzt. Außerdem aber sind viele Urkunden, welche die Vergebung von Reichsgut betreffen, erhalten, in denen selbst von einer Intervention der Großen nicht oder nur solcher, die nicht als die Vertreter eines Stammes angesehen werden können, die Rede ist.

Nach alledem bleibt die Ansicht, daß in unmittelbaren Reichsangelegenheiten der allein Entscheidende der König war, bestehen, und ein Beschlußfassungsrecht der Landeshoftage kann nur für Dinge in Betracht kommen, welche in die rechtlichen verhältnisse der Stämme in irgend einer Form eingriffen.

Mit der Erhebung eines Königs opferten gleichsam die einzelnen Stämme ihre Sonderexistenz dem Reiche, indem sie diesem einen Repräsentanten und damit sich selbst ein gemeinsames Oberhaupt schufen. Es ist oben ausgeführt worden, inwiefern die Königswahl eine Angelegenheit der einzelnen Stammesversammlungen war, daß jeder Stamm sozusagen sich seinen König selbst wählte.²¹

Nächst dem König war das Haupt des Stammes der Herzog. Es war der Krone gelungen, gegenüber dieser ursprünglich autochthonen Gewalt ihr Einsetzungsrecht geltend zu machen. Doch nicht unbedingt. Den Stämmen war ein Rest des Rechtes, das sie ursprünglich bei der Erhebung oder Anerkennung des Herzogs sich zuschreiben mochten, geblieben. Aber während zur Königswahl jeder Stamm berechtigt war, stand die Mitwirkung bei der Einsetzung des Herzogs nur einem Teil von ihnen zu. Der zur Königswahl zusammentretende Landtag verwandelte sich hierbei naturgemäß in einen Landeshoftag.

In Franken bestand das Herzogtum während unserer Periode zu kurze Zeit, als daß sich von ihm über diesen Punkt etwas Genaues aussagen ließe.

In Schwaben scheint sich ein ausschließliches Ernennungsrecht des Königs zu ergeben. Zwar hat sich dort am Ende der

21. Sehr deutlich bei Ficker, Vom Reichsfürstenstande II, 2, S. 18.

Regierung Konrads I. das Herzogtum Burchards im Gegensatze zur Krone entwickelt. Aber als Nachfolger dieses Herzogs wurde von Heinrich I. der Franke Hermann eingesetzt, und zwar wahrscheinlich auf einer Versammlung zu Worms im Jahre 926;²² jedenfalls aber ohne eine Mitwirkung des schwäbischen Landtages. Gleichfalls in Worms wurde 950 nach Hermanns Tod von Otto I. Schwaben an Liudolf vergeben.²³ 983 wurde Herzog Konrad in Verona ernannt.²⁴ Heinrich III. verlieh das Land 1045 an den Lothringer Otto zu Goslar.²⁵ Nur einmal läßt sich die Erhebung eines schwäbischen Herzogs auf einheimischem Boden nachweisen: Die Ottos von Schweinfurt im Jahre 1048 in Ulm.²⁶ Neben dem königlichen Ernennungsrecht macht sich freilich eine gewisse Einhaltung der Erbfolge in der Herzogsfamilie bemerkbar; aber ob das auf dem Stammesrecht beruhte, läßt sich nicht sagen.²⁷

Mindestens ebensosehr, wie in Schwaben, weisen die Dinge auf ein Einsetzungsrecht des Königs in Lothringen hin, wenn auch hier die Aufschlüsse der Quellen noch dürftiger sind. Otto I. übertrug 940 Lothringen an seinen Bruder Heinrich und, als dieser aus dem Lande vertrieben war, an den Grafen Otto.²⁸ Man sieht, wenigstens mit der Führung der herzoglichen Gewalt durch Heinrich, sicher aber auch mit seiner Erhebung waren die Lothringer nicht einverstanden. Von Ottos Nachfolger Konrad dem Roten sagt Widukind ausdrücklich, er habe das Herzogtum gegen den Willen des Stammes verwaltet.²⁹ Bei der Uebergabe der Geschäfte an Erzbischof Bruno, ebenso bei den vielen

22. Vgl. Jahrb. Heinrichs I., S. 91.

23. Contin. Regín. 950; Böhm.-Ottenth. 182 b. Jahrb. Ottos I., 178; 954 wurde Schwaben an Burchard vielleicht in Arnstadt gegeben (Böhm.-Ottenth. 239 f. Jahrb. 242).

24. Jahrb. Ottos II., S. 186.

25. E. Steindorff, Jahrb. Heinrichs III., 1874 u. 81. I. S. 225. Oder in Aachen; vgl. ebenda S. 226.

26. Jahrb. Heinrichs III., II. S. 35. Nach Jahrbücher Konrads II., II. S. 321 ist auch die Verleihung Schwabens an König Heinrich III. eventuell im Lande selbst erfolgt.

27. Darauf, daß bei der Erbfolge der Stamm nicht ganz einflußlos war, deutet die Bemerkung des Herm. Aug. chron. zu der Nachfolge Hermanns III. im J. 1003: „H. . . . omni populo acceptabilis in ducatu successit“.

28. Jahrb. Ottos I., S. 106; Böhm.-Ottenth. 89 a und 91 a.

29. Widukind III, 17.

Streitigkeiten um den Besitz des Herzogtums bis auf die Kämpfe Gottfrieds des Bärtigen unter Heinrich III. ist von einem Befragen des Stammes nie, dagegen immer von dem Willen des Königs die Rede.

Anders lagen die Verhältnisse in Sachsen: hier hört man, seitdem Otto I. den Billunger Hermann eingesetzt hat, nichts von einer Ernennung durch den König, freilich auch nichts von einer Erhebung durch den Stamm. Die herzogliche Würde pflanzte sich erblich fort. Doch dürfte bei dem, was sonst über die ungebrochene Macht der sächsischen Volksversammlung bekannt ist, nicht zu bezweifeln sein, daß der Herzog nicht ohne ihren Willen zur Regierung kam. Von der Bestimmung Ottos I. zum Nachfolger Heinrichs in Sachsen wissen wir, daß sie auf einem sächsischen Landeshoftage vollzogen wurde.³⁰ Allerdings die Tatsache, daß Thietmar die Herzogswahl der Bayern als eine Merkwürdigkeit aufzeichnet, deutet darauf hin, daß man in Sachsen ein eigentliches Wahlrecht nicht kannte.³¹

Mehr als in Sachsen tritt in Bayern das Erhebungsrecht der Landeshoftage, zugleich aber auch der Einfluß des Königs hervor.

Thietmar bemerkt, wie erwähnt, ausdrücklich, daß der bayrische Stamm das Recht hatte, seinen Herzog zu wählen.³² Von Heinrich, dem Sohne Herzog Heinrichs II. sagt er, daß er 995 mit Wahl und Hilfe der Bayern das Erbe seines Vaters vom König erlangte.³³ Wohl setzte der König den Herzog ein, aber den Wahlakt, d. h. die Annahme des vom Könige präsentierten

30. Böhm.-Ottenth. 52 a; Jahrb. Heinr. I. 172 f. Darüber, daß es sich hier um einen sächs. Landeshoftag handelte, vgl. cap. 2, Anm. 59. Daß hier auch über die Nachfolge im Herzogtum verhandelt ward, ist anzunehmen, weil hier die Erbschaft der herzoglichen Familie überhaupt geordnet wurde und weil der Entscheidung der hier offenbar noch zweifelhaften Frage wer König werden sollte, die Bestimmung, wer das Herzogtum erhielt sicher vorangehen mußte. Andererseits aber hätte, wäre dies letztere schon vor der Erfurter Versammlung feststehend gewesen, sich kaum eine Diskussion über die Designation zum König erheben können.

31. Thietmar V, 14 (8).

32. ebenda. Ann. Juvav. maximi 995 reden von Bestimmung des Nachfolgers durch den Vater. Doch erfolgte wohl besondere Anerkennung durch den Stamm. Vgl. Breßlau, Die ältere Salzbg. Annalistik S. 61.

33. Thietmar IV, 20 (13).

Kandidaten durch den Landeshoftag scheint man als das rechtlich Entscheidende angesehen zu haben. Der Lützelburger Heinrich (H. V. v. Bayern) ließ die bayrischen Großen schwören, binnen drei Jahren keinen neuen Herzog zu wählen. König Heinrich II. veranlaßte sie dann freilich 1009 in Regensburg, ihn selbst als Herzog anzunehmen.³⁴ Als 1026 Heinrich V. von Bayern während des Römerzuges Konrads II. starb, ernannte dieser nicht eher einen neuen Herzog, als bis er nach Bayern zurückgekehrt war: nach einer Wahlhandlung der bayrischen Fürsten wurde 1027 zu Regensburg der junge Heinrich, des Kaisers Sohn, Herzog.³⁵ In anderen Fällen ist von einer Wahl direkt nichts überliefert, wohl aber, daß die Erhebung des Herzogs auf einem bayrischen Hoftage stattfand. 976 wurde Otto von Schwaben,³⁶ 1004 Heinrich von Luxemburg,³⁷ 1049 Konrad von Zütphen³⁷ auf einer Versammlung zu Regensburg belehnt; 1053 wurde in Merseburg ein bayrischer Herzog abgesetzt, doch die Neubesetzung wurde nicht dort vollzogen; vielmehr wartete der Kaiser damit, bis er nach Bayern kam.³⁸ Auch in diesen Fällen wird man eine Zustimmung der bayrischen Großen zu der Bestellung des Herzogs durch den König anzunehmen haben.

Nur zwei Herzogsernennungen außerhalb Bayerns sind überliefert; die Heinrich III. 983 in Verona³⁹ und die Heinrichs VII. 1042 zu Basel.⁴⁰

Ob auf den Landeshoftagen, auf denen Wahlakte vorgenommen wurden, die Großen des gesamten bayrischen Stammes oder nur die Angehörigen des engeren Herzogtums vertreten waren, ist nicht zu sagen.

Die Vergebung der bayrischen Nebenländer, wie Kärnthens, ist wahrscheinlich nicht auf Landeshoftagen vollzogen. 1036 wurde

34. Jahrb. Heinr. II., II, 212. (Thietmar VI, 41.)

35. Jahrb. Konrads II., I, 212.

36. Jahrb. Ottos II., S. 79. Von einer eigentl. Wahl ist freilich unter Otto I. und Otto II. nicht die Rede. Daß sich aber das Wahlrecht von 935 (s. Anm. 32) ab bis z. Zt. Ottos III. wenigstens latent erhalten hat, ist wohl anzunehmen.

37. Jahrb. Heinrichs II., I, 301; zu 1049: Jahrb. Heinrichs III., II, 63.

38. Jahrb. Heinrichs III., II, S. 222 und 230.

39. Jahrb. Ottos II., 186.

40. Jahrb. Heinrichs III., I, 147.

der jüngere Konrad in Augsburg⁴¹ und 1047 Graf Welf vermutlich in Speyer⁴² mit Kärnthen belehnt.

Die Vermutung liegt nahe, daß, wenn Landeshoftagen bei der Erhebung von Herzögen ein Mitwirkungsrecht zustand, sie auch bei ihrer Absetzung befragt werden mußten.

Es ist bekannt, daß die Verurteilung von Fürsten vor dem Könige durch das Reichshofgericht erfolgte. Es fragt sich, ob zu dem Urteil dieses königlichen Gerichtes die Einwilligung des Landeshoftages treten, oder, was dasselbe bedeuten würde, ob das Gericht vom Landeshofstage abgehalten werden mußte.

Es läßt sich nachweisen, daß eine einfache Verurteilung, die nicht mit der Absetzung verbunden war, z. B. zur Haft, selbst der Herzöge, an deren Einsetzung die Landeshoftage am meisten beteiligt waren, der bayrischen, ohne Rücksicht auf diese am königlichen Hofe vorgenommen wurde. So wurde 974 Heinrich II. wegen Umtriebe gegen den König auf einem nichtbayrischen Hofstage, dessen Ort allerdings unbekannt ist, zur Gefangenschaft verurteilt.⁴³ 978 fand eine abermalige Verurteilung in Quedlinburg statt.⁴⁴ Um so bezeichnender ist es, daß sich für Absetzungen andere Regeln beobachten lassen.

Zwar sind wir in diesem Punkte für Franken und Sachsen nicht unterrichtet; und schwäbischen und lothringischen Herzögen scheint man ohne Teilnahme der Landeshoftage das Herzogtum abgesprochen zu haben; wie denn Liudolf in Arnstadt,⁴⁵ Ernst von Schwaben in Ingelheim⁴⁶ und wahrscheinlich auch Konrad der Rote außerhalb seines Landes⁴⁷ ihrer Stellung entsetzt wurden. Doch die Absetzung Heinrichs II. von Bayern erfolgte im Juli 976 zu Regensburg,⁴⁸ ebenso die Heinrichs von Luxemburg 1009.⁴⁹

41. Jahrb. Konrads II., II, 158.

42. Jahrb. Heinrichs III., II, S. 14.

43. Jahrb. Ottos II., S. 54.

44. Jahrb. Ottos II., 103.

45. Jahrb. Ottos I., S. 241 f. Böhm.-Ottenth. 239 b. Vielleicht auch schon in Fritzlar, vgl. H. Breßlau in der Allgem. dtsch. Bioer. Bd. 24, S. 584.

46. Jahrb. Konrads II., I, 288.

47. Jahrb. Ottos I., 218.

48. S. Anm. 36.

49. S. Anm. 34.

1053 wurde zwar Herzog Konrad in Merseburg seiner Würde beraubt.⁵⁰ Aber die Worte Hermanns von Reichenau über diesen Vorfall geben ziemlich deutlich zu erkennen, daß er in dem Verfahren einen Gewaltakt des Kaisers sah.

Ob die Einsetzung oder Absetzung auch anderer Großer als des Herzogs die Zustimmung eines Landeshoftages erfahren mußte, läßt sich nicht ausmachen.

In der Vollziehung der Königswahl waren die Stammesversammlungen autonom; in der der Herzogserhebung hatte sich das Recht des Königs neben das ihre gedrängt; ähnlich war es in der Gesetzgebung.

Es ist darauf hingewiesen worden, daß ein ursprüngliches Stammesrecht bestand, in welchem Veränderungen und Neuordnungen vorzunehmen die Stämme offenbar unter gewissen, unbekannten Bedingungen befugt waren. Andererseits gingen aber auch Gesetze vom König aus. Wie bereits ausgeführt wurde, traten auch diese, soweit sie weltliche Angelegenheiten betrafen, als Stammessatzungen ins Leben.⁵¹ Die Tatsache, daß dies auch bei Gesetzen, welche nicht für eine Provinz speziell galten, sondern auf das ganze Reichsgebiet ausgedehnt wurden, der Fall war, macht es wahrscheinlich, daß ihr Erlaß an ein Einvernehmen mit den Stämmen, also den Landeshoftagen, geknüpft war. Welche Veranlassung hätte für Heinrich III. vorliegen sollen, seine Friedensgesetzgebung nicht gleich von Konstanz aus über das ganze Reich zu gebieten, sondern Provinz für Provinz vorzugehen, wenn er nicht die Mitwirkung dieser Provinzen gebraucht hätte?

Auch das, freilich unter anderen Voraussetzungen und mit anderen Mitteln von Heinrich II. eingeschlagene Verfahren, durch das 1017 zu Allstedt der Friede unter dem sächsischen Adel hergestellt wurde,⁵² zeigt an, daß es bei rechtlichen Regelungen in den Stämmen nicht mit dem Befehl des Königs getan war. Die Großen schwuren, sich gegenseitig Frieden zu halten. Ein ähn-

50. *IS. Anm.* 38. Herim. Aug. chron. 1053 schreibt: *quorundam principum iudicio ducatu privavit* und verzeichnet im Anschluß daran Klagen der Fürsten über Ungerechtigkeit des Kaisers.

51. Vgl. Kap. 2.

52. *Jahrb. Heinrichs II., III.* S. 46 f. Thietmar VIII, 50 (VII, 35).

licher Vorgang war 1012 zu Merseburg⁵³ und 1004 auf einem Züricher Hoftag⁵⁴ für Schwaben erfolgt.

In einem Falle hat das Vorgehen des Landeshoftages in der Gesetzgebung Ähnlichkeit mit der hofgerichtlichen Praxis. 938 wurde auf einem sächsischen Hoftage zu Stela eine Rechtsfrage entschieden, indem sie durch Zweikampf ausgetragen wurde.⁵⁵ Beweist dies auch nichts für das Zustimmungsrecht des Hoftages, so spricht es doch gegen die Befugnis des Königs, einseitig Gesetze zu erlassen.

Ein genauerer Beweis kann in dieser Sache wegen der Dürftigkeit des Materials nicht angetreten werden. Besonders sind wir über die Art der königlichen Gesetzgebung in Bayern und Franken nicht unterrichtet. Doch da es wahrscheinlich ist, daß neben Sachsen auch die Stämme, deren Recht dem des Königs gegenüber am weitesten zurückgetreten zu sein scheint, Schwaben und Lothringen, ein Zustimmungsrecht hatten, wie die Ereignisse bei der Friedensgesetzgebung Heinrichs III. zeigen, so ist es wohl auch für die übrigen zwei Stämme anzunehmen.

Neben die bisher erörterten, wenn man so sagen will, auf die Dauer berechneten Abmachungen und Bindungen zwischen Reich und Stämmen, wie sie die Bestellung der Herrscher und die Festsetzung des Rechtes darstellten, treten solche, die bloß als einmalig gedacht waren, die immer neuen und immer wiederkehrenden Lasten, zu denen die Krone die Stämme heranzog. Erkennbar ist für die vorliegende Zeit die Verpflichtung zur Ausführung von Bauten und zur Heeresfolge.

Thietmar schreibt, daß 1012 Heinrich II. nach einer Versammlung in Merseburg auf den Rat weniger den Bau und die Befestigung der urbs Liubusua befohlen, wozu er, der Bischof sich Ende Januar eingefunden habe.⁵⁶ Offenbar hat der König, wenn man die Merseburger Zusammenkunft als sächsischen Landeshoftag ansehen will, ohne dessen Einwilligung gehandelt. Aber aus Thietmars Worten geht auch nicht hervor, daß der Befehl des Herrschers den ganzen Stamm verpflichtete. Daß er selbst dem

53. Jahrb. Heinrichs II., II, 315 u. 454 ff. Thietmar VI, 59 (39).

54. Jahrb. Heinrichs II., I, 314. Adalboldi vita Heinr. cap. 42.

55. Böhm.-Ottenth. 75 b., Jahrb. Ottos I., 71 f. Widukind II, 10,

56. Jahrb. Heinr. II., II, 315 f. Thietmar VI, 59 (39).

Gebote Heinrichs gefolgt ist, kann nichts beweisen. — Im Juli 1050 fand ein bayrischer Landeshoftag zu Nürnberg statt, auf dem beschlossen wurde, gegen die Ungarn die Hainburg zu errichten.⁵⁷ An diesem Bau haben sich die bayrischen Fürsten vermutlich vollzählig beteiligt. Aber beweiskräftig ist auch dieser Vorgang nach keiner Seite. Es kann sich bei ihm sowohl um einen nach Beratung mit den Fürsten gegebenen Befehl des Königs, wie um einen freien Willensakt der Großen handeln.⁵⁸

Die Reichslasten der Fürsten, von denen die Quellen hauptsächlich reden, sind die, welche die Heeresfolge betreffen.

Häufig scheinen die Quellen eine Verpflichtung der Fürsten lediglich auf Grund eines königlichen Befehls zu ergeben.

Liudprand erzählt, 933 habe Heinrich I. die Sachsen bei Lebensstrafe gegen die Ungarn aufgeboten.⁵⁹ 1001 zogen einige Bischöfe, wie die Lebensbeschreibung eines von ihnen meldet, „iussu imperatoris“ über die Alpen.⁶⁰ 1004 sagte Heinrich II. den Feldzug gegen Böhmen an,⁶¹ an dem sich Sachsen und Bayern beteiligten. Zu 1005 berichtet Thietmar über den Krieg gegen Polen, der von Sachsen, Bayern und Böhmen geführt wurde: „(Heinricus) . . . iussit expeditionem per bannum fieri“. ⁶² 1011 wurde zur Heeresfolge gegen Polen „atroci iussione“ aufgeboten.⁶³ 1015 rief der König, wie der Quedlinburger Annalist sich ausdrückt, Tausende von tapferen Männern unter die Waffen.⁶⁴ 1018 befahl er zur Niederwerfung der Empörung Dietrichs von Holland dem Herzog von Lothringen und den Bischöfen von Köln, Lüttich und Utrecht, „ut exercitum adunarent“. ⁶⁵ 1033

57. Jahrb. Heinrichs III., II, 111. Ann. Altah. 1050; zu dem Bau: Herim. Aug. chron..

58. Hermann von Reichenau stellt die Sache so dar. als wenn das letztere vorgelegen hätte.

59. Liudprandi antapodosis in: Die Werke Liudprands v. Cremona hsg. v. J. Becker 1915, II, 25.

60. vita Burchardi episc. Wormat. M. G. SS. IV, 829 ff., cap. 8.

61. Thietmar VI, 10 (8).

62. Thietmar VI, 19 (14).

63. Thietmar VI, 56 (38).

64. Ann. Quedlinbg. 1015.

65. Gesta episc. Camerac. III, 19.

wurde den Sachsen geboten, die Heiden zu bekämpfen; Wipo schreibt darüber: „... (imperator) ... imperiali iussione constrin-gebat“.⁶⁶ 1035 heißt es von Konrad II., der zu Bamberg weilte, „unde expeditionem in Liutizos mandavit“.⁶⁷

Auf Grund solcher Quellenzeugnisse ist denn auch die Spezialforschung über das Kriegswesen im Mittelalter zu dem Ergebnis gelangt, daß in unserer Zeit eine Verpflichtung zur Heeresfolge mit dem einfachen Befehl des Königs vorlag.⁶⁸ Aber es ist doch nicht zu verkennen, daß keines der oben angeführten Argumente absolut beweisend ist. Es steht kaum etwas im Wege, anzunehmen, daß den aufgezählten Befehlen Hoftage vorangingen, die erst dem Könige die Ermächtigung zu seinem Gebote gegeben hätten. In einigen der angegebenen Fälle ist tatsächlich hiervon etwas bekannt. Zu 933 erzählt Widukind ausführlich von einer sächsischen Volksversammlung, welche den Krieg gegen die Ungarn beschlossen habe.⁶⁹ Zur Zeit der Vorbereitung des Kampfes gegen Dietrich von Holland fand, wie wir von Thietmar wissen, ein Hoftag in Nimwegen statt.⁷⁰ Und das Aufgebot Konrads II. gegen die Liutizen 1035 wurde nach einer Versammlung in Bamberg erlassen.⁷¹

Nur für eins der oben angeführten Zeugnisse scheint die Annahme eines vorherigen deutschen Hoftages ausgeschlossen zu

66. Wipo cap. 30.

67. Ann. Hildesh. 1035.

68. L. Weiland: Die Reichsheerfahrt von Heinrich V. bis Heinrich VI. (Försch. z. dtsh. Gesch. 7, 1867). „Die Zustimmung des Reichstages scheint mir in früherer Zeit (vor Heinrich V.) nicht erforderlich gewesen zu sein“. (S. 116.) M. Baltzer: Zur Gesch. d. dtsh. Kriegswesens in d. Zt. von d. letzten Karoling. bis auf Ks. Friedr. II., 1888, S. 22: „Auch der Satz des karolingischen Staatsrechts hat sich bis in unsere Periode hinein erhalten, daß der König ganz nach Belieben eine Heerfahrt ansagen darf“. Auch Ficker, Vom Reichsfürstenstande II, 1, S. 313 meint, daß in unserer Zeit eine ausdrückliche Zustimmung der Fürsten nicht erforderlich war. Vorsichtiger drückt sich G. Waitz. Verfassungsgesch. VIII, 1878, S. 95 ff. aus. R. Schröder, S. 559, meint, bis zum 12. Jh. hatte der König das unbeschränkte Aufgebotsrecht. Der entgegengesetzten Ansicht ist Guba, S. 76.

69. Widukind I, 38; vgl. Jahrb. Heinrichs I., 150.

70. Thietmar IX, 28 (VIII, 13); vgl. Jahrb. Heinrichs II., III, 65 ff.

71. Ann. Hildesh. 1035 u. Ann. Altah. 1035; vgl. Jahrb. Konrads II., II, 132 ff.

sein: für die Bemerkung der *vita Burchardi* über den Befehl Ottos III. von 1001, der aus Italien erfolgte. Doch dies Zeugnis ist für unsern Gegenstand so gut wie wertlos, da es von Bischöfen handelt, aus deren Verpflichtungen auf die der Stämme und des Laienadels nicht gefolgert werden kann.

Im Gegensatz zu den Quellenaussagen, die allein von einem Befehl des Königs sprechen, stehen andere, welche die Verpflichtung zur Heeresfahrt als Folge der Verhandlungen eines Hoftages oder einer Stammesversammlung erscheinen lassen.

968 befahl Otto I. in einem Briefe aus Capua den Sachsen, die Redarier zu bekriegen.⁷² Doch die sächsische Volksversammlung lehnte es ab, diesem Gebot nachzukommen. Otto III. schloß 992 mit den Slaven Frieden, da er, wie die Hildesheimer Annalen meinen, den Fürsten nicht widerstreben wollte.⁷³ 1003 wurde auf einem Hoftage zu Quedlinburg „universis consentientibus“ der Feldzug gegen Polen und Böhmen beschlossen.⁷⁴ 1017 wurden nach einer Beratung zu Merseburg alle Getreuen, wie Thietmar sagt, ermahnt, sich auf den Feldzug vorzubereiten.⁷⁵ Darauf fand ein Hoftag in Goslar statt, und von diesem heißt es: „expeditio in nostris partibus ordinatur“.⁷⁶ Dies doppelte Verfahren ist merkwürdig: man möchte zu der Annahme neigen, daß nach der unverbindlichen Aufforderung in Merseburg der König erst zu Goslar die Zustimmung des Landeshoftages erlangt habe, worauf die Fahrt für alle bindend angesetzt wurde. 1022 wurde „consilio principum“ der Zug nach Italien „omnibus primatibus“ angesagt.⁷⁷ Die Tatsache, daß 1043 die Entscheidung über Krieg und Frieden gegen Ungarn von Paderborn auf einen bayrischen Hoftag nach Regensburg verlagert wurde,⁷⁸ läßt sich am leichtesten erklären, wenn man voraussetzt, daß der König erst dort er-

72. Widukind III, 70. Böhm.-Ottenth. 467. Jahrb. Ottos I., 435.

73. Ann. Hildesh. 992.

74. Adalberti *vita* Heinr. II., cap. 3.

75. Thietmar VIII, 51 (VII, 36).

76. Thietmar VIII, 54 (VII, 39).

77. Cas. St. Galli Cont. II, hsg. v. G. Meyer v. Knonau in Mitt. zur vaterl. Gesch., hsg. v. histor. Verein in St. Gallen, Neue Folge, 7. Heft, cap. 4.

78. Vgl. Anm. 7 und 9.

fahren konnte, ob er auf eine Unterstützung durch die Bayern zu rechnen hatte. Daß er den Krieg 1044 nur mit einem Ministerialenheer unternahm,⁷⁹ könnte darauf zurückgeführt werden, daß der Hoftag seinem Vorhaben nicht zugestimmt hatte.

Es ist bemerkenswert, daß beinahe sämtliche hier angegebenen Zeugnisse sich auf Sachsen und Bayern beziehen. Das einzige, welches man für das ganze Reich in Anspruch nehmen könnte, ist die Bemerkung der Cas. St. Galli über das Aufgebot Heinrichs II. zum Zuge nach Italien 1022. Aber gerade dies spricht eher gegen, als für einen allgemeinen Reichshoftag: das „consilium principum“ steht dem Aufgebot der „omnes primates“ gegenüber.

Dabei darf nicht übersehen werden, daß auch die übrigen Angaben keineswegs restlose Klarheit schaffen. Sie alle lassen die Annahme zu, daß der König auf den betreffenden Hoftagen nur den Rat, nicht die Zustimmung der Fürsten einholte. Eine Ausnahme scheint allein der Bericht Widukinds über die Ablehnung des Befehls Ottos I. an die Sachsen, die Redarier zu bekämpfen, zu bilden. Doch weder dies, noch die übrigen Zeugnisse sind, wenn man sie auch im einzelnen als beweiskräftig ansehen will, für alle Aufgebote allgemeingültig. Abgesehen davon, daß es sich bei der Aufforderung Ottos an den sächsischen Landtag nicht um ganz die gleiche Heeresfolge, wie in anderen Fällen handelte, da der Kaiser nicht selbst ins Feld zog, würde der Landtagsbeschluß doch nur etwas für das Sachsen des zehnten Jahrhunderts, nicht aber für eine spätere Zeit beweisen; denn mit dem Ausgang dieses Jahrhunderts und der damals erfolgenden Verwandlung des sächsischen Volksheeres in ein Vasallenheer⁸⁰ mag auch eine Aenderung in der Art des Aufgebotes vor sich gegangen sein. Sämtliche ausführlicheren Nachrichten aber, die oben beigebracht worden sind, scheinen sich auf das Verfahren bei Angriffskriegen gegen die östlichen Völker zu beziehen, und geben nur darüber Aufschluß. In den Fällen der Landesverteidigung oder von Feldzügen in andere Gegenden, wie nach Italien

79. Vgl. Anm. 19.

80. Vgl. C. Spannagel, Zur Gesch. d. dtsh. Heerwesens von Beginn d. 10. bis z. Ausg. d. 12. Jh., Leipz. Dissert. 1885, S. 5 ff.

oder dem Westen haben vielleicht andere, und für jeden einzelnen Stamm, ja für Teile der Stämme besondere, Regeln gewaltet: in späteren Jahrhunderten, in denen die Ueberlieferung klarer sehen läßt, treten uns bekanntlich auf dem Gebiete der Heeresfolge zu komplizierte Verhältnisse entgegen,⁸¹ als daß man sie für unsere Zeit als auch nur einigermaßen gleichförmig voraussetzen könnte.

Man muß gestehen, daß sich die Frage des Zustimmungsrechtes der Landeshoftage bei der Heeresfolge nicht ganz entscheiden läßt; wenn auch vieles für die Annahme eines solchen wenigstens in Bayern und Sachsen spricht, so halten sich dennoch die sich widersprechenden Quellenzeugnisse fast die Wage. Am nächsten kommt man vielleicht der Wahrheit, wenn man meint, daß in diesem Punkte ein fest ausgebildetes Recht noch nicht oder nicht mehr bestand: der König entbot die Fürsten selbstständig, wenn er glaubte, daß sie ihm folgen würden; befürchtete er Schwierigkeiten, so suchte er sie durch Verhandlungen festzulegen.

Es ist nachgewiesen worden, daß außer den Reichs- und Landeshoftagen noch andere weltliche Versammlungen am königlichen Hofe zusammentraten.⁸²

Die Möglichkeit besteht, daß es kleinere „colloquia publica“, als die Stammestagungen gegeben hat, und daß manche Versammlung, die wir den Landeshoftagen zugerechnet haben, zu ihnen gehört. Auch widerspräche es dem Geiste der Hoftagsverfassung kaum, wenn ihnen ein Teil des Zustimmungsrechtes der Landeshoftage zugestanden hätte. Es ist nicht ausgeschlossen, daß, wenn es überhaupt in diesem Punkt ein Beschlußrecht gab, etwa ostfälische Versammlungen die Einwilligung zur Heeresfolge dieses Landesteils zuweilen gegeben haben.⁸³ Doch sichere Anhaltspunkte lassen sich für die Beschlüsse dieser kleineren Hoftage nicht finden.

81. Ficker, Vom Reichsfürstenstande II, 1, S. 286 ff.

82. s. Kap. 1.

83. Das scheint die Beobachtung zu ergeben, daß die sächsischen Hoftage, auf denen gegen die östlichen Völker verhandelt wurde, fast ausschließlich im östlichen Teile Sachsens stattfanden.

Für die „conventus familiares“ sind gleichfalls keine Anzeichen eines Beschlüßfassungsrechtes vorhanden.

Es bleibt zum Schlusse noch übrig, einen Blick auf eine Versammlung zu werfen, die wir aus sogleich sich ergebenden Gründen bisher unberücksichtigt gelassen haben, die man aber doch als eine besondere Art des Hoftages ansehen kann: das Reichshofgericht. Weder in der Zusammensetzung, noch in der Berufung oder Leitung läßt sich ein Unterschied zwischen ihm und den Hoftagen feststellen; jeder Hoftag, gleichgültig, ob „conventus publicus“ oder „familiaris“, konnte zum Hofgericht werden, und jedes Hofgericht war im Grunde ein, wenn auch meist kleiner, Hoftag. Gleichen sich so beide Versammlungen in der Form, so tritt doch in dem Inhalt und Zweck ihre Verhandlungsweise ein Unterschied auf, der es rechtfertigt, das Hofgericht vom Hoftage zu trennen und nicht diesem Begriffe zu subsummieren: das Hofgericht ist eben, wie sein Name sagt, Gericht und unterscheidet sich in seiner Beschlüßfassung von der übrigen Hoftage darin, daß sie in Akten der Rechtsprechung besteht.

Für eine spätere Zeit hat man freilich nachgewiesen, daß das Hofgericht nicht bloß richterliche Funktionen erfüllte, sondern daß es auch Befugnisse ausübte, die es auf eine Stufe mit gesetzgebenden Versammlungen stellte.

Einmal verkündete es Rechtssätze, die sogenannten Weistümer. Sodann aber war es in der Lage, im Falle von Klagen gegen Maßnahmen des Königs diese, wenn sie nicht durch die Zustimmung eines Reichstages sanktioniert waren, für ungültig zu erklären;⁸⁴ diese Möglichkeit war gewissermaßen ein Sicherheitsventil in der Verfassung gegen autokratische Absichten der Krone, indem sie diese auf die Zustimmung der Reichstage anwies; sie verkörperte gleichsam die negative Seite ihres Zustimmungsrechtes.

Von diesen beiden Kompetenzen des Hofgerichtes ist für

84. Vgl. Ficker, Vom Reichsfürstenstande II, 1, S. 77 ff. Schröder, S. 557, sagt: „Ueberhaupt bedurften Verfügungen des Königs zu ihrer formellen Gültigkeit der Mitwirkung des Reichstages nicht, konnten aber, wenn diese fehlte, hinterher wegen Ueberschreitung der kgl. Machtbefugnisse beim Reichshofgericht durch Klage angefochten und mußten dann gegebenenfalls auf Reichsurteil vom König widerrufen werden“.

unsere Zeit durchaus nichts zu bemerken; neue gesetzliche Bestimmungen wurden nur auf Landeshoftagen gegeben; und bei dem außerordentlich geringen Umfang des Zustimmungsrechtes der Hoftage war ein Institut, durch das man dieses Recht gegen den König anrufen konnte, noch kaum am Platze.

Für das weltliche Hoftagsrecht bleibt es demnach bei folgenden Ergebnissen: ein Beschlußfassungsrecht hat nur den Landeshoftagen zugestanden und den Reichshoftagen allein insofern, als sie eine Versammlung jener darstellten. Von den Stammeshoftagen wieder hatten die bayrischen und sächsischen eine größere rechtliche Bedeutung als die übrigen; aber auch sie war nur gering.

Die hauptsächliche Bedeutung der Beschlüsse aller, ja die alleinige der meisten Hoftage ist es, daß sie Ratschläge dieser Versammlungen für den König waren.

In dem allen weltlichen Hoftagen gemeinsamen Mangel an rechtlicher Geltung ihrer Entschlüsse wird man vorzüglich den Grund dafür zu sehen haben, daß, wie oben ausgeführt, die Grenzen der Typen der einzelnen Hoftage in einander übergingen.

Auf anderen Wegen kommt man zu ähnlichen Resultaten bei der Betrachtung der geistlichen Hoftage.

Zweiter Abschnitt

Die geistlichen Hoftage

Viertes Kapitel

Definition und Einteilung des Begriffes der geistlichen Hoftage

Das Wort, mit dem die Quellen eine geistliche Versammlung im Gegensatze zu einer weltlichen bezeichnen, ist „synodus“. Auch „concilium“ wird gebraucht, doch drückt dies den spezifisch geistlichen Charakter einer Zusammenkunft nicht unbedingt aus; es wird auch zuweilen für weltliche Tagungen ver-

wandt;¹ daß die Verbindung „concilium synodale“ vorkommt,² beweist, daß „concilium“ allein zur Wiedergabe des Begriffes einer Synode nicht ausreichte.

Unter geistlichen Hoftagen haben wir Synoden zu verstehen, welche am königlichen Hofe stattfanden. Otto I. spricht einmal in einer Urkunde von „nostra synodus“;³ objektiv ausgedrückt würde das „synodus regalis“ heißen; aber dies Wort kommt nicht vor; eine besondere Bezeichnung für den geistlichen Hoftag gebrauchen die Quellen nicht.

An geistlichen Versammlungen gab es im deutschen Reiche: Reichs-, Provinzial- und Diözesansynoden.⁴ Es fragt sich, wieweit diese auch als Hoftage erscheinen.

1. Die Reichssynode

Zwischen dem Nationalkonzil und dem geistigen Reichshoftag besteht die engste Verbindung. Zwar decken sich beide Begriffe nicht ganz. Doch die Inkongruenz ist nur eine scheinbare. Im Grunde ist jede Reichssynode ein geistlicher Hoftag. Ihr Wesen soll daher im folgenden eingehender untersucht werden.

Einen besonderen Ausdruck für die Reichskonzilien, der sie von der Masse der übrigen synodalen Versammlungen unterschied, hat es nicht gegeben. Das sie häufig bezeichnende Wort „synodus generalis“⁵ kann für sie allein nicht in Anspruch genom-

1. Erfurt 936: vita Mathildis ant. cap. 7; Worms 966: Cont. Regin. 966; Nimwegen 996: Alpertus de diversitate temporum, M. G. SS. IV, 700 ff., I, 3; Mainz 1011: Thietmar VI, 52 (35); Nimwegen 1018: Alpertus de diversitate II, 16; Werla 1035: Gesta episc. Halberst., M. G. SS. XXIII, 78 ff., 1036; Aachen 1046: Ann. Altah. 1046.

2. Dingolfing 932: LLIII, 1863, S. 482; Augsburg 952: Const. I, Nr. 6, cap. 7; Frankfurt 1027: Ann. Magdeburg 1027; Pavia 1046: Ann. Altah. 1046.

3. DO. I, 4 = Böhm.-Ottenth. 60.

4. Vgl. A. Werminghoff, Verfassungsgesch. d. dtsh. Kirche im M.-A., 2. Aufl. 1913, S. 219 ff.

5. synodus generalis: Hohenaltheim 916: Const. I, 433; Ingelheim 948: Const. I, 6 u. Flodoardi ann. 948; Ingelheim 980: DO. II, 219; Aachen 992: Bernoldi chron. 992; Gona 1025: Wolfherii cont. vitae Bernwardi, M. G. SS. XI, 165; Frankfurt 1027: Wolfherii vita Godeh. prior c. 31 u. vita Meinweri c. 200 u. Ann. Hildesh. 1027; Tribur 1036: Ann. Hildesh. 1036; Mainz 1046: Adam Brem. Gesta Hammaburg. eccl. pontif. hsg. v. B. Schmeidler, 1917, III, 29.

men werden; man benennt damit auch allgemeine Kirchenversammlungen, die sich dem Wesen eines universalen Konzils nähern;⁶ andererseits werden aber auch Metropolitan- und Diözesansynoden so betitelt.⁷ Oft wird für Nationalkonzilien auch der Ausdruck „magna synodus“⁸ oder bloß „synodus“⁹ gebraucht. Ja, wenn die Quellen die letztere Bezeichnung verwenden, so scheinen sie zunächst meist an eine Reichssynode zu denken, denn, meinen sie damit andere Konzilien, wie Provinzialsynoden, so heben sie das im allgemeinen besonders hervor;¹⁰ auch ein Privileg Johanns XIII. nennt eine Nationalsynode „synodus“.¹¹

Versagt so die Namengebung der Quellen, so bleiben als Merkmale, an denen wir eine Reichssynode zu erkennen und ihr Wesen deutlich zu machen vermögen, nur sachliche. Sie sind vorzüglich in der Ladung, der Leitung, und der Zusammensetzung der Synode bemerkbar.

Die Einberufung der Nationalkonzilien stand im allgemeinen dem König zu. Zwar ist es nur für Italien ausgesprochen, daß

concilium generale: Hohenaltheim 916?: Ekkeh. cas. St. Galli; Frankfurt 1007: Thietmar VI, 30 (22); Mainz 1023: Wolfh. vita Godehardi post., M. G. SS. XI, 196 ff., c. 19; Frankfurt 1027: Const. I, 40; Tribur 1036: Ann. Altah. 1036.

synodus universalis: Erfurt 932: Const. I, Nr. 2 = Böhm.-Ottenth. 41 a; Ingelheim 948: Richer. historiarum libri IV, hsg. v. G. Waitz, 1877, II, 69.

6. z. B. das von Giselher von Magdeburg 1000 in Aachen geforderte: Thietmar IV, 46 (28).

7. Ganz deutlich: Ann. Hildesh. 1028: Aribio . . . sinodum generalem cum suis suffraganeis episcopis habuit“. Vgl. Hinschius, Das Kirchenrecht der Kathol. u. Protest. in Dtschl. 1. Kath. Kirchenrecht, 1869—97, III, S. 488 u. 586; Werminghoff S. 219 u. 220.

8. z. B. Ingelheim 948: Herim. Aug. chr. 948; Frankfurt 1007: Const. I, Nr. 29 = DH. II, 143; Koblenz 1012: Ann. Quedlinbg. 1012; Bamberg 1012: Thietmar VI, 60 (40); Nimwegen 1018: Thietmar IX, 7 (VIII, 5); Tribur 1036: Herim. Aug. chron. 1035; Mainz 1052: Ann. Weißenbg. in: Lamperti mon. Hersfeld. opera, hsg. v. O. Holder-Egger, Cont. 1052.

9. z. B. Hohenaltheim 916: Herim. Aug. chron. 916; Bonn 942: Contin. Regin. 942; Augsburg 952: Herim. Aug. chron. 951; Ingelheim 958: Contin. Regin. 958; Mainz 1049: Herim. Aug. chron. 1049; Mainz 1052: chron. Lauresh. 1052

10. z. B. Aachen 1023: Gesta ep. Camerac. III, 35.

11. Jaffé-Loewenfeld 3736.

der Besuch der Synoden Königsdienst sei;¹² aber man wird dem Satz auch für Deutschland Geltung beizumessen haben. Sofern überhaupt von einer Einladung die Rede ist, sagen fast immer die Quellen, daß sie vom König ausgegangen sei.¹³ Auch, wenn ein Herrscher an der Synode nicht teilnahm, trat sie doch auf seine Anordnung zusammen. So ist der Befehl zur Abhaltung der Hohenaltheimer Synode 916 wahrscheinlich von Konrad I. erlassen,¹⁴ der ihr fernblieb. So berief Heinrich I. 922 die deutschen Bischöfe nach Koblenz, ohne sich dann an ihrer Zusammenkunft zu beteiligen.¹⁵

Gleichwohl war das königliche Einberufungsrecht von den kirchlichen Anschauungen der Zeit nicht unbestritten. Pseudo-isidor stand ihm entgegen,¹⁶ und sein erster großer Verfechter auf dem römischen Stuhle, Nikolaus I., hatte seine Ansicht angenommen, indem er die Auffassung vertrat, daß ohne Wissen und Willen der Kurie keine Synoden abgehalten werden dürften.¹⁷ Doch blieben diese Ansprüche ohne Einfluß auf die Rechtsbildung. Die niederen Synoden fanden sicher ohne päpstliches Wissen statt; und ohne Frage traten die meisten Reichskonzilien gleichfalls ohne die Erlaubnis des römischen Bischofs zusammen.¹⁸ Dagegen konnte das Recht des Papstes, seinerseits Reichssynoden einzuberufen, kaum bestritten werden. Wer mochte dem Haupte der Christenheit verwehren, einen Teil der Kirche nach Gutdün-

12. DH. II, 280; vgl. Hauck III, 433. (Es ist übrigens nur von Kanonikern die Rede.)

13. Hohenaltheim 916? vgl. Hinschius III, S. 560; Koblenz 922: Const. I, Nr. 434; Erfurt 932: Const. I, Nr. 2 = Böhm.-Ottenth. 41 a; Augsburg 952: Const. I, Nr. 9 = Böhm.-Ottenth. 217 a; Frankfurt 1007: Thietmar VI, 30 (23), Thangmar v. Bernw. 41; Grons 1025: Wolfh. cont. vitae Bernw.; Tribur 1036: Herim. Aug. chron. 1035.

14. Vgl. Hinschius III, S. 560.

15. Const. I, Nr. 334; Böhm.-Ottenth. 7 a; vgl. Jahrb. Heinrichs I, 65.

16. Vgl. Hinschius II, 11, Anm. 7.

17. Vgl. F. W. Wasserschleben, Beiträge zur Gesch. d. falschen Dekretalen 1844, S. 77; Hinschius III, S. 557.

18. Eine Mitwirkung des Papstes wird sehr selten erwähnt (vgl. weiter unten). Meist sind die Reichssynoden dem Ereignis, das evtl. den Anlaß zu ihrer Abhaltung gab, so schnell gefolgt, daß unmöglich vorher der Papst gefragt sein kann.

ken zu einem Konzil zu versammeln? Es ist vorgekommen, daß ein Papst oder sein Legat als Einberufer deutscher Synoden diesseits der Alpen erschien. So hielten Legaten im Auftrage der Kurie die Synoden von Ingelheim 948¹⁹ und Aachen 992²⁰ ab; in Hohenaltheim war wenigstens ein Gesandter des römischen Stuhles zugegen;²¹ 1049 berief Leo IX. ein Reichskonzil nach Mainz.²² Doch scheint man zu diesem Vorgehen der Päpste oder ihrer Gesandten die Einwilligung des deutschen Königs für erforderlich gehalten zu haben. Wer die Synode zu Hohenaltheim geladen hat, ist nicht ganz deutlich; doch wurde bereits erwähnt, daß es, trotz der Anwesenheit eines Legaten, vermutlich der König war. Von der Aachener Synode von 992 ist hierüber nichts Näheres bekannt. Daß Leo IX. 1049 im Einverständniß mit Heinrich III. gehandelt hat, ist bei der Stellung der beiden Fürsten zu einander selbstverständlich. Am bezeichnendsten liegen die Dinge bei der Ingelheimer Synode 948. Flodoard bemerkt, sie sei auf Befehl des Papstes zusammengetreten; er habe aber seinen Legaten an Otto I. wegen der Berufung und Versammlung der Synode geschickt.²³ Hieraus geht doch wohl hervor, daß es tatsächlich Otto war, der die Bischöfe versammelte. Welche Bedeutung, selbst wenn der Papst an der Synode teilnahm, bei ihrer Berufung der König hatte, lehrt die Bemerkung einer Urkunde Konrads II. über seine in Gemeinschaft mit Johann XIX. zu Rom abgehaltene Synode: „nos... synodum Rome habendam condiximus“.²⁴ Das Recht des Königtums, zu den kirchlichen Reichsversammlungen zu laden, war denn auch von den Theoretikern, welche die praktische Rechtslage berücksichtigten, durchaus anerkannt: Burchard von Worms hat es in sein Dekret aufgenommen.²⁵

19. Vgl. Jahrb. Ottos I. 162; Böhm.-Ottenth. 166 a.

20. Vgl. Giesebrecht I, S. 665.

21. Vgl. E. E. Dümmler. Jahrbücher des ostfr. Reiches III, 1888, S. 605.

22. Vgl. Jahrb. Heinrichs III., II, S. 92 ff. Lamperti ann. 1050.

23. Flodoardi ann. 948.

24. DK. II, 205.

25. Burch. decretorum libri XX: Migne Patrol. lat. CXL, 537 ff. XV, 20. Das dem Erzbischof v. Mainz vom Papst zugebilligte Recht, Reichssynoden zu berufen (Jaffé-Loewenf. 3631) stand auf dem Papier. Es läßt sich keine von Mainz faktisch berufene Reichssynode nachweisen,

Die Tatsache allein, daß keine Reichssynode ohne den Willen des Königs stattfand, daß er es letzten Endes war, der sie berief, drückt ihr zur Genüge das Gepräge eines Hoftages auf.

Die Einladung zu den Nationalkonzilien scheint in der Weise vor sich gegangen zu sein, daß der König die Metropolen berief, und diese die Ladung an ihre Suffraganbischöfe weitergaben. Wenigstens deuten auf diesen Sachverhalt zwei Quellenzeugnisse hin. In der „*vita Udalrici*“ wird über die Reichssynode von Ingelheim 972 gesagt: „*facta est synodus... ad quam archiepiscopi cum caeteris suis suffraganeis sanctum Udalricum... invitaverunt*“.²⁶ Die Erzbischöfe also luden die Bischöfe ein.²⁷ Die Synoden aber versammelten sich auf Befehl des Königs; es ist also anzunehmen, daß dieser den Metropolen erteilt wurde. In der „*vita Godehardi posterior*“ schreibt Wolfhere über das Nationalkonzil zu Frankfurt 1027: „*Aribo concilium... coadunavit*“.²⁸ War Aribo, was kaum zu bezweifeln ist, rechtlich nicht in der Lage, ein Reichskonzil zu berufen, so ist die Stelle bloß verständlich, wenn man annimmt, daß der Metropolit die Bischöfe seiner Provinz einlud, wobei in der Tat der Mainzer dem Hildesheimer Historiographen als Einberufer der Synoden erscheinen mochte.

Daraus, daß es der König war, der im allgemeinen die Reichssynode berief, geht nicht hervor, daß er auf ihr den Vorsitz führte. Im westgotischen und im merovingischen Reiche hatten die Könige zu den Konzilien geladen, ohne ihre Verhandlungen dann zu leiten.²⁹ Ähnlich lagen die Dinge in Deutschland zur Zeit der Ottonen. Die Leitung der kirchlichen Reichsversammlung lag damals in der Regel in den Händen des Erzbischofs von Mainz.³⁰ Es ist nachweisbar, daß er den Synoden von Erfurt

26. cap. 23.

27. Man könnte den Text der angeführten Stelle für doppelsinnig halten. Doch da von „*caeteri suffraganei*“ die Rede ist, verlangt wohl die Logik, daß diese „*suffraganei*“ auch im Sinn des Satzes dem Udalrich koordiniert werden. — Davon, daß die Suffragane ihren Mitbischof einladen, wird übrigens auch einmal gesprochen: Wolfh. Godeh. v. prior c. 35 (Pöhlde 1028).

28. Wolfh. Godeh. v. post. cap. 23.

29. Vgl. Hinschius III, S. 539 ff, u. 544 ff.

30. Vgl. Hinschius III, 562; Werminghoff S. 222.

932,³¹ von Augsburg 952,³² von Frankfurt 1007³³ und 1027³⁴ präsi-
dierte. Wer den Vorsitz führte, wenn er fehlte, kann nicht
gesagt werden.³⁵ Ausnahmen von dieser Regel während des
zehnten Jahrhunderts berichten die Quellen nur, wenn ein päpst-
licher Legat zugegen war. In diesem Falle war es natürlich, daß
er die Verhandlungen leitete. Dies ist bekannt für die Synoden
von Hohenaltheim 916³⁶ und Ingelheim 948.³⁷ Auch der Vorsitz
in Frankfurt 1007 wurde von Willigis als Beauftragtem des Papstes
geführt.³⁸ Die Mainzer Reichskonzilien 1049³⁹ und 1052⁴⁰ wurden
vom Papste geleitet. — So scheint die Krone die Tagung der
Versammlungen wohl angeordnet, den Verlauf ihrer Verhandlungen
 dagegen denen überlassen zu haben, die es zunächst anging.
Aber es macht sich doch neben der kirchlichen Leitung die welt-
liche Gewalt bemerkbar. Bei dem Interesse, das das Königtum,
besonders seit den Tagen Ottos des Großen, an der kirchlichen
Politik hatte, und bei den mannigfaltigen Berührungspunkten
zwischen Staat und Kirche ist es erklärlich, daß der Herrscher
den Beratungen der Synode im allgemeinen beiwohnte.
Die Reichskonzilien von Hohenaltheim 916,⁴¹ von Koblenz 922⁴²

31. Böhm.-Ottenth. 41 a; Jahrb. Heinrichs I., 146.

32. Böhm.-Ottenth. 217 a; Jahrb. Ottos I., S. 205 ff.

33. Jahrb. Heinrichs II., II, S. 65 ff.

34. Jahrb. Konrads II., I, S. 225 ff.

35. Eine merkwürdige Stellung hatte auf den Reichssynoden der Erzbischof von Trier. Richer, hist. II, cap. 70, sagt: Allen Bischöfen, die an dem Konzil (von Ingelheim 948) teilnahmen, war es erlaubt, aus den Kanones vorzubringen, was sie wollten. „Disponendi tamen facultas et rationum interpretatio domno Rotberto Treverico commissa est“, da er besonders unterrichtet war. Daß jedoch die persönlichen Eigenschaften Rotberts nicht der alleinige Grund für diese seine Aufgabe während der Synode waren, geht wohl aus einem Privileg des Papstes aus dem J. 969 hervor: (Jaffé-Loewenfeld 3736): „sententiam edicendi et synodale iudicium canonice promulgandi primatum habeat“. Hiernach hatte der Bischof von Trier also die Rechte eines Vorsitzenden für die deutschen Reichssynoden. Sie scheinen demnach Mainz nicht unbestritten zugestanden zu haben.

36. S. Anm. 21.

37. S. Anm. 19.

38. S. Anm. 33. Const. I, Nr. 29 = DH. II, 143.

39. S. Anm. 22.

40. Jahrb. Heinrichs III., II, S. 189 ff.

41. S. Anm. 21.

und von Duisburg 929⁴³ sind die einzigen, von denen wir mit Wahrscheinlichkeit annehmen, daß auf ihnen der König nicht zugegen war. Auf der Erfurter Synode 932 war Heinrich I. anwesend;⁴⁴ und von da ab sind die deutschen Herrscher auf fast jeder Reichssynode nachweisbar. Daß der König 952 zu Augsburg erst nach der Eröffnung des Konzils von den Bischöfen aufgefordert wurde, an ihrer Sitzung teilzunehmen,⁴⁵ scheint durchaus eine Ausnahme gewesen zu sein. Sonst wird seine Gegenwart als selbstverständlich erwähnt. Man überließ ihm, wie aus einer detaillierten Schilderung der Frankfurter Synode von 1027 hervorgeht,⁴⁶ eine Art von Ehrevorsitz; begleitet von seinem Schwerträger, ließ sich hier Konrad II. auf einem erhöhtem Platze nieder. Aus einem Privileg Johannes XIII. für Trier geht hervor, daß (neben dem päpstlichen Legaten) der deutsche König den ersten Platz auf den Reichskonzilien einnahm.⁴⁷ Griff der Herrscher in die Verhandlungen der Synoden ein, so lag es bei der Autorität des Königtums nahe, daß er ihre tatsächliche Leitung übernahm. Dies scheint seit der Regierung der letzten Ottonen üblich geworden zu sein. Von den Synoden, die während der Regierung Heinrichs II. zusammentraten, sagen die Quellen zuweilen: „Der König hielt sie ab“;⁴⁸ was doch wohl anzeigt, daß er sie leitete. Konrad II. hat auf dem Konzil zu Tribur 1036 den Vorsitz geführt,⁴⁹ und ebenso hat 1049⁵⁰ und 1052⁵¹ Heinrich III. gemeinsam mit dem Papste die Mainzer Synode geleitet — im Gegensatz zu der hundert Jahre früher stattgefundenen Ingelheimer Kirchenversammlung, auf der trotz der Anwesenheit Ottos I. der alleinige Vorsitz noch dem päpstlichen Legaten vorbehalten blieb.

42. S. Anm. 15.

43. Jahrb. Heinrichs I., S. 136.

44. S. Anm. 31.

45. Const. I, Nr. 9 = Böhm.-Ottenth. 217 a.

46. Wolff. Godeh. v. prior. cap. 31.

47. Jaffé-Loewenfeld 3736.

48. Mainz 1011: Thietmar VI. 52 (35): „habuit concilium“; Koblenz 1012: Ann. Quedlinbg. 1012 „rex . . . magnam synodum habuit“; vgl. auch Hauck III, S. 438, Anm. 1.

49. Ann. Hildesh. 1036.

50. Lamperti ann. 1050.

51. Ann. Weißenbg. cont. 1052.

— In Zusammenhang mit dem Besitz der Kaiserwürde kann man die Leitung der Nationalkonzilien durch den König nicht bringen; obgleich 1027 Konrad II. sie besaß, übernahm Aribon den Vorsitz der Frankfurter Versammlung;⁵² und 1011 und 1012 scheint Heinrich II. Synoden präsiert zu haben;⁵³ Kaiser aber war er damals noch nicht.

Abgesehen von der in der Ladung und Leitung hervortretenden Beteiligung von Laien an der Nationalsynode scheint es in der Natur der Sache zu liegen, daß im übrigen ihre Teilnehmer bloß aus Geistlichen bestanden.

Dennoch ist eine nähere Untersuchung dieser Frage nicht so müßig, wie es danach den Anschein hat.

Guba ist im Gegenteil der Ansicht, weltliche und geistliche Versammlungen seien überhaupt nicht auseinander zu halten, sie gingen in einander über, und manche Versammlungen seien beides zugleich.⁵⁴

Diese Auffassung scheint sich durch mehrere Quellenzeugnisse stützen zu lassen.

Guba selbst führt die Augsburger Versammlung von 952 an, die Reichstag und Synode zugleich gewesen sei.⁵⁵ Das ist insofern richtig, als allerdings in Augsburg zu derselben Zeit ein Reichstag und eine Synode stattfanden. Aber von den Historiographen der Zeit wird doch beides getrennt. Hermann von Reichenau, sagt, es habe „synodus magnusque principum conventus“ getagt.⁵⁶ Und wenn auch nach dem Synodalprotokoll auf die Aufforderung der Bischöfe, die sich zunächst allein versammelt hatten, der König mit einer „insignis turba primatum“ die Versammlung betrat,⁵⁷ so können doch die Laien nicht als wesentlicher, etwa mitbeschließender Bestandteil des Konzils angesehen werden. Der König allein ward gebeten, zu erscheinen, auf seinen Beifall allein wurde Wert gelegt. Die Fürsten galten wohl bloß

52. S. Anm. 34.

53. S. Anm. 48.

54. Guba S. 3 ff. Ebenso Waitz, Verfassungsgeschichte VI, 417 ff.

55. Guba S. 3 f.

56. Herim. Aug. chron. 951.

57. Const. I, Nr. 9 = Böhm.-Ottenth. 217 a.

als sein Gefolge; in dem Protokoll ist von ihren Namen nichts gesagt, während die der Bischöfe aufgezeichnet sind.

Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Frankfurter Synode von 1027, auf die Guba gleichfalls hinweist.⁵⁸ Hierüber berichtet der Bischof Godehard von Hildesheim; er spricht von einer Entscheidung, die auf diesem Konzil „cum episcopis XXII et abbatibus octo cum numerosa cleri plebisque frequentia“ getroffen sei.⁵⁹ Wir haben jedoch noch andere Berichte über die Ereignisse von Frankfurt; danach fand am ersten Tage der Synode eine Zusammenkunft Konrads II. und der Bischöfe allein statt, auf der spezifisch geistliche Dinge erledigt wurden;⁶⁰ es wird ausdrücklich gesagt, daß außer dem Schwerträger des Kaisers kein Laie zugegen war. Erst am zweiten Tage kam es zu der Versammlung von Klerikern und Laien, auf welcher der von Godehard mitgeteilte Beschluß gefaßt wurde. Es handelte sich um die Beilegung des Streites zwischen Mainz und Hildesheim um das Kloster Gandersheim. Man wird die Angelegenheit als weltliche, als Reichssache betrachtet haben, in der es gut war, den Rat und das Urteil der Fürsten zu hören, wie denn auch Godehard nicht von einer „synodus“, sondern von einem „concilium“ spricht.

Mit Hilfe dieser Erklärung läßt sich die Beteiligung von Laien auf noch zwei anderen Synoden, die in der Gandersheimer Streitsache stattfanden, verstehen. 1025 hatte ein „concilium“, auf dem außer Bischöfen und Äbten auch Herzog Bernhard von Sachsen zugegen war, sich mit der Angelegenheit befaßt.⁶¹ Derselbe Gegenstand war 1006 zu Pöhlde „coram multis episcopis aliisque principibus“ verhandelt.⁶² Eine über diese Tagung ausgestellte Urkunde haben außer mehreren Geistlichen die Herzöge von Sachsen und von Schwaben, ein Burggraf Burchard und siebzehn Grafen unterschrieben.⁶³ Man sieht, es handelte sich bei diesen Verhandlungen offenbar weniger um eigent-

58. Guba S. 4.

59. Const. I, Nr. 40.

60. Wolfh. Godeh. v. prior, cap. 31 f.

61. Vgl. Jahrb. Konrads II., I, S. 54 ff. Wolfh. cont. v. Bernw.; Wolfh. Godeh. v. prior, 26.

62. Thangmar, v. Bernw., cap. 43. Jahrb. Heinrichs II., II, S. 1 ff.

63. DH. II, 255.

lich synodale Versammlungen, als um Hoftage, die den Charakter eines Hofgerichtes hatten.

Mehr scheint ein anderer Quellenhinweis für die angeführte Ansicht in die Wagschale zu fallen.

Die Hildesheimer Annalen schreiben zu 1019:⁶⁴ „Bernwardus cum episcopis ceterisque regni primoribus sinodo habita Godescalcum et Gertrudam separavit“. Die Tatsache, daß hier von einer Synode die Rede ist, auf der Weltliche zugegen waren, läßt sich nicht leugnen. Aber man möchte vermuten, daß sie höchstens ihren Rat geltend zu machen hatten. Darauf deutet folgende Beobachtung hin: nach einer anderen Nachricht waren an dieser Synode außer mehreren Bischöfen auch die Erzbischöfe von Magdeburg und Bremen beteiligt;⁶⁵ mit ihnen aber konnte der Hildesheimer Bischof unmöglich eine Synode „habere“, d. h. leiten, es konnte sich daher bloß um eine Diözesansynode handeln, auf der die gerade zum Hoftag versammelten Großen, ebenso wie die Metropolen, von ihm um Rat gefragt wurden.

Es ist demnach zuzugeben, daß es Synoden gab, auf denen weltliche Fürsten zugegen waren; aber, daß sie — worauf es im Grunde ankommt, — bei den Synodalbeschlüssen mitwirkten, ist zu bestreiten. Sie haben sicher nie mehr, als die Rolle der „turba primatum“ gespielt, die Otto I. in die Augsburger Versammlung begleitete.

Es ist bereits erwähnt, daß 1019 in Goslar weltliche Fürsten vertreten waren. Aber in der Aufzeichnung über einen dort gefaßten Synodalbeschluß in einer kirchenrechtlichen Frage sind außer dem Könige nur Bischöfe genannt.⁶⁶ Daß 1007 in Frankfurt, während die Synodalverhandlungen über die Gründung Bambergers stattfanden, auch Laienfürsten zugegen waren, ist aus Diplomen Heinrichs II. bekannt.⁶⁷ Gleichwohl sind in der Gründungsurkunde allein Bischöfe erwähnt.⁶⁸ Synodalprotokolle sind niemals von Laien unterschrieben worden, außer von dem Kaiser. Und nicht einmal berichten die Quellen, abgesehen von den ange-

64. Ann. Hildesh. 1018. Jahrb. Heinrichs II., III, S. 111 f.

65. DDH. II, 402 und 403. Const. I, Nr. 31.

66. Const. I, Nr. 31.

67. S. cap. 2, Anm. 27.

68. S. cap. 2, Anm. 29.

führten Fällen, über Synoden, die von Geistlichen und Weltlichen abgehalten wurden. Wohl aber sind oft „synodi episcoporum“ verzeichnet.⁶⁹ Auch hat man wohl verstanden, eine weltliche Versammlung und eine Synode auseinanderzuhalten. Daß Hermann von Reichenau für die Augsburger Synode von 952 dies tat, ist schon erwähnt. Und die Altaicher Annalen berichten ausdrücklich von einem Hoftage Heinrichs III. 1046 zu Pavia: „rex ... separatim habuit sinodale concilium et populare iudicium“.⁷⁰

Die Geistlichen, welche die Reichssynoden bildeten, waren allein die Bischöfe.

Es könnte nach den Quellen scheinen, daß auch Äbte zu den ordnungsmäßigen Teilnehmern gehörten.

Daß auf den konziliaren Versammlungen, die von weltlichen Fürsten besucht waren, auch sie vertreten waren, ist selbstverständlich, zählten sie doch, wie gezeigt, zu den primates des Reiches.

Es kommt bloß darauf an, festzustellen, wie es mit ihrer Mitwirkung auf den rein geistlichen Versammlungen stand.

Die Altaicher Annalen berichten, 1036 habe der Kaiser in Tribur ein „concilium episcoporum 35 et abbatum plurium“ abgehalten.⁷¹ Daß die Anwesenheit der Äbte, nicht bloß in ihrer Eigenschaft als Reichsfürsten, auf Synoden möglich war, ist also nicht zu bestreiten. Aber Sitz und Stimme haben sie dort nicht gehabt. Schon die Tatsache, daß der Altaicher Annalist die Bischöfe zählt, die Äbte aber nicht, deutet an, daß wichtig ihm allein die Bischöfe erschienen. Die Hohenaltheimer Synode zog die sächsischen Bischöfe, die ihrer Tagung ferngeblieben waren, zur Verantwortung.⁷² Warum nicht auch die Äbte, wenn sie

69. Erfurt 932: Contin. Regin. ad 936; Bonn 942: Contin. Regin. 942; Augsburg 952: Herim. Aug. chron. 951; Ingelheim 958: Contin. Regin. 958; Ingelheim 972: Herim. Aug. chron. 972; Ingelheim 980: DO. II, 219; Magdeburg 1000: Ann. Magdebg. 1000; Frankfurt 1007: Thietmar VI, 30 (23); ähnlich: Koblenz 1012: Thietmar VII. 27 (VII, 20); Seligenstadt 1026: Ann. Magdebg. 1026; Frankfurt 1027: Wolfh. Godeh. v. prior 31; Mainz 1049: Herim. Aug. chron. 1049.

70. Ann. Altah. 1046.

71. Ann. Altah. 1036.

72. Const. I, Nr. 433, c. 80.

zur Synode gehört hätten? In dem Protokoll von Augsburg 952 heißt es, daß die Bischöfe versammelt waren „cum cetu abbatum, canonicorum nec non et monachorum“.⁷³ Die Bischöfe sind namentlich genannt; der Aebte wird nur, wie der niederen Kleriker, als Umstand, Erwähnung getan.⁷⁴ Das Mainzer Protokoll von 1049 ist allein von Bischöfen unterschrieben,⁷⁵ obgleich, wie wir aus einer Urkunde wissen, in Mainz Aebte zugegen waren.⁷⁶ Auch in einem Diplom Ottos II., das über eine Ingelheimer Synode von 980 berichtet,⁷⁷ ist bloß von dem Rate der Bischöfe die Rede; der Beschluß, der mitgeteilt wird, behandelt aber eine Klosterangelegenheit; hätten die Aebte Stimmrecht gehabt, so wäre hier sicher ihre Beistimmung erwähnt. Außer dem oben mitgeteilten Fall ist auch keine Nachricht von einer deutschen Reichssynode, die sich aus Bischöfen und Aebten zusammengesetzt hätte, erhalten.⁷⁸

Aus den Akten der Hohenaltheimer Synode geht hervor, daß, falls ein Bischof am Erscheinen verhindert war, er die Verpflichtung hatte, einen Vertreter zu senden.⁷⁹ Giselher von Magdeburg hat sich mehrfach, wenn er zu Konzilien Ottos III. nicht erscheinen konnte oder wollte, vertreten lassen.⁸⁰ Auf der Frankfurter Synode von 1007 war für den abwesenden Bischof von Würzburg ein Vikar zugegen.⁸¹ Doch scheinen diese Stellvertreter kein Stimmrecht gehabt zu haben; die Quellen erwähnen sie fast nie; die Synodalprotokolle verzeichnen ihre Anwesenheit überhaupt nicht, und sind auch niemals von ihnen unterschrieben.

War die Reichssynode vollzählig, so mußten die sechs deut-

73. Const. I, Nr. 9 = Böhm.-Ottenth. 217 a.

74. Aehnlich über die Synode von Koblenz 922 Const. I, Nr. 434: Congregati sunt episcopi numero octo . . . (Namen) . . . cum abbatibus aliisque sacri ordinis viris quam plurimus. Auch Erfurt 932, vgl. Const. I, Nr. 2.

75. Const. I, Nr. 51.

76. Stampf Reg. 2377; vgl. Jahrb. Heinrichs III., II, S. 94.

77. DO. II, 219.

78. vgl. Anm. 69.

79. Const. I, Nr. 433, c. 29 und 30.

80. Synode zu Rom bei Thietmar IV, 44 (28); Quedlinburg 1000: Ann. Magdebg. 1000.

81. vgl. Jahrb. Heinrichs II., II, S. 67. (Ueber Vikare vgl. auch Ann. Spirens. M. G. SS. XVII, 80 ff., 1038.)

schen Metropolitcn mit ihren Suffraganen und der Bischof von Cambray, seit 952 der Patriarch von Aquileja⁸² und seit den Tagen Heinrichs II. auch der Bischof von Basel, zugegen sein.⁸³ Nur in seltenen Fällen freilich kann nachgewiesen werden, daß wirklich der gesamte deutsche Episkopat zusammentrat. Und in den Fällen, in denen dies nicht geschah, ist es schwer zu sagen, ob die Fehlenden geladen waren, ob also eine eigentliche Reichssynode stattfand, da, wie erwähnt, die Vikare, welche die trotz Einladung Fernbleibenden hätten schicken müssen, in der Regel nicht genannt oder gezählt werden.

2. Die kleineren geistlichen Hoftage

Neben den als Reichskonzilien erkennbaren Versammlungen haben, offenbar in weitaus bedeutenderer Zahl, kleinere Synoden am königlichen Hofe stattgefunden.⁸⁴

Ebenso, wie der König berechtigt war, die Bischöfe des Reiches an seinem Hofe zu versammeln, war er natürlich auch in der Lage, die einer Provinz zusammenzurufen. In diesem Falle wurde die Metropolitansynode zum Hoftag. Doch scheint dies außerordentlich selten vorgekommen zu sein. Thietmar berichtet einmal von einer kirchlichen Entscheidung, die Heinrich II. in Italien „cum licentia comprovincialium“,⁸⁵ wohl also auf einem geistlichen Provinzialhoftag getroffen habe. Für Deutschland wird von demselben Autor ein von Heinrich abgehaltenes „colloquium comprovincialium“ zu Diedenhofen⁸⁶ erwähnt. Aber es läßt sich nachweisen, daß dort mehr, als die Bischöfe einer Provinz anwesend waren.⁸⁷ Soweit uns Listen von Teilnehmern an geistli-

82. vgl. Guba S. 43.

83. Häufig waren fremde Bischöfe zugegen; z. B. 952 in Augsburg italienische, 1007 in Frankfurt burgundische.

84. Hiermit soll nicht gesagt sein, daß alle im vorigen Abschnitt erwähnten Reichssynoden dies in dem durch diese Bemerkung festgestellten Sinne des Wortes waren. Die meisten von ihnen waren sicher kleinere Versammlungen. Wieso man sie trotzdem als Reichssynoden ansehen kann, ergibt das folgende.

85. Thietmar VIII, 2.

86. Thietmar V, 27 (17).

87. vgl. Jahrb. Heinrichs II., I, 344 ff

chen Hoftagen bekannt sind, deuten diese nicht auf Provinzialsynoden hin. Man scheint die Abhaltung dieser Konzilien nicht als eine Angelegenheit des Königs betrachtet zu haben; in Aachen wurde 1027, während Heinrich II. in der Stadt war, eine Synode der Kölner Provinz gehalten, der er nicht beiwohnte;⁸⁸ daß eine Mainzer Provinzialsynode in demselben Jahre nicht vom Kaiser ausging, wird dadurch bewiesen, daß er zu ihrer Tagung von Erzbischof Aribio eingeladen wurde.⁸⁹ Wie sich, wenn diese Synoden doch als Hoftage zusammentraten, die Frage des Vorsitzes regelte, läßt sich nicht erweisen.

Für Diözesansynoden am königlichen Hofe läßt sich überhaupt kein deutlicher Anhaltspunkt erkennen.

Es ist an sich nicht undenkbar, daß am Hofe, ähnlich, wie weltliche, auch geistliche Versammlungen für politische Distrikte stattfanden. Das Reichskonzil war ja eine solche. Auch ist es sicher, daß von Herzog Arnulf für das Gebiet des bayrischen Herzogtums Synoden abgehalten wurden, die nach der kirchlichen Zugehörigkeit der Bischöfe nicht fragten.⁹⁰ Auf ähnliche Zustände in Sachsen zur Zeit König Konrads I. deutet es hin, daß der sächsische Episkopat der Hohenaltheimer Synode 916 geschlossen fern blieb. Doch für die Konzilien am königlichen Hofe waren, soweit man sehen kann, derartige Prinzipien nicht maßgebend: geistliche Landeshoftage hat es nicht gegeben.

Daß zwischen den geistlichen Versammlungen Unterschiede, wie zwischen den weltlichen, die sie in „*conventus familiares*“ und „*publici*“ trennten, bestanden, ist leicht möglich. Doch nachweisen läßt sich auch dies nicht.

Es bleibt demnach die Tatsache, daß es für die kleineren geistlichen Hoftage kein Einteilungsprinzip gibt. Aber nicht bloß das: sie lassen sich auch von den Reichssynoden in Nichts unterscheiden, als eben darin, daß sich für sie das Fehlen eines mehr

88. *Gesta ep. Camerae*. III, 35. Der Bericht scheint ausdrücklich zu sagen, daß, während der Kaiser im Palast Rechtsgeschäfte erledigte, die Bischöfe in der Kirche eine Provinzialsynode abhielten. Mindestens trat der Kaiser in ihrer Verhandlung nicht im geringsten hervor. Vgl. *Jahrh. Heinrichs II.*, III, S. 260.

89. *Wolffh. v. Godeh. posterior* c. 19.

90. vgl. *Jahrh. Heinrichs I.*, S. 148 f. *LLIII*, S. 482.

oder weniger großen Theiles des deutschen Episkopates nachweisen läßt. Aber daß man hierin auch im Mittelalter ein Unterscheidungsmerkmal gesehen habe, wird von keiner Quelle gesagt. Sie bezeichnen und behandeln die kleineren Hofsynoden durchweg ebenso wie die Reichskonzilien, und diese wie jene; eine Grenze zwischen beiden scheint nicht bestanden zu haben.

Den Grund dafür wird man in der rechtlichen Stellung dieser Versammlungen zu erblicken haben.

Fünftes Kapitel

Die Beschlüsse der geistlichen Hoftage

Untersucht wird zunächst die Frage, wieweit die geistlichen Hoftage berechtigt waren, selbständig Beschlüsse zu lassen, oder wieweit sie dabei auf die Bestätigung durch eine übergeordnete Macht angewiesen waren.

Es handelt sich vorerst um die Beschlußfassungen der eigentlichen Reichssynoden.

Die Entschließungen der weltlichen Reichstage, ja auch der Landeshoftage, wurden von den Quellen im allgemeinen als Entschlüsse des Königs mitgeteilt. In den Synodalprotokollen und den Angaben der Schriftsteller über die Abmachungen, die auf den Nationalkonzilien getroffen wurden, stehen diese fast immer als Beschlüsse der Synoden, nicht des Königs, verzeichnet.¹ Man sieht, bei der Frage nach dem Zustandekommen rechtlich gültiger Beschlüsse wird man der Mitwirkung und der Stellung der Reichskonzilien von vorn herein mehr Gewicht beizulegen haben, als der der weltlichen Hoftage.

In der Tat waren diese Synoden in der Lage, völlig selbständig Beschlüsse zu fassen. In ihrem geistlichen Charakter lag die Befugnis begründet, auf dem ihnen eigentümlichen Gebiete Verordnungen zu erlassen, und die geistliche Strafgewalt gab ihnen die Möglichkeit, über der Durchführung ihrer Gesetze zu wachen. So hatte jede Diözesan- und Metropolitansynode das Recht, für ihr Gebiet in gewissem Umfange, Verordnungen er-

1. Eine Ausnahme macht einmal Const. I, Nr. 28

gehen zu lassen, und diese Erlasse hatten ohne weiteres Geltung. Ebenso die Reichssynoden, die man von diesem Gesichtspunkt aus als nichts anderes, denn die Vereinigung mehrerer Provinzialsynoden betrachten mag. Wie die Seligenstädter Synode 1023 für die Mainzer Provinz Fastengebote erließ,² war das Konzil von Hohenaltheim berechtigt, dies für das Reich zu tun,³ und ebenso lag es in der Gewalt der Augsburger Synode von 952, Gebote über den Lebenswandel des Klerus zu geben.⁴ In rein kirchlichen Dingen hatten die Beschlüsse der Reichssynoden die Kraft von Gesetzen: von der Notwendigkeit der Bestätigung derartiger Beschlüsse durch eine höhere Gewalt läßt sich nichts wahrnehmen.

Damit ist nicht gesagt, daß das Gesetzgebungsrecht der Reichssynoden in kirchlichen Dingen unbeschränkt war. Es fand seine natürliche Grenze an dem Recht der allgemeinen Kirche. Aber wie eng diese Grenze gezogen war, kann nicht gesagt werden; festgelegt war sie nicht. Die deutschen Synoden haben sich wohl sicher nie im Gegensatz zum katholischen Recht gefühlt. Sie haben ihre Beschlüsse als Ausführungsbestimmungen und Ergänzungen zu den Decretalen und Kanonen verstanden.⁵ Aber die Frage, wie diese auszulegen und zu ergänzen seien, war doch diskutierbar.

Auch hiervon abgesehen, darf man die Befugnisse der Reichssynoden nicht überschätzen. In gewisser Weise waren sie ohnmächtiger, als die Provinzialkonzilien. Denn die Gesetzeskraft ihrer Beschlüsse hing unter Umständen von dem guten Willen jedes einzelnen ihrer Teilnehmer ab. Unterwarf sich ein Bischof den Anordnungen der Metropolitansynode nicht, so hatte diese die Möglichkeit, disziplinarisch gegen ihn vorzugehen. War auch die Reichssynode aus eigener Machtvollkommenheit in der Lage, ihren Entschlüssen Geltung zu erzwingen? Einem Suffraganbischof gegenüber, dessen Metropolit und Komprovinzialen den Entschlüssen des Konzils zugestimmt hatten, sicher. Aber dann geschah das doch weniger aus der Autorität des

2. Const. I, Nr. 437, c. 1 u. 2.

3. Const. I, Nr. 433, c. 33.

4. Const. I, Nr. 9 = Böhm.-Ottenth. 217 a.

5. vgl. z. B. Const. I, Nr. 433, cap. 1; Const. I, Nr. 2, cap. 2; Const. I, Nr. 6, cap. 10 u. 13.

Reichskonzils, als aus der des betreffenden übergeordneten Erzbischofs.⁶ Widersetzte sich dagegen ein Erzbischof oder der gesamte Episkopat einer Provinz, so wird man die Frage verneinen müssen. Oder, wie wollte die Reichssynode einen Bischof von Cambray oder Basel, die ganz anderen, als den auf ihr vertretenen Metropolitanverbänden angehörten, veranlassen, sich ihr zu fügen?⁷ Dem Nationalkonzil standen keine eigenen Machtmittel zur Verfügung, seine Beschlüsse durchzusetzen. Seine Gesetze konnten immer nur den Wert von Vereinbarungen haben.

Um den Beschlüssen der Synoden auch den Widerstrebenden gegenüber unbedingte Gesetzeskraft zu verleihen, bedurften sie einer höheren Autorität. Die nächste hierarchische Instanz nach dem Erzbischof war der Papst. Er war es denn auch zuweilen, der die Synodalbeschlüsse sanktionierte. War die Synode von ihm oder seinem Legaten einberufen oder geleitet, so war es der römische Stuhl, der die Durchführung ihrer kirchlichen Beschlüsse garantierte. So hat Leo IX. die Beschlüsse von Mainz 1049 verkündet.⁸ Ein besonders deutlicher Beweis liegt in dem Verhalten der Hohenaltheimer Synode gegen die widerspenstigen sächsischen Bischöfe. Sie zitierte die Ferngebliebenen nicht vor ihr eigenes Forum, sie berief sich nicht auf ihr eigenes Recht, als sie mit Strafen drohte. Sie wies vielmehr die Bischöfe an, sich im Falle weiterer Renitenz in Rom zu stellen und bedrohte sie aus apostolischer Macht mit dem Banne, wenn sie ihrer Anordnung nicht Folge leisteten.⁹ Man sieht, die Synode handelte als päpstliche Versammlung; es war der römische Stuhl,

6. Diese Bemerkungen stellen die Kirchenverfassung der Zeit als foster ausgebildet hin, als sie in Wirklichkeit war. Immerhin sollten die Dinge damals so sein, wie sie hier angedeutet werden. Und daß man sogar die Stellung des Erzbischofs, die wohl die zweifelhafteste in dem hier entwickelten System war, in der behaupteten Weise respektierte, geht sehr deutlich aus Const. I, Nr. 433. c. 29 (Hohenaltheim) und Const. I, Nr. 44 c. 2 (Tribur) hervor.

7. Ohne den König waren sie natürlich nicht einmal in der Lage, sie mit Erfolg zu zitieren.

8. Const. I, Nr. 51.

9. Const. I, Nr. 433 c. 30. Vgl. dazu auch Const. I, Nr. 6 (Synode von Ingelheim 948), wo es heißt: Die Beschlüsse werden gefaßt „auctorante et confirmante legato apostolico“.

der in ihr verletzt war und der durch sie strafte, als wenn sie dazu als Reichskonzil kein eigenes Recht hatte.

Doch nur selten war ein päpstliches Legat auf den deutschen Synoden anwesend: meist wurden sie vom König berufen und geleitet. Viele Momente deuten darauf hin, daß er es auch war, der die Ausführung der Synodalbeschlüsse sicherte, wenn die päpstliche Autorität fehlte. Zwar ist der König kaum in die Lage gekommen, widerstrebenden Bischöfen gegenüber Konzilsbeschlüsse durchzuführen: im allgemeinen wurden sie widerspruchslos angenommen. So läßt sich das bezeichnete Verhältnis zwischen Königtum und Synode an einem eklatanten Falle nicht nachweisen. Aber daß man wirklich das Bewußtsein hatte, daß die Autorität des Herrschers erst den Entschlüssen der Konzilien unbedingte Gültigkeit verlieh, scheint doch zuweilen aus den Quellen hervorzugehen. Im Jahre 952 erklärte Otto I., er werde die Beschlüsse der Augsburger Synode gutheißen und für ihre Ausführung Sorge tragen.¹⁰ Man wird darin nicht bloß eine Phrase sehen dürfen. Otto sprach damit vielmehr aus, daß erst er jenen Beschlüssen den Gehorsam verschaffe, den Gesetze zu finden haben. 1026 beschloß eine Synode von Seligenstadt, mit der Entscheidung des Gandersheimer Streites zu warten, bis der König anwesend sei.¹¹ Man sah wohl ein, daß die Entschliebung der Versammlung wirkungslos bleiben mußte, wenn er sie nicht durchführte. Von einer eigentlichen Zustimmung des Königs zu den kirchlichen Festsetzungen der Synoden ist freilich in den erhaltenen Protokollen nichts zu finden. Sie war, wie bemerkt, auch nicht nötig, wenn die Bischöfe sich einig waren. Aber es ist bezeichnend, daß das einzige Mal, da ein König ein Synodalprotokoll unterschrieb, dies war, als die Einheit des deutschen Episkopates gefährdet gewesen scheint, 1049 zu Mainz.¹²

Die synodale Gesetzgebung brauchte nicht bei rein kirchlichen Gegenständen stehen zu bleiben; die geistliche Strafgewalt, die jedes Vergehen unter den Gesichtspunkt der Sünde stellen und

10. Const. I, Nr. 9 = Böhm.-Ottenth. 217 a; vgl. dazu Jahrb. Ottos I., S. 206 und Hinschius III, S. 564.

11. vgl. Jahrb. Konrads II., I, S. 195 ff.

12. Const. I, Nr. 51; vgl. Hauck III, S. 612 ff.

demgemäß kirchlich bestrafen konnte, mochte ihre Aufsicht auch auf Dinge ausdehnen, die ihr ursprünglich fern lagen. Im elften Jahrhundert fühlte sich ein Bischof von Cambray veranlaßt, vor den Uebergriffen der geistlichen Gesetzgebung auf das weltliche Gebiet zu warnen.¹³ Aber diese Uebergriffe waren allgemein an der Ordnung. Es lag auch genug Veranlassung zu ihnen vor. Die Verquickung von weltlichen und kirchlichen Dingen im Leben des Mittelalters und die meist versagende Legislation des Staates zwangen die Synoden dazu, auch in Verhältnisse einzugreifen, die ursprünglich der Kompetenz des Staates unterlagen. Doch nur soweit derartige Beschlußfassungen die Dekretalen oder Kanonen reproduzierten, scheint man ihre Verbindlichkeit auch für die Staatsgewalt bisweilen von vorn herein angenommen zu haben. Ein Kanon der Erfurter Synode sagt: „Placita saecularia dominicis ... diebus, secundum canonicam institutionem minime fieri volumus“.¹⁴ Indem er fortfährt und eine Bestimmung mitteilt, die über das nach dem kanonischen Recht bisher Uebliche hinausging, erwähnt er dazu die Zustimmung der Krone. Daß von ihr nicht auch im ersten Fall etwas bemerkt wird, scheint doch zu beweisen, daß man sie da nicht nötig zu haben glaubte. — Doch im übrigen konnten Beschlüsse, die staatliche Gegenstände betrafen, wohl als kirchliches Recht gelten, für den Staat waren sie damit noch nicht verbindlich. Die Synode von Hohenaltheim mochte Urteile über die Herzöge fällen;¹⁵ daß sich der König nicht an sie zu kehren brauchte, ist klar. Solche kirchlichen Dekrete konnten gegenüber dem weltlichen Recht, und das ist hier doch ausschlaggebend, keine größere Bedeutung, als die von Forderungen und Programmerkklärungen, im ernstesten Falle von Kampfansagen haben; Gesetzeskraft hatten sie nicht.

Als im Jahre 895 auf dem Konzil von Tribur Mißverhältnisse zwischen den königlichen Beamten und dem Klerus zur Sprache gekommen waren, hatte man den König gebeten, entsprechende Anweisungen zu geben.¹⁶ Die Synode von Erfurt 932 faßte

13. Gesta ep. Camerac. III, 27.

14. Const. I, Nr. 2, c. 2.

15. Const. I, Nr. 433, 21.

16. K. J. v. Hefele, Konziliengeschichte IV, 2. Aufl. 1879, S. 553 ff.

den erwähnten Beschluß, daß zu gewissen kirchlichen Festzeiten keine Gerichtstage gehalten werden sollten, über den eine Notiz bemerkt, daß er vom Könige zugestanden worden sei.¹⁷ In einem Kanon der Augsburger Synode 952 wird die Möglichkeit erörtert, daß sich die Laiengewalten der Ausführung eines weltliche Dinge betreffenden Beschlusses widersetzen. Es wird bestimmt, daß dann „regia potestate“ die Forderung der Synode erfüllt werden solle.¹⁸ Bemerkenswert ist eine Aufzeichnung über die Synode von Pavia 1022. Zunächst werden die Beschlüsse dieses Konzils mitgeteilt;¹⁹ sie betreffen sämtlich Verhältnisse der Kirche, in denen weltliche und geistliche Macht mehr oder weniger mit einander kollidierten. Dann folgt ein Dekret des Königs, das diese Synodalbeschlüsse mit etwas anderen Worten wiedergibt: damit wurden sie vom Staate anerkannt.

Daß gleichwohl zu den meisten derartigen Gesetzen die Zustimmung des Königs nicht erwähnt wird, mag verschiedene Gründe haben. Einmal hatte man, wie oben gezeigt, die Auffassung, daß aus dem Dekretalien- und Kanonenrecht herübergenommene Satzungen durch ihren Ursprung dem Staate gegenüber genügend legitimiert seien; dann galt es wohl als Selbstverständlichkeit, daß die auf Befehl und unter Aufsicht des Königs tagenden Versammlungen nur im Einvernehmen mit ihm Gesetze schufen; auch die Tatsache, daß man in den kirchlichen Aufzeichnungen der Zeit gern die weltliche Gewalt zugunsten der klerikalen zurücktreten ließ, mag Schuld gehabt haben. Jedenfalls wurde die Einwilligung der Krone öfter eingeholt, als sie erwähnt ist. In einer der beiden Aufzeichnungen der Canones von Erfurt 932 weist nichts auf eine Zustimmung des Königs zu der Verordnung über die Nichtabhaltung von Gerichten an kirchlichen Festtagen hin; während wir aus der anderen doch wissen, daß sie gegeben wurde.²⁰

Die Tatsache, daß die weltliche Verhältnisse berührenden Erlasse der Reichssynoden durch den König und die, welche geist-

17. vgl. Anm. 14.

18. Const. I, Nr. 9 (Böhm.-Ottenth. 217 a) c. 4.

19. Const. I, Nr. 34.

20. Const. I, Nr. 3, c. 4 = Const. I, Nr. 2, c. 2.

liche Dinge betrafen, letzten Endes durch den König oder den Papst zu Gesetzen erhoben und nicht zustimmenden Bischöfen gegenüber als solche durchgeführt werden konnten, läßt annehmen, daß es für den gesetzlichen Wert dieser Beschlüsse gleichgültig war, ob sie auf einer größeren oder kleineren Synode gefaßt wurden. Daß dies für die auf weltliche Dinge bezüglichen Entschlüsse zutrifft, ist sicher, da hier ja der eigentliche Gesetzgeber der König war. Auch sonst widersprechen die Quellen unserer Vermutung nicht. Zwar ist einige Male überliefert, daß man die Entscheidung bestimmter Gegenstände von schwach besuchten auf größere Konzilien vertagte. So verlangte im Jahre 1000 Giseller von Magdeburg mehrfach, daß der Zwiespalt über die Aufhebung Merseburgs auf größeren Versammlungen erledigt werde, und drang damit durch.²¹ Ebenso wurde das Urteil über den Gandersheimer Streit öfter auf zahlreicher besuchte Synoden verschoben.²² Doch dies Verfahren hatte nicht rechtliche, sondern praktische Gründe. Die Merseburger Streitsache fand ihre schließliche Erledigung auf einer kleinen Synode,²³ und in der Gandersheimer wurden auch auf weltlichen Versammlungen endgültige Entscheidungen gefällt.²⁴ Den uns überlieferten Beschlüssen kleinerer geistlicher Hoftage ist von den Quellen stets nicht weniger Bedeutung beigemessen, als den der Nationalkonzilien; auch sie haben offenbar als Recht der Reichskirche gegolten.

Die bisher betrachteten Möglichkeiten der kirchlichen Beschlußfassung ließen die Initiative zu den Beschlüssen von den geistlichen Hoftagen ausgehen. Doch konnte diese auch beim König liegen.

Es soll im folgenden untersucht werden, wieweit der König in der Erledigung von kirchlichen Angelegenheiten autonom verfuhr, und, sofern dies nicht der Fall war, welche Gewalten es waren, auf deren Mitwirkung er angewiesen war.

21. In Magdeburg fordert G. eine „frequentior curia“: Ann. Magdeburg. 1000; in Aachen ein „generale concilium“: Thietmar VI, 46 (31).

22. vgl. Anm. 11.

23. Jahrb. Heinrichs II., I, S. 277.

24. Jahrb. Konrads II., I, S. 258 (die Pöhlde Versammlung war nicht einmal eine Provinzialsynode, vgl. S. 257) und vgl. cap. 4, Anm. 62.

Durch die Beantwortung dieser Frage wird sich einmal herausstellen, in welchen Dingen die Reichssynoden und die kleineren geistlichen Hoftage ein Zustimmungsrecht hatten. Andererseits aber wird hierdurch die oben aufgestellte Vermutung, daß der König in der Lage war, die Beschlüsse kleinerer Synoden, als die der Nationalkonzilien, für die Reichskirche zur Durchführung zu bringen, näher beleuchtet werden; es wird entschieden werden, in welchen Punkten dies zutraf.

In den Angelegenheiten, zu deren Ordnung der König die Zustimmung der Reichssynode brauchte, wird man diese Vermutung abzulehnen haben; für die Sachen dagegen, in denen der König völlig selbständig verfahren konnte, zu bejahen; in diesen Dingen hatten die geistlichen Hoftage keine größere Bedeutung, als die von Ratsversammlungen, und es mußte irrelevant sein, ob sie stark oder schwach besucht waren. In den Punkten, in denen der König die Einwilligung anderer Gewalten brauchte, vermochte er natürlich auch Synodalbeschlüsse durchzusetzen, wenn er sich mit diesen Gewalten im Einvernehmen befand.

Es ist ausgeführt worden, daß der König die Rechte des Reiches an der Kirche unbeschränkt durch ein Mitwirkungsrecht der weltlichen Versammlungen ausübte.²⁵ Soweit sich diese Rechte auf weltliche Angelegenheiten der kirchlichen Einrichtungen bezogen, ist es natürlich, daß auch die Synoden in sie nicht hineinzureden hatten.

Der König verfügte über das Vermögen der Kirchen; er verschenkte Klostergut an Laien;²⁶ er zwang Bischöfe, aus dem Eigentum ihrer Kirchen Lehen zu vergeben;²⁷ er gab seine Zustimmung zur Vertauschung von Kirchengut;²⁸ er entzog einem Bistum ganze Grafschaften und teilte sie einem anderen zu;²⁹ er entschied Besitzstreitigkeiten zwischen Klöstern untereinander.³⁰

25. s. Kap. 2.

26. z. B. die Verschenkung der Abtei Kempten an Ernst von Schwaben durch Konrad II.; vgl. Jahrb. Konrads II., I, S. 199 f.

27. vgl. Jahrb. Heinrichs III., II, 81 f.

28. s. Hauck, III, S. 58.

29. z. B. DK. II, 198.

30. z. B. DO. II, 209.

oder zwischen Klöstern und Bistümern.³¹ Zu der Verfügung über Kirchengut bedurfte er vielleicht der Genehmigung des jeweiligen Inhabers; zu der Entscheidung von Streitfällen der des Hofgerichts. Die Zustimmung einer Synode brauchte er nicht.

Doch nur die wenigsten Angelegenheiten, welche geistliche Dinge in irgend einem Punkte berührten, konnte man im Mittelalter als Angelegenheiten weltlicher Natur empfinden. Die Kirche mindestens betrachtete fast alles, was irgendwie kirchliche Verhältnisse tangierte, als Kirchensache. Andererseits aber griff auch in fast jede kirchliche Frage der Staat ein.

Nicht jede Möglichkeit und jede Tatsache, die in diesen Zusammenhang gehören, können hier behandelt werden. Nur die Ereignisse, über die wir einigermaßen unterrichtet sind, können der Betrachtung unterzogen werden; sie können aber für andere als typisch gelten.

Das Vermögen der Kirche rührte im wesentlichen vom Reiche her; aber es war doch eben Kirchengut und damit für außerweltliche Zwecke bestimmt; wenigstens die Existenz einer Kirche, eines Klosters oder Bistums, hatte nicht bloß Interesse für das Reich, sondern vor allem für die kirchliche Welt, da sie das Amt und die Stellung eines Abtes oder Bischofs garantierte. Demgemäß war das Verfügungsrecht hierüber nicht bloß eine staatliche, sondern auch eine kirchliche, geistliche Sache.

Aufhebungen der Selbständigkeit von Abteien haben denn wohl auch zuweilen auf Synoden stattgefunden.

Die Schenkung des Klosters Helmarshausen an Paderborn durch Heinrich II. hat die Einwilligung einer Versammlung erfahren, die in ihrer Zusammensetzung einer Synode wenigstens nahe kam.³² Für die Verleihung der Abtei Schwarzach an die bischöfliche Kirche zu Straßburg hingegen ist das nicht so sicher;³³ bei diesem Akt haben nur drei Bischöfe den König beraten. Ohne Synodalbeschluß wurde die Freiheit Memlebens kassiert und das

31. z. B. DO. I, 392 = Böhm.-Ottenth. 517.

32. DH. II, 371. 'Es werden vier Erzbischöfe und zehn Bischöfe genannt, außerdem Herzog Bernhard von Sachsen und zwei Grafen. Er dürfte sich um einen sächsischen Landeshoftag handeln: vgl. Kap. I, Anm. 80.

33. DH. II, 277.

Kloster an Hersfeld überwiesen.³⁴ Ebensowenig wurde 1048 eine Synode gefragt, als das Kloster Disentis dem Bistum Brixen entzogen und seine frühere Unabhängigkeit wiederhergestellt wurde.³⁵

Analog diesen Verhältnissen wurden die Verhandlungen über Streitigkeiten wegen der Freiheit oder Unterordnung von Klöstern bald auf Synoden, bald vor dem König und seinem Hofgericht geführt. Im ersten Falle mochte man vor allem die kirchliche Zugehörigkeitsfrage, im zweiten den Besitz im Auge haben.

Der Konflikt zwischen den Mönchen von Malmédy und denen von Stablo, ob Malmédy Stablo unterstehe, wurde 980 auf einer großen Synode zu Ingelheim entschieden.³⁶ Der Streit zwischen Köln und Lüttich um das Kloster Burtscheid ist 1023 auf einer Provinzialsynode zu Aachen beigelegt worden.³⁷ Dagegen wurde der Prozeß zwischen Mainz und Hildesheim um Gandersheim abwechselnd vor Synoden und königlichen Gerichten geführt.³⁸

Zur Gründung eines Klosters war jedenfalls die Einwilligung einer synodalen Versammlung nicht erforderlich. Otto I. erteilte dem Edlen Eilbert 946 seine urkundliche Genehmigung, eine Abtei zu errichten, ohne daß dabei von dem Spruche einer Synode³⁹ die Rede gewesen wäre.

Von größerer Bedeutung für den kirchlichen Organismus, als die Gründung eines Klosters war die eines Bistums. Wohl war auch sie zunächst eine Angelegenheit des Königs, wenn die Dotierung, wie es zur Zeit der Ottonen in Deutschland immer geschehen ist, von ihm ausging. Aber sie rief zugleich eine Aenderung in den hierarchischen Verhältnissen hervor und war somit eine Sache der Kirche.

Bistumsgründungen, bei denen König und Kirche unbeengt durch andere Gewalten ihre Absichten verfolgen konnten, waren allein die in den ostelbischen Kolonisationsgebieten zur Zeit

34. DH. II, 331; ähnlich DH. II, 424.

35. Stumpf Reg. 2857.

36. DO. II, 219 (ähnlich ein römisches Konzil über ein italienisches Kloster: DO. III, 201).

37. vgl. cap. 4, Anm. 88.

38. vgl. cap. 4, Anm. 61—63.

39. DO. I, 81 = Böhm.-Ottenth. 140.

Ottos I. Von ihnen unterscheiden sich alle übrigen Fälle. Sie geschahen nicht, wie jene, auf einem gänzlich unbebauten Boden; durch sie wurden immer bestehende Interessen beeinträchtigt und meist bereits vorhandene Sprengel geschmälert.

Zu solchen Gründungen oder vielmehr zur Abtrennung des dazu erforderlichen Stückes einer fremden Diözese war vor allem die Zustimmung des geschädigten Bischofs nötig.

Diese Tatsache wird zur Genüge dadurch bewiesen, daß trotz aller Synodalbeschlüsse infolge des Widerspruchs des Mainzer und danach des Halberstädter Bischofs bis an deren Lebensende die Gründung Magdeburgs hinausgeschoben wurde. Auf der Synode von Ravenna 967 konnte sie, obgleich sich die Versammlung völlig einig war, nicht zustande kommen, weil Bernhard von Halberstadt fehlte.⁴⁰ Später wurde die Aufhebung Merseburgs ausdrücklich damit motiviert, daß eine schriftliche Zustimmung des Bischofs von Halberstadt zu der bei seiner Gründung notwendigen Gebietsabtretung nicht vorhanden sei.⁴¹ Auch die Anstrengungen, die Heinrich II. machte, um Heinrich von Würzburg für die Gründung Bambergs zu gewinnen, sowie die Tatsache, daß die erfolgte Zustimmung des Würzburger in jeder bedeutenderen Urkunde für Bamberg vermerkt wird,⁴² beweisen dasselbe. Zwar ist Gnesen von Otto III. ohne Einwilligung des Bischofs von Posen zum Erzbistum erhoben. Aber Thietmar, der darüber berichtet, läßt auch sehr deutlich seine Zweifel erkennen, ob das Verfahren des Kaisers dem Recht entsprach.⁴³

Ob außer der Zustimmung des benachteiligten Bischofs noch die einer Synode notwendig war, ist nicht sicher. Zu der Abtretung selbst brauchte man sie wohl nicht. Ein Teil des Eichstedter Gebietes wurde 1015 an Bamberg gegeben, ohne daß man sich mit einer Synode ins Einvernehmen gesetzt hätte.⁴⁴

Bei der Gründung Magdeburgs und Bambergs hat die Einwilligung eines Konzils vorgelegen. Wie großes Gewicht man

40. Jahrb. Ottos I., S. 420.

41. Jahrb. Ottos II., S. 160.

42. vgl. Jahrb. Heinrichs II., II, S. 59 ff. DDH. II, 144 ff.

43. Thietmar IV, 45 (28). Noch schärfer Ann. Magdebg. 1000. Sie sagen geradezu „non legitime honoravit“.

44. Gundechari lib. pont. Eichst., 1015.

auf seinen Beifall legte, zeigt der Kniefall Heinrichs II. vor den Bischöfen zu Frankfurt 1007.

Doch bei der Vornahme anderer Bistumsgründungen ist von der Zustimmung einer Synode nichts bekannt. Zwar, daß die Restitution Merseburgs 1004 durch Heinrich II. ohne ein Konzil vorgenommen wurde, kann nichts beweisen.⁴⁵ Denn es handelte sich dabei nicht eigentlich um eine Gründung, ja nicht einmal um eine Wiedergründung, sondern um die Entscheidung der Streitfrage, ob das Bistum 981 zu Recht aufgehoben sei oder nicht. Diese Entscheidung aber war bereits von Otto III. und dem Papst auf einer italienischen Synode gefällt. Ihren Spruch nur vollstreckte Heinrich. Hingegen ist es bemerkenswert, daß in den Gründungsurkunden der Bistümer Havelberg und Brandenburg⁴⁶ nur von dem Rat mehrerer Bischöfe die Rede ist, und daß dieser Rat mit dem der weltlichen Herren auf eine Stufe gestellt wird. Die Zustimmung eines Konzils ist also nicht anzunehmen.

Wollte man hieraus Folgerungen ziehen, so könnte man vermuten, daß die Beschlüsse der Synoden von Ravenna 968 und Frankfurt 1007 nicht als Zustimmungserklärungen zu den Bistumsgründungen als solchen zu betrachten sind, sondern eher a's eine Art von richterlicher synodaler Feststellung, daß die Zustimmung der benachteiligten Bischöfe eingeholt und damit der Handel rechtlich einwandfrei sei. In der Tat hat sich die Diskussion in Frankfurt 1007 um diese Frage gedreht.⁴⁷

Wäre das Zustimmungsrecht einer Synode zu Bistumsgründungen anzunehmen, so dürfte es sich jedoch nicht um das der Nationalkonzilien handeln. Thietmar spricht bei der Errichtung des Bistums Bobbio durch Heinrich II. von der „licentia“ der Komprovinzialbischöfe.⁴⁸ Was für Italien galt, ist wohl auch für Deutschland zu vermuten.

Die Einwilligung des Papstes scheint man für erforderlich gehalten zu haben; der König hat bei jeder Bistumsgründung sein Einverständnis eingeholt.

45. vgl. Hauck III, S. 414. Jahrb. Heinrichs II., I, 277.

46. S. Kap. 2, Anm. 31. Die in den Urkunden auftretenden Weltlichen werden mit den Geistlichen durchaus auf eine Stufe gestellt.

47. vgl. Jahrb. Heinrichs II., II, S. 65 ff.

48. Thietmar VIII, 2.

Mehr als zur Gründung mußte zur Aufhebung von Bistümern sich die Kirche ihre Zustimmung vorbehalten. Sie konnte es sich wohl eher gefallen lassen, daß ihr ohne ihren Willen etwas geschenkt, als daß ihr etwas genommen wurde.

Die Auflösung des Bistums Merseburgs wurde für ungültig erklärt, da sie ohne den Beschluß einer Synode erfolgt sei.⁴⁹ Daß allerdings auch in dieser Frage die Einwilligung eines Provinzialkonzils außer der des Papstes genügte, scheint die Bestätigungs-urkunde Ottos I. für die Einverleibung von St. Alba in Asti 969 zu ergeben. Sie spricht davon, daß diese Handlung vom Papste und dem zuständigen Metropolitenvorgenommen sei.⁵⁰

Außer über die Einrichtungen der Kirche hatte der König Gewalt über ihre Diener.

Daß er die Bischöfe und Äbte einsetzte, ist bekannt; aber sie unterstanden auch in ihrem Amt und trotz ihres Amtes seiner Aufsicht.

Das kanonische Recht gebot, daß Geistliche allein vor geistlichen Gerichten Rede zu stehen hatten.⁵¹

Doch das Recht des Staates war weit von diesem Satze entfernt; wie seine weltlichen Untertanen richtete der König auch den Klerus.

Deutsche Bischöfe wurden häufig von ihren Sitzen verbannt, italienische in Fesseln über die Alpen geschickt;⁵² nach Belieben des Königs wurden sie begnadigt und aus der Haft entlassen.⁵³ Von einem synodalen Gericht hört man nichts, und auch nichts davon, daß man an dem Verfahren des Königs etwas Rechtswidriges fand.

Indem er weltliche Strafen über sie verhängte, verurteilte der König die Angehörigen des Klerus jedoch nicht in ihrer Eigenschaft als Geistliche. Schickte er einen Bischof in die Verbannung, so blieb dieser doch Bischof; die Rechte seines geistlichen

49. Const. I, Nr. 24, cap. 3.

50. DO. I, 380 = Böhm.-Ottenth. 504.

51. Besonders betont in Hohenaltheim: Const. I, Nr. 433, c. 12; ähnlich auch in Koblenz 922: Const. I, Nr. 434, c. 5.

52. vgl. Jahrb. Ottos I., S. 94 = Böhm.-Ottenth. 78 c u. S. 372 = Böhm.-Ottenth. 409 a; Jahrb. Ottos II., S. 103; Jahrb. Heinrichs II., III, S. 289.

53. vgl. Böhm.-Ottenth. 527 a; Jahrb. Ottos II., S. 109.

Amtes wurden damit nicht angetastet. Anders verhielt es sich, sobald mit Strafen, die sich zugleich auf kirchlichem Gebiete auswirkten, besonders der Absetzung, gegen Kleriker vorgegangen wurde. Durch sie wurde zugleich das kirchliche Amt getroffen.

Gleichwohl ist es wahrscheinlich, daß wenigstens die Aebte ohne geistliches Gericht und ohne Synode von ihrem Posten durch den König entfernt wurden.

Am 9. Oktober 1004 ordnete Heinrich II. an, daß kein Abt des Laurentiusklosters zu Kremona bei Strafe der Absetzung von den Gütern des Klosters ohne bischöfliche Erlaubnis etwas veräußern durfte.⁵⁴ Es ist zu vermuten, daß der Mann, der Bestimmungen traf, unter welchen Umständen Aebte abzusetzen seien, auch selbst die Absetzung vollziehen konnte.

In der Tat ist bestimmt überliefert, daß Heinrich 1013 den Abt von Fulda, ohne ein geistliches oder weltliches Gericht zu fragen, absetzte.⁵⁵ Dasselbe ist im Jahre 1015 dem Abte von Korvey widerfahren.⁵⁶ 1031 scheint der Abt von Hersfeld und 1050 der von Korvey wenigstens ohne den Spruch einer Synode entsetzt zu sein.⁵⁷

Nicht so unbedingt, wie die Stellung der Aebte, war das Amt der Bischöfe in die Hand des Königs gegeben. Es scheint Recht gewesen zu sein, daß bei ihrer Absetzung die Synoden hinzugezogen wurden.

Herold von Salzburg wurde 958 zu Ingelheim von sechzehn Bischöfen von seinem Erzstuhl entfernt.⁵⁸ Konrad II. hat freilich Aribert von Mailand, ohne den Episkopat zu fragen, entsetzt. Aber die Zeitgenossen waren sich einig darin, daß er nicht nach dem Rechte verfahren hatte.⁵⁹ Ob Heinrich III. 1046 zur Absetzung Widos von Ravenna die Zustimmung der Aachener Synode ge-

54. DH. II, 85.

55. *vita Bardonis maior* M. G. SS. XI, 322, cap. 2 sagt: „sine divino humanoque iudicio“; vgl. Jahrb. Heinrichs II., II, S. 409.

56. Jahrb. Heinrichs II., III, 10.

57. Jahrb. Konrads II., I, S. 309 u. Heinrichs III., II, S. 115.

58. vgl. Jahrb. Ottos I., S. 294; Böhm.-Ottenth. 259 a. Bei Contin. Regin. 958 steht zwar nichts von der Absetzung; aber sie ist wohl anzunehmen, denn zur Ernennung des Nachfolgers allein war die Synode überflüssig.

59. Jahrb. Konrads II., II, S. 250.

wonnen hat, ist nicht zu entscheiden. Sicher aber ist, daß die Bischöfe wenigstens befragt wurden.⁶⁰ Doch dürfte hierbei kaum von einem Nationalkonzil zu sprechen sein; es handelte sich wohl eher um ein Hofgericht, das sich im wesentlichen aus Geistlichen zusammensetzte.⁶¹

In anderen Angelegenheiten rein geistlicher Natur, ist das Recht des Königs, selbständig zu entscheiden, offenbar.

Der König übte eine Art von geistlichem Aufsichtsrecht aus: er wachte über dem kanonischen Leben in den Klöstern: Otto I. verfügte, daß im Arnulfskloster zu Metz die Mönche die Regel zu befolgen hätten.⁶² Die vielen Fälle, in denen Heinrich II. die klösterliche Zucht änderte oder herstellte, sind bekannt. Auch in die Diözesanverwaltung griff die Krone ein. Schon die königlichen Bestimmungen über Einhaltung der mönchischen Ordnung, auf die hingewiesen wurde, können dafür angesehen werden. Heinrich II. verpflichtete 1007 einen italienischen Bischof, die Weihe an den Kirchen zweier Klöster ohne Entgelt vorzunehmen.⁶³ Ebenso sprach er diesen Klöstern die kirchlichen Zehnten in ihren Gebieten zu. 961 hatte Otto I. dem Moritzkloster in Magdeburg die Zehnten in einigen Gauen östlich der Elbe geschenkt.⁶⁴ Burchard von Worms sagt, in Streitigkeiten der Geistlichen sei die letzte Instanz das königliche Gericht.⁶⁵ Als Poppo von Trier sich durch den Befehl, daß die Weihe an Bruno von Toul durch den Papst vorgenommen werde, in seinen Metropolitanrechten beeinträchtigt fühlte, wandte er sich an den Kaiser: dieser entschied.⁶⁶ Als Severus von Prag von seinem Erzbischof belangt werden sollte, weil er in Rom das Pallium erstrebt hatte, rief er die Entscheidung Heinrichs III. an.⁶⁷ Otto I. befahl Aebten und

60. Jahrb. Heinrichs III., I, S. 295 ff.

61. Freilich auf französische Verhältnisse sich beziehend, aber doch hier bemerkenswert ist die Nachricht Flodoards, daß die Entscheidung im Reimser Erzbischofsstreit 947 von den Königen nicht herbeigeführt wurde: „quia sinodus congregata non fuerat“. (Flodoard, hist. Remens. eccl. M. G. SS. XIII, 405 ff., IV c. 33.)

62. DO. I, 45 = Böhm.-Ottenth. 103.

63. DH. II, 129.

64. DO. I, 231 = Böhm.-Ottenth. 305.

65. Burch. decr. VIII, 57.

66. Wiberti v. Leonis c. 12; vgl. Jahrb. Konrads I., I, 225.

67. Jahrb. Heinrichs III., I, 108 f. Ann. Saxo 1042.

Mönchen, falls sie sich vor dem geistlichen Gericht nicht einigen könnten, sich an den Hof zu wenden.⁶⁸

Nach alledem kann es nicht Wunder nehmen, daß der König auch aus eigener Machtvollkommenheit kirchliche Gesetze erließ. Man hat darauf hingewiesen, daß zur Zeit Heinrichs II. die Fastengebote der Dortmunder Synode als königliches Dekret veröffentlicht wurden, daß sie somit als Akt der königlichen Gesetzgebung erschienen.⁶⁹ Immerhin ging in diesem Falle dem Erlaß des Königs doch wohl ein Synodalbeschluß voran. Aber zu dem Gesetz Ottos I. von 951, das für gewisse Vergehen die Absetzung von Priestern anordnet, ist die Zustimmung eines Konzils nicht eingeholt.⁷⁰ Und für Rather von Verona war die Frage des Priesterzölibates damit entschieden, daß der Kaiser in dieser Sache einen Befehl geltend gemacht hatte.⁷¹

Es gab allerdings kirchliche, oder besser, priesterliche Angelegenheiten, die der König in seiner Eigenschaft als Laie nicht erledigen konnte; aber auch in diesen Dingen griff er ein. Es ist bekannt, daß auf die Veranlassung der Krone von den Bischöfen kanonisch unzulässige Ehen getrennt wurden,⁷² und daß auf Wunsch des Herrschers die Exkommunikation verhängt ward;⁷³ es ist eine Bestimmung Ottos I. erhalten, die einen Fall festsetzt, in dem vom Bischof der Bann auszusprechen sei.⁷⁴

Man sieht: kein Gebiet der kirchlichen Zucht und Verwaltung in Deutschland war der Macht des Königs verschlossen. Er war der Herr der deutschen Kirche; nicht bloß ihres Vermögens, sondern auch ihrer geistlichen Kräfte und Rechte. Es war etwas

68. DO. I, 4 = Böhm.-Ottenth. 60.

69. Hauck III, S. 430.

70. Const. I, Nr. 8 = Böhm.-Ottenth. 193. vgl. Kap. 2, Anm. 30.

71. vgl. Jahrb. Ottos I., S. 418, Anm. 2 (ex praecepto . . . imperatoris).

72. vgl. z. B. Jahrb. Heinrichs II., I, S. 245 (Synode von Diedenhofen); Jahrb. Heinrichs II., III, S. 72 f. (Otto v. Hammerstein); Jahrb. Konrads II., II, S. 161 f. (Otto v. Schweinfurt).

73. vgl. Jahrb. Ottos II., S. 79 (Heinrich II. von Bayern); Jahrb. Konrads II., I, 288 (Herzog Ernst).

74. DO. I, 334 = Böhm.-Ottenth. 438. S. auch Thietmar VI, 25 (19): (rex) . . Dei . . iusticiam spernentes spirituali mucrone interfici praecepit“. Der König verordnet also auch hiernach, wann exkommuniziert werden soll.

Päpstliches in seiner Stellung. Auch von den Zeitgenossen wurde das so empfunden. Das Synodalprotokoll von Hohenaltheim bezeichnet den König als „christus Domini“.⁷⁵ Thietmar von Merseburg nennt ihn den Stellvertreter Gottes auf Erden,⁷⁶ und nach Wipos Erzählung hat Aribio von Mainz Konrad II. als Statthalter Christi angeredet.⁷⁷ Heinrich III. hat einmal die königliche Gesetzgebung heilig genannt und sie der kanonischen gleichgestellt;⁷⁸ dem Bischof von Lüttich hat er, als dieser ihm die Ausübung kirchlicher Rechte bestreiten wollte, entgegnet, auch er sei mit heiligem Oele gesalbt.⁷⁹

Es hat sich ergeben, daß der König in einigen Angelegenheiten, wie vielleicht bei der Gründung von Bistümern und der Absetzung von Bischöfen, sicher bei der Aufhebung von Bistümern, auf die Mitwirkung synodaler Versammlungen angewiesen war.

Zwar hat zweifellos in der Frage, welche Arten von Synoden zu der Erledigung bestimmter Dinge heranzuziehen waren, Konfusion geherrscht: dieselben Fragen sind bald von einem allgemeinen, bald von einem partikularen Konzil entschieden. Aber soviel ist deutlich: die Zustimmung eines Nationalkonzils war nirgends notwendig. Es ist damit auch nachgewiesen, wieso die kleineren geistlichen Hoftage in ihren rechtlichen Wirkungen den Reichssynoden gleichzusetzen sind.

Die rechtliche Bedeutung der Nationalkonzilien bestand demnach darin, daß sie in geistlichen Dingen selbständig Gesetze erlassen oder vielmehr Vereinbarungen treffen konnten; für Beschlüsse, die nicht allgemeine Zustimmung fanden oder für die der kleineren Synoden wurde dies Recht erst durch die Mitwirkung des Königs oder des Papstes praktisch wirksam. In weltlichen Angelegenheiten war die Bestätigung des Königs erforderlich. Ein Zustimmungsrecht zu Handlungen der Krone hatten die Reichssynoden nicht.

75. Const. I, Nr. 433, c. 23.

76. Thietmar VI, 11 (8).

77. Wipo cap. 3.

78. Const. I, Nr. 53. Der Kaiser bestätigt die „sancti canones“ und die „sacrae leges“ den Vorgänger.

79. Anselmi Gesta ep. Leod. M. G. SS. XIV, 108 ff., c. 61. vgl. Jahrb. Heinrichs III., II, S. 50.

Die Darstellung des Rechtes der Hofstage mußte viele Lücken und Unklarheiten aufzeigen und stehen lassen. Aber dennoch möchte man fast befürchten, daß sie die rechtlichen Verhältnisse geordneter und eindeutiger erscheinen läßt, als sie in Wirklichkeit waren. Wohl hat zum Teile die Dunkelheit, die für uns große Partien der rechtlichen Zustände des Mittelalters verhüllt, ihren Grund in der mangelhaften Ueberlieferung der Quellen; aber zum größeren Teile gewiß in der Natur des mittelalterlichen Rechtes selbst, die bekannt genug ist, die hier aber doch hervorgehoben sein mag, weil durch die Betonung ihrer Eigenart die oben gegebene Darstellung in manchen Punkten ergänzt werden muß.

Die Formen und Wirkungen dieses Rechtes sind vielen Fragen, die wir an sie stellen möchten, unzugänglich; und die Menschen, die dieses Recht schufen und brauchten, würden vermutlich die Gesichtspunkte, nach denen wir es untersuchen und beurteilen, nicht verstehen; denn das Denken, das in ihm seinen Ausdruck findet, ist dem unseren fremd. Ihm fehlt die begriffliche Schärfe, die Fähigkeit der Definition, mit einem Wort das juristische Empfinden. Man vergegenwärtige sich, daß man den Begriff der Majorität nicht kannte oder doch bei der Abstimmung nicht anwendete, daß man von dem Begriff der Zustimmung und des Zustimmungsrechtes nur sehr undeutliche Vorstellungen hatte; und die Grundlage der ganzen Beschlußfassung der Hofstage scheint uns illusorisch zu werden.

Nicht weniger fremd als der Geist kommt uns der Körper vor, den er sich gebaut hatte. Wohl kannte man, besonders in der Kirche, schriftlich fixierte Rechtssätze; aber man verstand sie so wenig zu verwenden, daß man in Kompilationen die widersprechendsten Forderungen nebeneinander bestehen ließ; man benutzte das, was man gerade gebrauchen konnte, und in der Praxis machten sich durchaus andere rechtliche Verhältnisse geltend, als die, welche dort normiert waren: das Produkt des mittelalterlichen Rechtsempfindens war das Gewohnheitsrecht; dessen Wesen der nicht fixierte und nicht fixierbare Zustand ist, in dem es sich stets befindet; es ist in dauernder Entwicklung begriffen; die Reste der Vergangenheit und die Keime der Zukunft streiten in ihm mit dem Bestand der Gegenwart.

Versucht man gleichwohl eine Fixierung dieses Rechtes für einen Zeitabschnitt, wie den vorliegenden, vorzunehmen, indem man es darstellt, so muß man sich klar darüber sein, daß das auf diese Weise von den Verhältnissen gewonnene Bild dem tatsächlichen Sachverhalt in mancher Hinsicht nicht entspricht. Indem man die Bildungen und Bewegungen eines langen Zeitraumes gleichsam auf eine Fläche projiziert, kann es nicht ausbleiben, daß sie verzerrt wiedergegeben werden. Vieles, was in dem so entstandenen Bild als Teil eines festen Rechtes erscheint, ist in Wirklichkeit vielleicht nur ein Abschnitt seiner Entwicklung; und man darf angesichts der scheinbaren Ausgeglichenheit des Bildes nicht vergessen, daß in Wahrheit das Leben des Gewohnheitsrechtes ein Gewirr von wechselnden Antagonien und Entwicklungslinien ist, die auch nur zu erkennen meist die nur Bruchstücke von ihnen mitteilende Ueberlieferung verbietet.

Doch abgesehen von diesen allgemeinen Tatsachen gelten für die Verfassung des Hoftagsrechtes in dem hier behandelten Zeitraum besondere Merkmale: sie steht unter der Signatur stark und eigenartig ausgeprägter Gegensätze.

Mit der Auflösung des Karolingerreiches im neunten Jahrhundert hatte ein Kampf der Machtfaktoren eingesetzt, die es auseinander gesprengt oder sich auf seinen Trümmern erhoben hatten: Der Laienadel, die klerikale Aristokratie, im Hintergrund das Papsttum, daneben, bald im Bunde, bald im Streit mit diesen Mächten, partikularistische und imperialistische Tendenzen bedrängten die Herrschaft der Krone und kämpften untereinander um den Vorrang; sie trugen alte Ansprüche vor oder bildeten neue aus und suchten sie naturgemäß in Recht umzusetzen. Der Reaktion des Königtums in der ersten Hälfte des zehnten Jahrhunderts gelang es, diesen Gewalten Einhalt zu gebieten, sie in Schranken zu weisen und für mehr als ein Jahrhundert darin zu halten; aber sie wurden nicht vernichtet. Das Königtum nahm sie gewissermaßen, nachdem es sie beruhigt hatte, in sein System auf; am karolingischen System gemessen schien hierdurch in mancher Beziehung ein Bild der Dezentralisation und Auflösung verewigt zu sein.⁸⁰ Eine im vollen Fluß befindliche Bewegung war plötz-

80. Ich vergesse hierbei nicht, daß jede Verfassung ein Kompromiß

lich erstarrt; doch die Aspirationen und die Gegensätze, die sich in ihr bekämpft hatten, waren damit nicht vertilgt, bloß der Kampf hatte aufgehört. Mit der Konsolidierung der Verhältnisse wurden auch diese Gegensätze gleichsam konsolidiert; und ihre verschiedenen Entwicklungstendenzen mußten sich jetzt, indem sie in einem Verfassungssystem untergebracht wurden, als Widersprüche dieses Systems zeigen.

So erscheint auch die Hoftagsverfassung der Zeit als ein unausgeglichenes Produkt, in dem die Gegensätze und Widersprüche hart aufeinander stoßen.

Im Karolingerreiche gab es im Grunde nur einen Reichstag, wenn er auch meist in eine weltliche und in eine geistliche Kurie gespalten war.⁸¹ Jetzt war diese Trennung gänzlich vollzogen; der weltliche und der kirchliche Hoftag waren zwei rechtlich völlig verschiedene Versammlungen geworden.

Die weltlichen Hoftage wieder haben sich in Hoftage für das Reich und für die Stämme geteilt.

Während im fränkischen Staat alle Angelegenheiten, auch die der Stämme, vor der Reichsversammlung zur Sprache kamen,⁸² liegt jetzt der Schwerpunkt des Verfassungslebens durchaus in den Stammesversammlungen. Und weiter: während dort das Gesetzgebungsrecht der Krone feststand und der Reichstag höchstens ein Zustimmungsrecht besaß,⁸³ waren jetzt in manchen Dingen auch die Stammesversammlungen autonom: Ihr Recht und das des Königs standen sich sozusagen ebenbürtig gegenüber.

Im Gegensatz zu den weltlichen Hoftagen waren die geistlichen gleichförmig: sie alle waren Reichssynoden. Gegenüber der Dezentralisation und dem Partikularismus auf weltlichem Gebiet herrschte hier offenbar eine gewisse Zentralisation: in den

ist, und daß auch die beste immer nur ein kleinstes Uebel sein kann. Aber man wird doch gestehen müssen, daß die Ottonische Verfassung, neben die karolingische oder die französische des 13. Jahrhunderts gehalten, bedenklich weit entfernt von diesem kleinsten Uebel erscheint.

81. vgl. G. Waitz, Verfassungsgesch. III², 1883, S. 565 ff.

82. vgl. Waitz a. a. O. S. 612.

83. vgl. Waitz a. a. O. S. 594.

Zusammenkünften der Bischöfe war zweifellos die Idee des Reiches viel wirksamer, als in denen des weltlichen Adels.

Aber dafür waren die Verhältnisse der Nationalkonzilien in anderer Art um so komplizierter.

Ein Blick auf das Gebäude der Kirchenverfassung des zehnten und elften Jahrhunderts lehrt, daß die Reichssynoden keinen rechten Platz in ihm hatten. Die hierarchische Gesetzgebung und Verwaltung gründete sich oder suchte sich zu gründen auf die Stufenfolge: Bischof, Erzbischof, Papst.⁸⁴ Den einzelnen Gliedern dieser Hierarchie standen entsprechende kirchliche Versammlungen zur Seite: dem Bischof die Diözesansynode, dem Erzbischof die Metropolitansynode; der Stellung des Papstes war ein Konzil, das alle Gläubigen versammelte, angemessen. In einem Kaiserreiche, das die gesamte Christenheit umfaßt, wäre dieses ökumenische Konzil die Nationalsynode gewesen. Aehnlich war es unter den römischen Kaisern; diesem Zustande strebten die Verhältnisse im Reiche Karls des Großen zu.⁸⁵ Wie die Dinge nach der Zertrümmerung des Karolingischen Reiches lagen, stand die Nationalsynode kirchenrechtlich gleichsam in der Luft. Sie nahm wohl einen Platz über den Metropolitanversammlungen ein, aber es gelang ihr nicht, sich als eine neue Instanz zwischen diese und das Papsttum einzuschieben.

Was die Geistlichkeit ganz Deutschlands auf dem Reichskonzil vereinte, waren durchaus nationale Gesichtspunkte. Die Existenz dieses Konzils bedeutet ein Hineinragen des staatlichen Prinzips in das System der universalen Kirche, das sich in diesen Jahrhunderten ausbaute, und insofern einen Widerspruch gegen dieses System und seine Entwicklung.

Aber ebensowenig, wie sie sich in das hierarchische System gliederte, fügte sich die Nationalsynode in die Ordnung der Reichsverfassung ein. Was sie aus dem Bau der Kirche zu lösen schien, war das nationale Element, das sie verband; was sie hinderte, völlig in der Verfassung des Reiches aufzugehen, war die

84. Daß diese Stufenfolge nicht bloß in der Theorie bestand vgl. Kap. 5, Anm. 6.

85. vgl. G. Tangl. Die Teilnehmer an den allgem. Konzilien des M.-A. Berl. Diss. 1916, S. 15.

kirchliche Seite ihres Wesens. Die Geistlichkeit stand am wenigsten auf dem Boden des staatlichen Rechtes: sie empfing einen Teil ihrer Gewalt von einer Macht, die vorgab, nicht von dieser Welt zu sein. Sie unterstand außer dem Könige dem Papst. Wohl berief der König das Reichskonzil, aber auch der Papst; der König leitete es, ebenso der Papst; der König erhob seine Beschlüsse zu Gesetzen, genau so der Papst: der deutsche Episkopat und seine Versammlung hatten zwei Häupter. Aber noch mehr: die Reichssynode entschied auch aus eigener Machtvollkommenheit; sie stand sowohl der Krone wie der Kurie selbstständig gegenüber. Die Gesetzmäßigkeit ihrer Beschlüsse konnte sich also aus drei Quellen herleiten: Anspruch stand gegen Anspruch; und eine klare Scheidung der rechtlichen Befugnisse ist, ähnlich wie bei den weltlichen Hoftagen, niemals erfolgt.

Man sieht, letzten Endes führt die Analyse des Hoftagsrechtes verhältnismäßig rasch und deutlich auf den Punkt hin, in dem alles Recht seinen Anfang und sein Ende hat: in dem die Macht entscheidet.

Zweiter Teil

Die politische Bedeutung der Beschlüsse der Hoftage

Wie auf dem Boden des dargestellten Rechtes der Hoftagsbeschlüsse sich diese im einzelnen gestalteten, wie sie auf die Verhältnisse des Reiches und seiner Regierung einwirkten, welche Bedeutung sie im Gang der Ereignisse hatten, soll die Abhandlung im folgenden zu zeigen versuchen.

Daß diese Einwirkungen rechtlich auf verschiedenen Wegen vor sich gingen, ist in dem oben Ausgeführten deutlich gemacht. Nur einem kleinen Teile der Hoftage, und noch dazu auf einem beschränkten Gebiete, stand ein Beschlußfassungsrecht im eigentlichen Sinne des Wortes zu. Für den weitaus größten Teil der Reichsgeschäfte waren ihre Meinungsäußerungen unverbindliche Ratschläge an den König.

Diese rechtliche Verschiedenheit ist für die politische Bedeutung der Beschlüsse zweifellos von Wichtigkeit, aber doch keineswegs entscheidend.

Die Ratgebung der Hoftage war in ihrer Ausdehnung unbegrenzt. Sie erstreckte sich auf alle Gegenstände, die ihnen der König vorlegte, und sicher auch auf die, welche die Fürsten vorzubringen hatten. Zwar lag es durchaus im Belieben des Königs, in Sachen, die ihr Zustimmungsrecht nicht berührten, die Hoftage zu berufen und zu befragen; aber er hatte doch ein Interesse daran, sie möglichst oft zu hören, denn die Fürsten waren seine bestorientierten Ratgeber, die zudem in hohem Grade die Verantwortung für die Folgen ihres Rates trugen; denn in der Regel hatten sie diese ja selbst zu spüren und die Politik, welche sich aus ihrem Rat ergab, selbst auszuführen.¹ Es liegt in der Natur der Sache, daß der König sich nach ihrer Meinung nicht zu richten brauchte; aber da sie die Mächtigsten des Reiches

1. vgl. Siedel, D. dtsh. Reichstag, S. 252.

waren, erlangte ihre Ansicht ein großes tatsächliches Gewicht: der Rat der Fürsten mag oft den faktischen Wert einer Zustimmung oder Zustimmungsverweigerung gehabt haben.

Andererseits war auch, wie bemerkt, das Zustimmungsrecht der Hoftage im Grunde eine Machtfrage.

Nicht allein in den rechtlichen Unterscheidungen liegt somit die wahre, reale Verschiedenheit in der Bedeutung der Hoftagsbeschlüsse; sondern vor allem in den Wandlungen, die das Machtverhältnis zwischen Krone und Hoftag, zwischen König und Fürsten erfuhr.

Es hat sicher kaum ein politisches Ereignis von größerer Wichtigkeit in der hier behandelten Epoche gegeben, an dem die Hoftage nicht in irgend einer Form beteiligt waren; allein in den wenigsten Fällen läßt sich das Maß dieser Beteiligung nachweisen; und nur in großen Umrissen ist ihr Einfluß auf die Gestaltung der Dinge nachzuzeichnen.

Erstes Kapitel

Die Politik der Hoftage in der Zeit der Befestigung der königlichen Macht (911 — 52)

Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß mit dem Niedergange der karolingischen Dynastie sich die politische Energie und das politische Leben in Deutschland vorzüglich in drei Faktoren gespalten hat: in den hohen Laienadel, der sich an die Spitze der einzelnen Stämme stellte und die Einheit des Reiches zu bedrohen schien, in die klerikale Aristokratie und das Königtum.

Die Regierung Konrads I. erschöpfte sich in dem Versuche, die übermächtig gewordenen Laiengewalten der Macht der Krone unterzuordnen. Aber sie vermochte sich nicht durchzusetzen; der hohe Adel behauptete sich im wesentlichen in seinen Positionen und mit ihm der Partikularismus. Konrad I. ist nicht auf einer Versammlung aller Stämme gewählt worden; die Anerkennung von Bayern und Schwaben mußte er besonders gewinnen. Und diesem Anfang seines Regiments entsprach sein Fortgang. Soweit wir sehen, ist es ihm nicht gelungen, einen weltlichen Reichs-

hoftag zusammenzubringen. Die Beziehungen des Königtums zu der Nation bestanden zu seiner Zeit in Auseinandersetzungen mit den einzelnen Stämmen, die noch dazu meist feindlicher Natur waren.

Es ist dargelegt worden, daß, während die weltlichen Hoftage in ihrem eigentlichen Kern und Wesen immer Stammeshoftage waren, die geistlichen Versammlungen am königlichen Hofe einen imperialen, zentralistischen Charakter trugen. Dementsprechend hat Konrad I. die Idee des Reiches, welche auf weltlichem Gebiet zu realisieren ihm versagt blieb, wenigstens in einer kirchlichen Versammlung Tatsache werden zu lassen versucht, in der Synode von Hohenaltheim. Doch daß selbst in der Reichskirche der Gedanke der Einheit bereits in bedenklicher Weise wankte, zeigt das Fernbleiben der sächsischen Bischöfe.¹

Der König fand im Kampfe gegen die partikularen Gewalten im Episkopat einen sehr bereitwilligen Bundesgenossen. Denn nicht weniger als das Königtum wurde durch die Herzöge die reichsunmittelbare Stellung der Kirche bedroht, indem sich zwischen sie und die Krone eine neue Macht und Instanz einzudrängen und die kirchlichen Mittel für ihre Zwecke zu benutzen suchte, eben die Herzöge.

Dieser Lage der Dinge entsprechend sind die politischen Beschlüsse der Hohenaltheimer Synode ausgefallen: sie richteten sich gegen die Herzöge, gegen die Uebermacht des Laicnaders, und treten für den Bestand und die Festigung des Königtums ein.

Man forderte die Unverletzlichkeit der kirchlichen Güter und Privilegien;² man wandte sich gegen gewisse Manipulationen der Laien bei Prozessen gegen Geistliche;³ man belegte die aufständischen schwäbischen Großen, die mit dem König und Salomo von Konstanz im Kampfe lagen, mit Kirchenstrafen;⁴ man zitierte Arnulf von Bayern vor eine Synode, die in Regensburg tagen sollte.⁵ Das Vorgehen gegen die ausgebliebenen sächsischen Bischöfe richtet doch in erster Linie seine Spitze gegen Herzog Heinrich, indem es sein Verhalten verurteilte, das als Versuch,

1. Const. I, Nr. 433 c. 30.

2. ebenda c. 10 u. 11.

3. ebenda c. 14.

4. ebenda c. 21.

5. ebenda c. 35.

den Episkopat seines Landes aus dem Verbande der Reichskirche zu lösen, erscheinen konnte.⁶

Für das Recht der Krone trat das Konzil in der feierlichsten Weise ein.⁷ Angriffe gegen den König wurden mit der schärfsten Exkommunikation bedroht; das Urteil gegen die Herzöge wurde hauptsächlich mit ihrer Empörung gegen ihn begründet.

Aber man wird das Bündnis zwischen Episkopat und Königtum, wie es in Hohenaltheim zutage trat, nicht nur günstig beurteilen dürfen.

Wohl war damals im Lager der Kirche das Reich; aber das Umgekehrte war nicht der Fall.

Offenbar ist das Konzil nicht vom König allein berufen worden; auch der Papst hatte an seiner Ladung Teil. Die deutschen Bischöfe baten ihn um einen Legaten, welcher der Synode präsiidierte.⁸ Gewiß mußte dem Könige diese Unterstützung durch die päpstliche Autorität willkommen sein; aber die Gefahr, die in diesem Vorgang lag, wurde dadurch nicht geringer. Der Papst erschien hier als der Führer der deutschen Kirche; das Königtum trat zurück; wohl nie hat ihm im Laufe des zehnten und der ersten Hälfte des elften Jahrhunderts der Episkopat in Deutschland mächtiger und selbständiger gegenübergestanden, als eben auf der Synode von Hohenaltheim.

In jeder Beziehung wurde die Autorität des römischen Stuhles, wie die der deutschen Kirche in den Vordergrund gerückt. Des Königs, der doch schließlich der Herr dieser Kirche war, wird in dieser Eigenschaft nicht gedacht; er erscheint durchaus als ihr Schützling. Noch 895 in Tribur hatte man die Hilfe Arnulfs angerufen;⁹ hier berief man sich nur auf die kirchlichen Macht- und Strafmittel; sie suchte man zu einer scharfen Waffe zu gestalten;¹⁰ mit ihr griff man in die weltlichen Angelegenheiten ein. Indem man, wie selbstverständlich, vor allem auf die Stärkung des kirchlichen Einflusses bedacht war, stützte man den König nur, soweit er diesen zu fördern schien. Daß

6. ebenda c. 30; (vgl. Hauck III, S. 14).

7. ebenda c. 19, 20, 23.

8. ebenda Einleitung. Vgl. Jahrb. d. ostfr. Reiches III, S. 605.

9. vgl. Jahrb. d. ostfr. Reiches, S. 397.

10. Const. I, Nr. 433, c. 6—9, 27.

es den Laien verboten wurde, über Geistliche Gericht zu halten,¹¹ richtet sich doch nicht bloß gegen den Adel, schließlich mußte es auch den König treffen. Besonders dieser Beschluß zeigt, wohin ein Königtum kommen mußte, das nur auf die Unterstützung des Klerus angewiesen war.

Der Umschwung, der mit der Thronbesteigung Heinrichs I. in dem Verhältnis zwischen Krone und Fürstentum eintrat, läßt seine Wirkungen auch auf dem Gebiete der Hoftagspolitik verspüren.

Während Konrad I. den Laiengewalten ablehnend oder feindlich gegenüberstand, suchte Heinrich seine Politik möglichst im Einvernehmen mit ihnen zu machen. Die Quellen berichten über Maßnahmen des Königs von Bedeutung, die er nach vorhergehender Beratung mit den Fürsten vornahm. Die Synode von Erfurt 932 wurde auf den Rat der Großen abgehalten.¹² In einer Aufzeichnung über die Anordnung Heinrichs, Befestigungen anzulegen, wird der Anteil der Fürsten an diesem Befehl dem des Königs völlig gleichgestellt.¹³ Während so Heinrich weniger erstrebte, als Konrad, erreichte er doch mehr. Obgleich er die partikularen Gewalten anerkannte, war doch in seinem System der Gedanke der Reichseinheit nicht so ohnmächtig, daß er nicht einen Reichshoftag versammelt hätte. Vermutlich sind unter seiner Regierung drei Reichstage in Franken zusammengetreten.¹⁴ Erinnerung man sich, daß das strenge Recht dem König wahrscheinlich nur in Franken Reichshoftage abzuhalten gestattete,¹⁵ so erscheint auch diese Tatsache als ein Beweis dafür, wie genau der König das Recht der Stämme respektierte und mit welcher Vorsicht er in die Verhältnisse des Reiches eingriff. Was auf diesen fränkischen Reichsversammlungen verhandelt und beschlossen wurde;

11. ebenda c. 12 u. 18.

12. Const. I, Nr. 2 = Böhm.-Ottenth. 41 a.

13. Miracula St. Wigberti M. G. SS. IV, 224 ff., cap. 5: „regali consensu regaliumque principum decreto“.

14. 920 in Selheim; vgl. Böhm.-Ottenth. 1 b. 926 in Worms; vgl. Böhm.-Ottenth. 13 a. 927 in Ingelheim; vgl. Böhm.-Ottenth. 18 a; siehe Ann. Juvav. maximi, 928 und H. Breßlau: „Die ältere Salzburger Annalistik“, S. 59.

15. vgl. Teil I, Kap. 1.

16. 926 in Worms.

ist nicht sicher. Auf einer kam wahrscheinlich die Politik gegenüber Burgund zur Sprache,¹⁶ auf einer andern wurde vielleicht der erwähnte Beschluß, Befestigungen anzulegen, gefaßt.¹⁷ Doch man wird sagen dürfen, daß die folgenschwersten Entscheidungen unter Heinrichs Regierung kaum auf Reichshoftagen, sondern auf sächsischen Landeshoftagen gefällt wurden. Hier, in den Grenzen seines Stammes, lag der Schwerpunkt seiner Politik. Hier wurde der Krieg gegen die Ungarn beschlossen,¹⁸ von hier im wesentlichen nahmen die Feldzüge gegen die Slaven und Dänen ihren Ausgang,¹⁹ hier wurde auch die Nachfolge Ottos I. geregelt.²⁰

Während Heinrich im Einvernehmen mit den weltlichen Hoftagen zu regieren suchte, stand er der Kirche kühl gegenüber. Die in ihr sich anbietende Hilfe zur Durchführung einer zentralistischen Politik benutzte er so wenig, daß er den Episkopat teilweise den partikularen Mächten auslieferte;²¹ in der Reichspolitik hat er sich der Kirche während des größten Abschnittes seiner Herrschaft kaum bedient. Wie wenig er sie als einen nationalen Faktor im politischen Leben Deutschlands betrachtete und verwertete, geht aus der Tatsache hervor, daß er den Befehl zur Abhaltung der Koblenzer Synode 922 gemeinsam mit Karl dem Einfältigen von Frankreich gab,²² also ein internationales Konzil anordnete. Daß er immerhin den kirchlichen Angelegenheiten nicht ganz ohne Interesse gegenüber gestanden haben kann, wird dadurch bewiesen, daß von ihm die Abhaltung von Synoden überhaupt angeregt wurde, wie der zu Koblenz 922 und der zu Duisburg 929. Aber er blieb diesen Konzilien fern; er wünschte wohl, daß in der Kirche regiert würde, aber er überließ sie dabei sich selbst. Nur von der Synode zu Koblenz sind uns die Beschlüsse überliefert. Der alte Kampf gegen die Laiengewalten wurde in ihnen fortgeführt; man traf Bestimmungen

17. vgl. Jahrb. Heinr. I., S. 95 und Breßlau a. a. O.

18. Böhm.-Ottenth. 43 a.

19. Bloß für 929 ist die Teilnahme Bayerns am Kampf gegen Böhmen bekannt.

20. vgl. Teil I, Kap. 2, Anm. 59.

21. An Arnulf von Bayern; vgl. Böhm.-Ottenth. 26 u. Jahrb. Heinrichs I, S. 55.

22. Const. I, Nr. 434 = Böhm.-Ottenth. 7 a.

über das Eigenkirchenrecht;²³ man schritt dagegen ein, daß Laien die kirchlichen Zehnten an sich rissen;²⁴ auch ein Verbot, geistliche Dinge vor dem weltlichen Richter zu erledigen, wurde gegeben.²⁵ Aber all diesen Beschlüssen fehlt das Pathos der Hohenaltheimer Synode. Des Verhältnisses zum Königtum wurde weder im negativen noch im positiven Sinne gedacht; die Kirche blieb sich selbst überlassen; und man gewinnt den Eindruck, als wenn ihre Isolierung die Energie ihrer Beschlußfassung beeinträchtigt hätte; wie denn auch die Koblenzer Synode verhältnismäßig sehr schwach besucht worden ist.

In der Stellung des Königs zu den geistlichen Versammlungen scheint mit der Erfurter Synode von 932 eine Wandlung eingetreten zu sein. Schon, daß er hier persönlich anwesend war, fällt gegenüber seinem früheren Verhalten auf. Noch merkwürdiger aber sind einige Beschlüsse des Konzils: die Bestimmung des Königs, daß zu gewissen Festzeiten keine weltlichen Gerichte abgehalten werden durften, wurde schon mehrfach erwähnt.²⁶ Der Beschluß, daß jeder Gläubige an seinen Bischof einen Denar zu zahlen habe,²⁷ ist gewiß nicht ohne die Zustimmung des Königs gefaßt worden und muß ebenso, wie der, daß der „*princeps*“ die Exkommunikationen der Bischöfe beachten werde,²⁸ als ein Zugeständnis der Krone an die Kirche aufgefaßt werden.

Man wird demnach anzunehmen haben, daß mit den Erfurter Beschlüssen eine neue Annäherung zwischen König und Episkopat vollzogen wurde. Was ihr Grund und was ihr letzter Zweck war, ist nur zu vermuten. Daß die Zugeständnisse im Zusammenhang mit der Politik gegenüber den Ungarn standen²⁹ und die Bischöfe für diese gewinnen sollten, ist wahrscheinlich. Ob sie indes eine Entschädigung für bereits geleistete Dienste des

23. ebenda c. 9, 14 und 18.

24. ebenda c. 16.

25. ebenda c. 5.

26. Const. I, Nr. 2 (= Böhm.-Ottenth. 41 a) c. 2.

27. Const. I, Nr. 3, c. 3.

28. Const. I, Nr. 2, c. 9.

29. vgl. F. v. Bezold, Ein antisimonistisches Gelübde Kg. Heinrichs I. (Histor. Vierteljschr. 19, S. 169 ff.), S. 174 ff. und G. Caro, Der Ungarntribut unter Heinrich I. (M. I. Ö. G. 20, S. 278 ff.).

Klerus oder erst zu leistende bedeuteten, ist schwer zu sagen. In jedem Falle aber sprechen sie von der Erkenntnis, daß die bisherige Basis der Macht des Königs zu schwach für seine Politik war, und daß es sich empfahl, auch die Mittel der Kirche in ihre Kreise zu ziehen. Daß wenige Wochen später Herzog Arnulf dem bayrischen Episkopat auf der Dingolfinger Synode ähnliche Zugeständnisse machte,³⁰ ist wohl als ein Gegenschachzug des Herzogs anzusehen und beweist, daß er die Gefahren eines Bundes des Königtums mit der Kirche nicht unterschätzte. Man geht vielleicht nicht zu weit, wenn man vermutet, daß die nach einigen Quellen anzunehmende Unterstützung aus allen Teilen des Reiches, die Heinrich 933 fand³¹ — mag sie nun aus kirchlichen oder auch aus weltlichen Kontingenten bestanden haben — einen teilweisen Grund hatte in den Erfurter Beschlüssen und dem Druck, den sie politisch auslösten.

Das zu Erfurt eingeleitete neue Bündnis zwischen Krone und Episkopat verstärkte sich unter Otto I. in dem wieder ausbrechenden Kampf um die Stellung der Herzogtümer. Ein weltlicher Hoftag, den der König wegen des Konfliktes 938 in Stela abhielt, versagte vermutlich: der sächsische Adel ging gegen die Empörer nicht genügend vor.³² Demgemäß führte Otto in diesem Kampfe seine Politik ohne oder gegen die Landeshoftage durch; seine Maßnahmen gegen die Verschwörung in Sachsen 941 ergriff er, wie Widukind bemerkt, auf den Rat einiger Franken.³³ Dagegen stützte sich der König von Anfang an auf geistliche Versammlungen. Beim Ausbruch der Streitigkeiten 937 fand in seiner Anwesenheit eine stark besuchte Tagung von Bischöfen zu Magdeburg statt, die im Zusammenhang mit dem Vorgehen Ottos gegen den fränkischen Adel stand.³⁴

Es ist bezeichnend, daß in den Jahren, die der Niederwerfung des Aufstandes der Herzöge folgten, königliche Hoftage, welche nicht bloß für einen Stamm galten, außerhalb Frankens abgehalten

30. *LLIII*, S. 483; vgl. *Jahrb. Heinrichs I.*, 149.

31. vgl. *Jahrb. Heinrichs I.*, S. 152.

32. vgl. *Böhm.-Ottenth.* 75 b.

33. *Widukind II*, cap. 31.

34. *Böhm.-Ottenth.* 69 b.

wurden.³⁵ Der König wagte sich gegenüber den Stämmen über die Linie, die die Politik seines Vaters eingehalten hatte, hinaus. — Daß die weltlichen Hoftage in diesen Jahren für seine Entschlüsse nicht bedeutungslos waren, ist sicher. Auf lothringischen Versammlungen zu Aachen 944 und zu Nimwegen 949 wurde über die Stellung des Reiches zu Frankreich verhandelt;³⁶ aber wie weit sie im einzelnen in die Absichten des Königs fördernd oder hinderlich eingriffen, läßt sich nicht feststellen. Daß jedoch die Gewalten, die auf den weltlichen Hoftagen sich um den König versammelten, ihm keineswegs unbedingt und in jedem Falle ergeben waren, lehren die Ereignisse auf dem Reichshoftag zu Augsburg 952.

Diese Versammlung ist die erste weltliche unter Otto d. Gr., von deren Beschlüssen wir uns ein ausführlicheres, wenn auch immer noch nicht ganz deutliches Bild machen können.

Das Resultat der Verhandlungen dieses Hoftages war bekanntlich die Belehnung Berengars mit Italien unter deutscher Oberhoheit und die Abtretung der Mark Verona an Bayern.³⁷

In diesem Akt dürfte ein Kompromiß zwischen der Politik des Königs und der, welche die auf dem Hoftag versammelten Stämme forderten, zu erblicken sein.

Um diese Annahme zu stützen und im einzelnen darzulegen, gehen wir auf die Genesis des Beschlusses näher ein.

Otto hatte 951 das Reich Berengars unterworfen; er legte sich den Titel des Königs der Langobarden bei.³⁸ Als er nach Deutschland zurückkehrte, ließ er Herzog Konrad zurück, um seine Positionen zu halten und den letzten Widerstand Berengars zu brechen. Statt dessen trat der Herzog mit dem verjagten König in Beziehungen und begab sich mit ihm an Ottos Hoflager nach Magdeburg, um wegen seiner Restitution zu verhandeln.³⁹ Die Quellen sind sich darin einig, daß Berengar zunächst nicht

35. z. B. 945 in Duisburg mit Lothringen und Franken (Böhm.-Ottenth. 123 a); auch 948 und 949 in Aachen (Böhm.-Ottenth. 163 a u. 175 a).

36. Böhm.-Ottenth. 115 b u. 175 b.

37. Böhm.-Ottenth. 217 a.

38. Böhm.-Ottenth. 196 c.

39. Böhm.-Ottenth. 206 a und 211 a; vgl. auch K. Haase: Die Königs-
krönungen in Oberitalien, Straßbg. Diss. 1901, S. 27.

empfangen wurde. Nach Widukind schloß nach drei Tagen Otto gleichwohl einen vorläufigen Vertrag mit ihm ab,⁴⁰ nach dem Continuator Reginonis mußte er unverrichteter Dinge nach Italien zurückkehren.⁴¹

Man wird dem Continuator Reginonis mehr Glauben zu schenken haben als Widukind; aber auch, wenn man dies dahingestellt sein läßt, bleibt sicher, daß Otto d. Gr. die Wiederherstellung Berengars in irgend einer Form nicht wünschte; er wollte sein Reich annectieren.⁴² Es fragt sich, wie es trotzdem einige Monate später zu der Belehnung in Augsburg kam.

Daß Konrad der Rote für Berengar eintrat, ist klar. Sodann hat Liudolf sich in dieser Angelegenheit auf die Seite seines Schwagers gestellt.⁴³ Außerdem aber hatte die Ansicht der beiden Herzöge bedeutenden Anhang unter den Ostern 952 in Magdeburg versammelten Vertretern des Laienadels: Widukind berichtet, daß dem Berengar Herzöge und Grafen in großer Zahl, von deren Namen und Stammeszugehörigkeit freilich nichts gesagt wird, entgegengogen und ihn feierlich empfangen.⁴⁴

In dem Verhalten Liudolfs mag man einen Ausfluß der oppositionellen Stimmung, in der er sich zu jener Zeit gegenüber dem Hofe befand, erblicken; und für diese mag man den Grund in Familienzwestigkeiten suchen, die in dem fast natürlichen Antagonismus des schwäbischen Herzogs gegen den bayrischen wurzelten. Das Verfahren Konrads hingegen läßt sich doch nur schwach mit ähnlichen Motiven begründen. Gar keine Erklärung aber würden sie für das Auftreten des Laienadels in Magdeburg abgeben.

Um die Kräfte und Tendenzen, die hier am Werk waren, zu verstehen, muß man die späteren Ereignisse in Betracht ziehen.

40. Widukind III, 10.

41. Contin. Regin. 952.

42. Das dürfte ganz zweifelsfrei aus der Annahme des langobardischen Königstitels 951 hervorgehoben. (Daß er von DO. I, 147 ab in den Uk. nicht mehr vorkommt, kann hiergegen nichts beweisen, da doch, solange sich Otto auf italienischem Boden befindet, weiter nach italienischen Regierungsjahren geurkundet wird.) Seine Ablegung 952 hat sicher nicht im Willen Ottos gelegen; als er zum zweiten Male nach Italien zog, hat er das langobardische Reich, wie 951, annectiert.

43. Böhm.-Ottenth. 211 a.

44. Widukind III, 10.

Die Magdeburger Vorgänge waren, nach der Zusammenkunft Liudolfs mit Erzbischof Friedrich in Saalfeld Weihnachten 951, nur eine Etappe in der Entwicklung, die zu der Empörung von 953 hindrängte. Man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man dieselben Kreise, die 953 den Herzog unterstützten, auch 952 in Magdeburg an seiner Seite vermutet.

Bekanntlich hat Liudolf in seinem Aufstand die Hilfe Schwabens, schließlich aber auch Bayerns und von Teilen aller übrigen Stämme gefunden, also mit einigen Ausnahmen die des gesamten deutschen Laienadels, vor allem aber des süddeutschen.

Mit Streitigkeiten innerhalb der königlichen Familie lassen sich wohl auch diese Tatsachen kaum erklären; mit dem schwäbisch-bayrischen Gegensatz doch höchstens der Ausbruch des Aufstandes von Schwaben. Sicher haben bei der Entstehung der Empörung beide Motive mitgewirkt; aber der Grund, aus dem sich alle Gegner der königlichen Politik in diesem Aufstand zusammenfanden, und der zugleich die Erklärung für die Magdeburger Begebenheiten abgibt, liegt tiefer.

Bekanntlich wurde die deutsche Politik gegenüber Italien in der ersten Hälfte des zehnten Jahrhunderts im wesentlichen von Bayern und Schwaben gemacht. Ein Akt dieser traditionellen schwäbischen Politik war noch der Kriegszug Herzog Liudolfs gegen Berengar 951. Dem erfolglosen schwäbischen Herzog folgte der König. Norditalien, bisher der Tummelplatz der süddeutschen Politik, wurde für das Reich in Anspruch genommen. Dem deutschen Süden schien ein Gebiet seines Einflusses verloren zu gehen. Aber noch mehr: das Uebergreifen der königlichen Ansprüche auf Italien war ein Symptom des Uebergewichts der Krone über die Stämme und schloß zugleich die Aussicht auf eine weitere Verstärkung dieses Uebergewichtes in sich. Die Reichsgewalt setzte sich hier in der äußeren Politik an die Stelle der Stammesgewalt; und indem das Königtum in Norditalien ein Gebiet gewann, das den deutschen Ländern an wirtschaftlicher Kultur weit überlegen war, drohte es einen entscheidenden Machtzuwachs zu erlangen.⁴⁵

45. vgl. über die Bedeutung der Erwerbung Italiens: J. Haller, *Die Epochen der dtsh. Gesch.* 1923, S. 45 ff.; über dasselbe und die Gründe des Liudolfingischen Aufstandes K. W. Nitzsch, *Gesch. d. dtsh. Volkes*, 2. Aufl. 1892, S. 345.

Aus diesen Gründen entwickelte sich die Opposition gegen Ottos Politik. Es war wieder der alte Gegensatz der partikularen Gewalten gegen das Königtum, der hier zum Ausdruck kam. Zunächst regte sich der in erster Linie berührte schwäbische Stamm. Lúdolf entfernte sich vom Hofe Ottos; seine Verstimmung machte sich bemerkbar. Bald darauf wandte sich Konrad von der königlichen Politik ab; man versuchte den vertriebenen Berengar gegen sie auszuspielen. Gleichviel, ob sich Otto schon in Magdeburg auf Präliminarien mit diesem eingelassen hat, das Resultat von Augsburg zeigt, daß er der Opposition gegenüber einen Schritt zurückzutun für geraten hielt. Doch versuchte er einer weiteren Bedrohung durch die süddeutsche Fronde dadurch vorzubeugen, daß er Bayern als Gegengewicht gegen Schwaben benutzte, indem er es für seine italienische Politik durch die Abtretung der Mark Verona engagierte.

Man weiß, daß die außenpolitischen Beschlüsse des Augsburger Reichshoftages nicht das gehalten haben, was man von ihnen erwartete. Der hier begründete Zustand in Italien war nur von kurzem Bestand. Der Kampf der Herzöge gegen die Politik des Königs kam ein halbes Jahr später zum Ausbruch; und auch in Bayern war auf die Dauer die Gewalt dieser Bewegung stärker als das Gewicht der Vorteile, die das Bündnis mit dem König brachte.

Der Sieg Ottos in diesem Kampfe bedeutete einen gewissen Abschluß der Opposition der herzoglichen Gewalten gegen die Krone. —

Wie die Kämpfe um die italienische Politik deutlich machen, war in der Zeit bis zum zweiten Aufstande der Herzöge gegen Otto I. die Stellung der weltlichen Hoftage zum Königtum durchaus nicht so, daß sie seiner Politik auf jedem Wege gefolgt wären. Daher bemerkt man auch in diesen Jahren ein stärkeres Heranziehen der kirchlichen Versammlungen für die Ziele der Krone.

Bei den Aktionen, die in den vierziger Jahren Otto gegenüber Frankreich vornahm, wurde ein laikaler Reichstag nicht befragt;

und der Landeshoftag, den diese Dinge in erster Linie berührten, der lothringische, mochte dem König kaum sehr geeignet erscheinen, seine Politik beständig zu stützen. Dagegen benutzte Otto 947 die Synode von Verdun und 948 die große Reichssynode zu Ingelheim,⁴⁶ um seine Absichten gegen Frankreich durchzusetzen. Die Bischöfe erklärten sich gegen seine Gegner;⁴⁷ durch ihre Versammlung wurde die politische Uebermacht des deutschen Königs gegenüber den französischen Zuständen dokumentiert. Die Verbindung zwischen Krone und Episkopat wurde ausdrücklich hervorgehoben; in Ingelheim hat man über den Gehorsam gegen den König ähnliche Beschlüsse gefaßt, wie 911 zu Hohenaltheim.⁴⁸

Aber wie groß ist die innere Verschiedenheit dieser Entschlüssen; in Hohenaltheim unterstützte man den deutschen König; hier trat man im Dienste seiner Politik für den französischen ein. Aus der Bundesgenossin des Königs ist die deutsche Kirche infolge der Verschiebung, welche die Stellung der Krone zu den Laiengewalten seit Konrad I. erfahren hatte, zu seiner Dienerin geworden. Der Wille des Herrschers steht durchaus im Zentrum der politischen Beschlüsse von Verdun und Ingelheim; hätte Otto gewollt, die Bischöfe hätten sich vermutlich auch für Hugo den Weißen eingesetzt. — Deutlich zeigt sich der Umschwung der Verhältnisse auch auf dem nächsten großen Konzil, das Otto abhielt, dem zu Augsburg 952. Während in Hohenaltheim die Krone die Hilfe der Kirche in Anspruch genommen hatte, trat jetzt das Umgekehrte ein: in Augsburg wurde gesagt, daß der König die Durchführung kirchlicher Beschlüsse gegen eventuell widerstrebende Laiengewalten vornehmen werde.

Diesem Bilde entspricht es, daß Otto selbst seine Kirchenpolitik durch die Reichssynoden in keiner Weise beeinflussen ließ. Neben den Dingen, für die die Synoden heranzuziehen ihm gut schien, verfolgte er durchaus selbständig besondere Ziele. Die kirchenpolitischen Maßnahmen im Osten Sachsens 948 waren

46. Böhm.-Ottenth. 166 a; Jahrb. Ottos d. Gr. S. 157 u. 162 ff.; vgl. A. Heil: Die polit. Beziehung zw. Otto d. Gr. und Ludw. IV., 1904, S. 89 f.

47. Const. I, 6 = Böhm.-Ottenth. 166 a.

48. Const. I, Nr. 6 (= Böhm.-Ottenth. 166 a) c. 1.

das Werk der Krone. Wie wenig der König auf den Beifall der bischöflichen Synoden angewiesen war, zeigt das Frankfurter Gesetz von 951, in dem er die Unveräußerlichkeit von Reichsabteien bestimmte:⁴⁹ es richtet sich im Grunde gegen die Bestrebungen des Episkopats.⁵⁰

Es hat sich gezeigt, daß das Verhältnis der Krone zu den Hoftagen in der Zeit, die man wohl als die der Konsolidierung der königlichen Macht in Deutschland bezeichnen kann, von der Entstehung des Reichs 911 bis zur Besiegung des zweiten Aufstandes der Herzöge gegen Otto d. Gr. 954, im wesentlichen bestimmt und gebildet wurde durch die Beziehungen des Königs zu den Synoden. Während er mit den weltlichen Hoftagen nur zeitweise in wenig feste Fühlung kam und seine Politik mit ihnen gleichsam nur versuchsweise machte, lagen der Angelpunkt, besonders aber die Erfolge der königlichen Politik, — soweit sie sich überhaupt mit Hoftagen auseinandersetzte oder sich auf sie stützte — meist in den geistlichen Reichsversammlungen. Die Bedeutung dieser Versammlungen macht sich jedoch nicht bloß in ihren Beziehungen zu dem König und den staatlichen Verhältnissen geltend, sie zeigt ihre Wirkungen naturgemäß auch auf dem ihnen am nächsten liegenden Gebiet, auf dem rein kirchlichen. Indem die Kirche in die Händel der Politik aktiv eingriff, war sie gezwungen, sich selbst möglichst zu kräftigen. Dazu diente die geistliche Gesetzgebung der großen Synoden dieser Jahre.

Die meisten der bisher bereits erwähnten Beschlüsse der Nationalkonzilien tragen die Merkmale der Gesetzgebung. Sie sind nicht für einen speziellen Fall berechnet, sondern haben die allgemeine, dauernde Ordnung eines Zustandes im Auge. Ihre Regelungen beziehen sich auf das Recht. Gleichwohl unterschied sich diese Gesetzgebung der Reichssynoden in ihrem faktischen Wert und ihren Wirkungen nicht allzusehr von den Beschlüssen, welche bloß Entscheidungen für den Augenblick beabsichtigten, also rein politischer Natur waren.

Daß der Beschluß eines Reichskonzils, welcher allgemein und für die Dauer Bestimmungen traf, theoretisch allgemeine

49. Böhm.-Ottenth. 193; Const. I, Nr. 8, 2.

50. vgl. Jahrb. Ottos I., S. 188.

Geltung in der deutschen Kirche beanspruchte und hatte, kann, wie in dem rechtlichen Teil dieser Abhandlung ausgeführt wurde, nicht bezweifelt werden. Die Tatsache, daß in späteren Rechts-sammlungen Beschlüsse von Nationalsynoden wiedergegeben werden, z. B. in Burchards Dekret Entschließungen der Synode von Koblenz 922,⁵¹ vervollständigt den Beweis. Aber praktisch erreichten die Gesetze der Reichskonzilien keineswegs die absolute Geltung, die wir für ein Gesetz annehmen möchten.

Man hat häufig auf Synoden Beschlüsse früherer Konzilien, ja solche, die nur wenige Jahre vorangegangen waren, wiederholt. Das zeigt deutlich, daß ein Beschluß, einmal gefaßt, keineswegs seine Gültigkeit für immer durchzusetzen vermochte. Aber noch mehr. Es war den Synoden durchaus nicht um ein System der Gesetzgebung zu tun, das alle Fragen des Rechtes behandelte und regelte. Sie behandelten und regelten nur die, welche gerade in ihren Gesichtskreis traten und deren Ordnung irgendwie gerade notwendig geworden war. Sie überließen die Initiative zur Gesetzgebung durchaus der jeweiligen politischen Lage. Wie in ihren Wirkungen, so auch in ihrer Entstehung haftet dieser Legislation der Charakter des Improvisierten an: sie entfernt sich in ihrem wirklichen Gehalt nicht merklich von den Akten politischer Entscheidungen.

Der Wert der synodalen Beschlußfassung als Gesetzgebung wird noch weiter beeinträchtigt, wenn man ihre Stellung zu dem allgemeinen kirchlichen Recht in Betracht zieht.

Daß die Dekrete und Kanonen beachtet werden sollen, ist der oberste Satz der synodalen Erlasse.⁵² Mit Vorliebe werden Autoritäten und Sätze des katholischen Rechtes zitiert. Die Synoden fühlten sich als die Vollstrecker dieses Rechtes: eine selbständige Bedeutung kann ihre Gesetzgebung nicht beanspruchen.

Aber andererseits liegt auch gerade darin, daß die Nationalkonzilien gewissermaßen das Sprachrohr des kirchlichen Rechtes in Deutschland waren, eine große politische Bedeutung dieser Konzilien.

Es ist bekannt, daß das Kirchenrecht der Zeit voll war von

51. vgl. Const. I, Seite 628.

52. vgl. 1. Teil, cap. 5, Anm. 5.

Unklarheiten, die ausgelegt, und von Kontroversen, die entschieden werden mußten. Die Reichssynoden hatten die Wahl, wie sie das Recht auslegen, wie sie seine allgemeinen Gesichtspunkte in Einzelheiten anwenden, für welche Auffassung in einer Kontroverse sie sich entscheiden wollten.

Entsprechend der Tatsache, daß die Synode von Hohenaltheim durch den Legaten Petrus von Orta unter dem Einfluß des römischen Stuhles stand, gestalteten sich ihre kirchlichen Beschlüsse. Die Pseudoisidorischen Dekretalen sind von ihr in ausgedehntem Maße gebraucht und zitiert.⁵³ Der wichtigste Beschluß dieser Art, der gefaßt wurde, ist wohl der, daß den Bischöfen die Appellation an den Papst gegen ihre Metropolen zugestanden wurde.⁵⁴ Für Deutschland war damit der Kampf, der einige Jahrzehnte vorher zwischen Hinkmar von Reims und Nikolaus I. getobt hatte, im Sinne der Kurie und der Suffraganbischöfe entschieden.

Im übrigen erscheint als Hauptbestreben der kirchlichen Festsetzungen des Konzils, die Waffe, welche der Klerus gegen die Laienwelt besaß, die Exkommunikation, so scharf wie möglich zu gestalten.⁵⁵ Mehrfache, eingehende Bestimmungen wurden über sie getroffen; jede laxe Handhabung ward gerügt und verboten. Ueber die Abbüßung der kirchlichen Strafen wurden genaue Anordnungen getroffen.

Wie die Synode gegen die Laienwelt, die den Händen des Klerus zu entgleiten drohte, Front machte, wandte sie sich auch gegen die Schäden, die unter den Dienern der Kirche selbst zu Tage getreten waren: verdächtige Bischöfe sollten sich reinigen,⁵⁶ ungetreue Priester abgesetzt werden.⁵⁷

Gegenüber den bedeutenden und eindrucksvollen Beschlüssen von Hohenaltheim tragen wohl noch mehr als auf politischem auf kirchlichem Gebiete die der Synode von Koblenz, 922, man möchte sagen, den Stempel der Resignation. Sie hielten sich von den großen, eigentümlichen Fragen der Kirchenpolitik vor-

53. s. Jahrb. des ostfr. Reiches III, S. 606, Anm. 2 und Const. I, Nr. 433.

54. Const. I, Nr. 433, 13.

55. vgl. Anm. 429.

56. Const. I, Nr. 433, c. 16.

57. ebenda c. 23, 26 und 38.

sichtig zurück. Man ging auf Patenrecht und -Pflicht ein;⁵⁸ man traf Bestimmungen gegen Ehebrecher;⁵⁹ die im Kirchenrecht nicht klare Frage nach dem Eheverbot unter Verwandten entschied man dahin, daß die Ehe innerhalb von fünf Verwandtschaftsgraden untersagt sein solle.⁶⁰ Endlich traf man einige Festsetzungen über die Feier der Messe.⁶¹

In kirchlicher Beziehung fast noch belangloser sind die Beschlüsse von Erfurt 932. Den größten Raum nehmen in ihnen Bestimmungen über die Abhaltung von kirchlichen Festen ein.⁶²

Von den beiden großen Synoden, welche in den ersten Jahrzehnten Ottos I. getagt haben, zeigt demgegenüber wenigstens die von Augsburg einen gewissen Aufschwung der kirchlichen Gesetzgebung.

In Ingelheim 948 hat man einige Gesetze erlassen, die mit den zu Koblenz gegebenen in Widerspruch stehen. Für das Verbot der Ehen unter Verwandten gab man keinen bestimmten Verwandtschaftsgrad an: soweit Verwandtschaft bekannt sei, sollten sie unstatthaft sein;⁶³ aber ihre Lösung sollte nur bei Kinderlosigkeit erfolgen. Während in Koblenz die Trennung von Ehen unter Paten angeordnet war, wurde hier nur der außereheliche Beischlaf unter Strafe verboten; bestehende Ehen sollten nicht geschieden werden.⁶⁴

Der Beschluß, daß ein einem Kloster übergebenes Kind ihm nicht wieder genommen werden dürfte,⁶⁵ leitet bereits zu den Festsetzungen von Augsburg hinüber. Hier beschäftigte man sich ziemlich eingehend mit Fragen, welche die Klöster berührten. Man verbot, ähnlich wie in Ingelheim, sie ohne die Erlaubnis des Abtes zu verlassen.⁶⁶ Die Bestimmung, daß die Bischöfe die

58. Const. I, 434, c. 2 und 3.

59. ebenda cap. 4.

60. ebenda cap. 1.

61. ebenda cap. 10—13.

62. Const. I, 2 (= Böhm.-Ottenth. 41 a) c. 1, ähnlich: c. 2 und 5; Const. I, 3, c. 1, 2, 4, 6.

63. Const. I, 6 (= Böhm.-Ottenth. 166 a) c. 12.

64. ebenda nach cap. 13.

65. ebenda cap. 20.

66. Const. I, Nr. 9 (= Böhm.-Ottenth. 217 a) cap. 5.

Oberaufsicht über die Abteien haben sollten, ist die Wiederholung eines ähnlichen Beschlusses von Koblenz.⁶⁷ Aber man sprach den Bischöfen doch nicht bloß Rechte über die Klöster zu: man verbot ihnen, Kleriker daran zu hindern, Mönch zu werden.⁶⁸ Ueberhaupt ist das besondere Merkmal der Synode von Augsburg und der Punkt, in dem ihre Bedeutung zu erblicken ist, ihr energisches Vorgehen gegen Mißstände unter dem Klerus, besonders unter dem Episkopat. Man bedrohte Kleriker, die Würfel spielten und auf die Jagd gingen, mit der Absetzung;⁶⁹ dieselbe Strafe sollte vom Subdiakon an aufwärts die treffen, welche sich verheirateten.⁷⁰

Zweites Kapitel

Die Hofstage unter der Herrschaft des Kaisertums zur Zeit Ottos I. und Ottos II.

Das Konzil von Augsburg ist für fast drei Menschenalter die letzte Reichssynode gewesen, die in größerem Maßstabe Gesetze erlassen hat. Während aus den vierzig Jahren von 911 bis 952 die Protokolle über die legislatorische Tätigkeit von fünf deutschen Nationalkonzilien auf uns gekommen sind, klafft von da ab bis zum Jahre 1036 eine Lücke, aus der uns nicht eines bekannt ist; und auch das aus diesem Jahre überlieferte Protokoll von Tribur bleibt vereinzelt. Zwar haben auch nach 952 Reichssynoden stattgefunden, aber ihr Interesse für die Fragen der Gesetzgebung war offenbar im großen und ganzen geschwunden. Diese auffallende Erscheinung hat zweifellos ihren Grund in einer Verschiebung des politischen Schwergewichts in der deutschen Kirche.

Wie sehr sich auch die Einigkeit zwischen Königtum und Kirche auf den Reichssynoden zeigen mochte, und wie sicher die Stütze, die die Krone im Kampfe gegen den Laienadel am Klerus fand, zu sein schien, die Gefahren, die in der Stellung des Na-

67. ebenda c. 6; vgl. Const. I, 434, c. 6.

68. Const. I, Nr. 9, c. 7.

69. ebenda cap. 2 und 3.

70. ebenda cap. 1.

tionalkonzils lagen, waren doch nicht zu übersehen. Auf die Bedeutung der Hohenaltheimer Synode in dieser Beziehung ist bereits hingewiesen worden. Als im Jahre 955 sich in kirchlichen Kreisen Deutschlands mit der Politik des Königs Unzufriedenheit regte, wandte sich der Erzbischof von Mainz an den Papst mit der Bitte, eine deutsche Reichssynode zu versammeln.¹ Man sieht, eine kirchliche Opposition in Deutschland war gern bereit, den Papst gegen den König anzurufen, und eine oppositionelle Reichssynode konnte nur zu leicht versuchen, die Autorität des römischen Stuhles gegen die Macht der Krone ins Feld zu führen.

Andrerseits ist es klar, daß auch der Papst in die Lage kommen konnte, die deutschen Synoden gegen den König zu gebrauchen.

Diese Möglichkeiten und Konsequenzen, welche sich, wie oben gezeigt, aus den eigentümlichen rechtlichen Verhältnissen der Reichssynode ergaben, hat Otto I. durch die Herrschaft über Rom und die Kurie beseitigt.

Es ist nichts davon zu bemerken, daß mit der Kaiserkrönung für die Position des deutschen Königs gegenüber den Nationalkonzilien unmittelbar rechtliche Folgen verbunden waren. Aber ihre politischen Wirkungen waren bedeutend. Durch sie wurde ein Fehler, der in der rechtlichen Stellung der Reichskonzilien lag, korrigiert. Das eine der beiden Häupter, die sie dem Recht nach hatten, wurde dem andern unterworfen. Mit der Herrschaft über Rom hatte der Kaiser das natürliche Haupt einer Opposition der Kirche und der Synoden in Deutschland in der Hand.

Es war selbstverständlich, daß, wenn der Kaiser durch den Papst die Regierung der gesamten Kirche beaufsichtigen und lenken konnte, er sich nicht mit einem Teile dieser Regierung begnügte. Demzufolge wurde seit der Kaiserkrönung die kirchliche Gesetzgebung nicht mehr für Deutschland allein, auf deutschen Synoden, sondern für das ganze Imperium geregelt. In den nächsten Jahrzehnten setzten Otto d. Gr. und seine Nachfolger ihre kirchlichen Absichten und Pläne auf italienischem Boden

1. Ph. Jaffé, *Bibl. rer. Germ.* III, 1866, S. 347 ff.; vgl. Böhm.-Ottenth. 240 n.

durch, und von hier aus wurden auch die Geschicke der deutschen Kirche geleitet.

Doch für das Verstummen der synodalen Gesetzgebung nördlich der Alpen kommen noch andere Gründe in Betracht.

Abgesehen davon, daß die Bedürfnisse der kirchlichen Legislation jetzt meist von Italien aus befriedigt wurden, wird man daran zu denken haben, daß die deutschen Bischöfe infolge der Ottonischen Politik in erster Linie Diener des Staates, Reichsfürsten, wurden, und daß daher ihre kirchlichen und geistlichen Interessen abnahmen. Andererseits aber ist anzunehmen, daß mit dem Erstarken der königlichen Macht ein Hauptgegenstand der klerikalen Gesetzgebung in Wegfall kam: die laikalen Gewalten, die bisher die kirchlichen Ansprüche und Rechte beunruhigt hatten, waren gebändigt: die Kirche konnte sich gesichert fühlen.

Wie die Verbindung mit Rom ein Grund für die völlige Unterwerfung des deutschen Episkopats unter das Königtum wurde, so war sie auf der andern Seite ein Zeichen dafür, daß die Laiengewalten in Deutschland durch die Krone jetzt mattgesetzt waren. Der Aufstand von 953 und 54, dessen Sieg, ebenso wie die Schwächung der königlichen Macht, das Aufgeben der italienischen Politik durch den König zur Folge gehabt hätte, war niedergeschlagen. Damit war die Bahn für die imperialistische Politik frei: der Partikularismus war gebrochen.

Aus dieser politischen Situation heraus hat sich für die nächste Zeit eine gegen die vorangehenden Jahre nicht unwesentlich veränderte Lage der Hoftage ergeben.

Zwar kann man auch jetzt in keiner Weise von einem Absolutismus der Krone gegenüber den Versammlungen der Großen reden: 968 hat der sächsische Landtag den Befehl Ottos I., gegen die Redarier den Vernichtungskrieg zu führen, nicht befolgt,² und 972 hat eine Synode in Ingelheim entgegen den Wünschen des Kaisers es verhindert, daß dem Bischof Udalrich von Augsburg bei seinen Lebzeiten sein Neffe nachfolgte.³ Aber in der Hauptsache haben sich in dieser Zeit doch die weltlichen Hoftage

2. Widukind III, 70; Böhm.-Ottenth. 467.

3. Böhm.-Ottenth. 553 c; Jahrbücher Ottos I., S. 492; Gerhardi vita Udalr. episc., c. 21 ff.

ebenso wie die geistlichen durchaus im Fahrwasser der königlichen Politik bewegt.

Wie in diesen nichts von einer Opposition der deutschen Kirche gegen die Regelung ihrer Verhältnisse von Rom aus zu vernehmen ist, so haben jetzt die weltlichen Versammlungen zweifellos die Forderungen der Kaiser, die sich aus der italienischen Politik ergaben, gebilligt und bewilligt. Der Augsburger Reichstag von 952 hat keine Nachahmung gefunden. Der Aufstand Heinrichs II. von Bayern gegen Kaiser Otto II. wurde von der Geistlichkeit auf einer Regensburger Synode mit der Exkommunikation beantwortet.⁴ Er fand auch im Laienfürstentum keine Sympathien. Er blieb lokalisiert und wurde auf allen weltlichen Hoftagen, die sich mit ihm beschäftigten, gleichmäßig verurteilt. Im Jahre 948 war die Hauptaktion der Politik Ottos I. gegen Frankreich auf der Synode von Ingelheim vorgenommen worden. 978 wurde gegen Frankreich auf einer weltlichen Versammlung zu Dortmund verhandelt und der Krieg beschlossen: die weltlichen Tagungen waren jetzt den Ansprüchen der Krone gegenüber ebenso gefügig, wie die kirchlichen. Die letzten Jahrzehnte Ottos I. und die Regierungszeit Ottos II. sind denn auch verhältnismäßig arm an bedeutenden Verhandlungen auf Hoftagen gewesen: es lag kein Grund für sie vor; es war selbstverständlich, daß die Politik der Kaiser von den Fürsten befolgt wurde.

Doch nicht bloß darin begannen sich jetzt die weltlichen Versammlungen den geistlichen anzugleichen, daß auch sie mehr und mehr zu Instrumenten in der Hand des Königs wurden; sie fingen auch noch in anderer Beziehung an, in die politische Stellung der Reichssynoden hineinzuwachsen. Sowohl die Wahl Konrads I. wie die Heinrichs I. war von zwei Stämmen vorgenommen worden; die Unterordnung der übrigen hatten sich beide Könige erst errungen. Bei der Erhebung Ottos I. ist ein auffälliges Nebeneinander der Wahl durch einzelne Stämme und durch das ganze Reich zu konstatieren. Er wurde zunächst, wie seine Vorgänger, von Franken und Sachsen und darauf in Aachen von allen Stämmen anerkannt. Die Wahl Ottos II. zu

4. Jahrb. Ottos II., S. 79.

Worms ist die erste, zu der sich wenigstens alle rechtsrheinischen Stämme gemeinsam versammelten.

Von der Wahl Ottos I. zu Aachen wissen wir, daß sie allein von den Laienfürsten vorgenommen wurde.⁵ Bei den Erhebungen seiner beiden Vorgänger ist das Gleiche anzunehmen.⁶ Sowohl bei den Streitigkeiten zu Beginn der Regierung Ottos III. wie bei der Thronbesteigung Heinrichs II. tritt uns eine starke Beteiligung der Bischöfe entgegen. Man geht vielleicht nicht fehl, wenn man annimmt, daß bereits bei den Wahlen Ottos II. und Ottos III. der hohe Klerus aus der untergeordneten Rolle, die er bei der Wahl Ottos I. gespielt hatte, herausgetreten war.⁷

Man bemerkt an den Vorgängen bei den deutschen Königswahlen ein Zurücktreten des partikularen Gedankens. Die Idee der Reichseinheit und damit die Vornahme der Wahl durch die Reichsversammlung tritt offenbar in den Vordergrund. Außerdem deutet sich auch dadurch, daß die Bischöfe mehr und mehr in dieselbe Position wie die weltlichen Fürsten eindringen, an, daß das Uebergewicht des laikalen Elements gebrochen ist.

5. Böhm.-Ottenth. 55 h; vgl. Stutz: Reims und Mainz.

6. Mindestens für die Wahl Heinrichs I.

7. U. Stutz, a. a. O., hält die Wahlen Ottos II. und Ottos III. für die Entwicklung des Wahlmodus für belanglos, „weil sie bloße Designationswahlen waren und wir nicht den geringsten Anhalt dafür besitzen, daß bei ihnen in der Form oder in der Sache irgend ein Fortschritt erzielt wurde“. Die erste Wahl, an der die Bischöfe teilnahmen, war nach seiner Meinung die Heinrichs II. Man wird aber doch sagen dürfen, daß gerade bei den Designationswahlen von 961 und 983 sehr wohl die Aufnahme des Episkopates in den Kreis der Wähler stattgefunden haben kann, zumal da dies damit, daß die Bischöfe in dieser Zeit kaum einen politischen Fortschritt ohne die Hilfe der Krone gemacht haben und daß gerade unter Otto I. diese Fortschritte sehr groß waren, gut in Einklang zu bringen ist. Auch die hervorragende Rolle, die der Episkopat bei den Thronstreitigkeiten zu Beginn der Regierung Ottos III. spielte, scheint darauf hinzuweisen. Endlich ist den Vorgängen von 1002 kein Beweis dafür zu entnehmen, daß sie damals etwas Neues bedeuteten. Vielmehr scheint die Tatsache, daß sich auf drei verschiedenen Schauplätzen, in Franken, in Sachsen und in Lothringen der Episkopat an der Wahl beteiligte, eher das Gegenteil anzuzeigen; hätte es sich damit um eine Neuerung gehandelt, so wäre sie wohl kaum so allgemein und offenbar widerspruchlos — vor allem da jetzt ja die alte Stütze des Klerus gegenüber dem Laienadel, der König, fehlte, — anerkannt.

Diese Fortschritte des, wenn man so sagen darf, zentralistischen Prinzips lassen sich auch auf dem Gebiete der auswärtigen Reichspolitik feststellen. Es ist bereits bemerkt, daß bis tief in die Regierungszeit Ottos I. hinein die Unternehmungen gegenüber Italien offenbar eine Sache der süddeutschen Stämme waren. Mit den Römerzügen der deutschen Kaiser sind sie zur Angelegenheit des Reiches geworden. Auf Reichshoftagen ist über sie verhandelt und Beschluß gefaßt. Dasselbe läßt sich an den Maßnahmen der Könige gegenüber dem Westen beobachten. Ueber Ottos I. Schritte gegen Frankreich haben in der ersten Hälfte seiner Regierung, außer auf Reichssynoden, Beratungen auf lothringischen Landeshoftagen stattgefunden; der Krieg Ottos II. wurde, wie mehrfach erwähnt, auf der Reichsversammlung zu Dortmund beschlossen.

Einen Höhepunkt in dieser Entwicklung bezeichnet wohl in mancher Hinsicht der Reichshoftag von Verona 983.⁸ Es ist charakteristisch für die Macht der Reichsidee und das Ansehen des königlichen Namens, daß es der Krone gelang, nach der Niederlage, welche sie soeben in Kalabrien erlitten hatte, sämtliche deutschen Stämme jenseits der Alpen in einer Versammlung zu vereinigen, und daß dieser Reichstag die Politik des Kaisers gut hieß. Seine Folge waren neue Rüstungen gegen die Sarazenen. Wie sehr die partikularistischen Tendenzen zurückgewichen waren, zeigt die Tatsache, daß trotz des von Bayern beanspruchten Wahlrechtes hier anstandslos ein neuer Herzog für dies Land eingesetzt ward, und daß hier in Verona zum ersten Male ein deutscher König von sämtlichen deutschen Stämmen gemeinsam gewählt wurde.

Doch fast in demselben Augenblicke macht sich auch eine Reaktion gegen diese Gestaltung der Dinge bemerkbar.

Drittes Kapitel

Die Opposition gegen das Kaisertum Ottos III.

Neben der starken Betonung des zentralistischen Gedankens tritt in dem Reichstage von Verona doch auch noch eine andere

8. vgl. Jahrb. Ottos II., S. 185 ff.

Tendenz in die Erscheinung. Thietmar erzählt, die Versammlung sei dadurch zustande gekommen, daß die deutschen Großen den Kaiser gebeten hätten, sie zu Rate zu ziehen.¹ Zwar haben sie dann in Verona offensichtlich die kaiserliche Politik gebilligt. Aber ihr Wunsch zeigt doch, daß in ihnen das Bestreben, an der Reichsregierung teilzunehmen, wach war.

Durch den Tod Ottos II. wurde für dieses Ziel freie Bahn geschaffen. Damit traten bei der laikalen Aristokratie sofort wieder die partikularistischen Prinzipien in den Vordergrund. Es ist bekannt, daß in dieser Zeit Lothringen eine besondere Politik trieb;² und im östlichen Sachsen hielt man über die Frage der Thronbesetzung Landtage ab.³ Wenn diesmal trotzdem die Thronfrage nicht von den einzelnen Stämmen, sondern von dem ganzen Reiche gemeinsam geregelt wurde, so hatte dies wohl vor allem seinen Grund darin, daß sich die Versammlungen der Stämme nicht einig waren. Die einzelnen Parteien deckten sich nicht mit ihnen. Daß dies aber so war, ist offenbar ein Zeichen für das Erstarken des Episkopats. Auch früher, bei der Wahl Heinrichs I., war der Klerus wahrscheinlich nicht derselben Ansicht gewesen, wie die Laien. Damals blieb das bedeutungslos. Jetzt wurde eine einheitliche Aktion der einzelnen Landeshoftage dadurch verhindert, daß der Klerus abseits blieb, obgleich er in sich selbst durchaus nicht einig war. Die Einigung in der Thronfolgefrage wurde auf der Reichsversammlung zu Rara erzielt.

Mochten auch 984 die deutschen Bischöfe zum größten Teile nicht für Otto III., sondern für Heinrich von Bayern eingetreten sein, so ist doch kein Zweifel, daß sie sich damit nicht etwa gegen die überlieferte Verbindung der deutschen Kirche mit dem Kaisertum und dem Papsttum, wie sie von Otto I. geschaffen war, wandten. Die durch diese Verbindung bedingte Politik ist vielmehr gerade in dem ersten Jahrzehnt Ottos III. von dem deutschen Episkopat aktiv geführt worden. Bekanntlich wurde in den neunziger Jahren des zehnten Jahrhunderts dem Papsttum von bedeu-

1. Thietmar III, 24 (14).

2. Giesebrecht I, S. 612 ff.; vgl. auch H. Böhmer, Willigis v. Mainz, S. 31 ff. und F. Lot, Les derniers Carolingiens (1890) S. 130 ff.

3. Giesebrecht S. 618 f. und H. Böhmer, a. a. O.

tenden Kreisen der französischen Kirche der Gehorsam gekündigt. Man bestritt das Recht der Kurie, gegen Synoden Entscheidungen zu fällen. Es ist klar, daß auch die deutsche Krone, die ja im Papst einen Diener und ein Werkzeug ihrer Politik erblickte, hierin einen Angriff gegen ihre Stellung sehen mußte. Dieser Auffassung folgend, haben deutsche Konzilien damals ihre Beschlüsse gefaßt. Während die Franzosen den Einladungen der päpstlichen Legaten nicht Folge leisteten, versammelten sich die deutschen Bischöfe zu Aachen und zu Mouzon.⁴ An beiden Orten wurde das Verhalten des französischen Episkopats verurteilt. Daß jedoch immerhin der deutsche Klerus nicht ganz ohne Entschädigung die Politik der Regierung stützte, scheint aus einem Beschlusse der Aachener Synode hervorzugehen. Es wurden hier neue Bestimmungen über das Verbot der Abhaltung von Gerichtstagen zu kirchlichen Festzeiten gegeben.⁵ Sie gingen noch weit über das hinaus, was einst 932 Heinrich I. zu Erfurt der Kirche zugebilligt hatte.

Wenige Jahre später waren die deutschen Bischöfe in einen, wenn auch nicht ganz so heftigen, so doch ähnlichen Konflikt, wie um 990 die französischen, mit dem römischen Stuhle verwickelt.

Es ist bekannt, daß sich um das Kloster Gandersheim zwischen Willigis von Mainz und Bernward von Hildesheim ein Streit erhoben hatte.⁶ Auf einer Provinzialsynode zu Gandersheim Ende November 1000 ließ sich Willigis das Kloster zusprechen. Vorher aber hatte der Hildesheimer Bischof bereits nach Rom an Kaiser und Papst appelliert. Dort wurden nun die Beschlüsse von Gandersheim mit der Begründung, daß die Synode nach erfolgter Appellation getagt habe, für nichtig erklärt und das Streitobjekt Bernward zugesprochen. Der mit der Ausführung dieser Entscheidung beauftragte Legat kam jedoch auf der Synode von Pöhlde nicht zum Ziele. Die Rückgabe von Gandersheim an Hildesheim gelang nicht. Der Gesandte des Papstes suspendierte darauf den Mainzer Erzbischof; außerdem wurden Willigis

4. Giesebrecht S. 665 und 667; vgl. H. Böhmer S. 61 f.

5. Bernoldi chron. ad 992.

6. vgl. für die Darstellung des Streites Giesebrecht I, S. 751 ff. und H. Böhmer, S. 87 ff.

und die deutschen Bischöfe zu einem Konzil nach Rom zitiert. Dies kam nicht zu stande, weil es nicht besucht wurde. Statt dessen versammelten sich die drei rheinischen Erzbischöfe mit einem Teil ihrer Suffragane auf einer Frankfurter Synode, wo man einen Ausgleich zwischen den Streitenden herbeizuführen suchte. Der Tod des Kaisers und die damit erfolgende Unterbrechung der Verbindung mit Italien verhinderten einen Fortgang des Konfliktes.

Man sieht, die deutschen Synoden setzten sich über das Recht des Papstes, bei Appellationen von Suffraganbischöfen gegen die Metropolitansynode die Entscheidung zu fällen, hinweg. Zwar hat man dies Recht nicht förmlich bestritten, aber faktisch wurde es ignoriert. Daß man sich des damit verbundenen Widerspruchs gegen die kanonischen Satzungen voll bewußt war, ist nicht zu bezweifeln. Der Bischof von Schleswig hat auf dem Konzil von Gandersheim ausdrücklich auf sie hingewiesen.⁷ Und daß man sich über die Konsequenzen dieses Vorgehens klar war, zeigt sich darin, daß in der Frankfurter Versammlung gerade die Metropoliten, als die Hauptinteressenten an den Folgen dieses Konfliktes, zusammenkamen.

Erst mit diesem Konzil ist der Streit, der bis dahin eine Sache der Mainzer Provinz war, zu einer Angelegenheit der deutschen Kirche geworden. Zwar war die Frankfurter Tagung noch nicht eigentlich eine Reichssynode, aber man beschloß hier, den Konflikt vor einem Nationalkonzil zur Sprache zu bringen.

Das außerordentlich Bezeichnende an dem Plan dieses Nationalkonziles ist, daß es ohne König und ohne Papst zusammen treten sollte. Das Bewußtsein der Einheit und der Zusammengehörigkeit der deutschen Reichskirche vermochte sich auch ohne ihre Spitze, den König, ja gegen ihn, durchzusetzen.

Daneben fällt an den Beschlüssen der deutschen Synoden in dieser Angelegenheit auf, daß ihnen die Suffraganbischöfe zustimmten. Sie mußten wissen, daß sie damit die günstige Position, die ihnen einst die Annahme Pseudoisidors auf dem Konzil von Hohenaltheim gegeben hatte, zu verlieren Gefahr liefen. Dies scheint man auch nicht ganz übersehen zu haben. Willigis hat sich gehütet, den prinzipiellen Gegensatz gegen Pseudoisidor aus-

7. Thangmar cap. 20.

zusprechen. Hier lag der schwache Punkt in seiner Stellung, an dem er sicher gescheitert wäre. Daß auch die Suffraganbischöfe nicht ganz ohne Bedenken waren, geht daraus hervor, daß sie auf der Versammlung der drei Metropolen zu Frankfurt zum großen Teile fehlten. Daß man gleichwohl auch in ihren Kreisen in die gefährliche Opposition einstimmte, ist ein Zeichen dafür, wie groß die Unzufriedenheit mit der Politik war, welche von Rom aus damals getrieben wurde.

Auch an einer andern Stelle der deutschen Kirche war der Widerstand gegen diese Politik zum Ausbruch gekommen. Italienische Synoden hatten die Restitution des unter Otto II. aufgehobenen Bistums Merseburg und die eventuelle Bestrafung des Erzbischofs Gisilher von Magdeburg angeordnet, der einst diese Aufhebung veranlaßt hatte. Drei synodale Versammlungen, die der Kaiser in dieser Sache in Deutschland abhielt,⁸ verliefen durchaus resultatlos. Gisilher blieb in Magdeburg, und Merseburg blieb aufgehoben.

Der letzte Grund der, wie es scheint, fast allgemeinen Opposition der deutschen Kirche gegen die Politik von Kaiser und Papst liegt wohl in der Ueberspannung, welche durch sie das System Ottos d. Gr. erfahren hatte. Gewiß waren auch vor Otto III. spezifisch deutsche Angelegenheiten, wie die Gründung Magdeburgs und die Aufhebung Merseburgs, von Italien aus erledigt. Aber daß man von Rom her gegen die mächtigsten deutschen Kirchenfürsten in der rigorosesten Weise vorging, war doch neu. Dazu kam, daß die Macht, die diesem Vorgehen zu Gebote stand, bedeutend geringer war als die, welche einst Ottos III. Vorgänger besessen hatten.

Thietmar erzählt, gegen Ende der Regierung des jungen Kaisers sei eine Verschwörung der deutschen Fürsten gegen ihn entstanden, die auch in Verbindung mit den Bischöfen trat.⁹

Wie die Kämpfe beim Uebergang der Herrschaft von Otto II. auf Otto III. und ihre Resultate zum großen Teile der Stellungnahme der Laienfürsten zuzuschreiben sind, so war auch ihr Einfluß unter der Regentschaft und in den ersten Jahren der selbstän-

8. zu Magdeburg, Quedlinburg. Aachen: vgl. Giesebrecht I, S. 733 ff.

9. Thietmar IV, cap. 49 (30).

digen Regierung Ottos bedeutend. Aus den Urkunden des Königs läßt sich schließen, daß die Macht des weltlichen Adels gegen die vorangegangene Zeit gewachsen war.¹⁰ Auf ein neues Erstarken der partikularen Gewalten deuten die Herzogswahlen in Bayern und in Thüringen, die ohne Mitwirkung der Krone zustande kamen.¹¹ Es ist uns überliefert, daß Otto 992 einen Feldzug gegen die Slaven abbrach, weil die Fürsten mit ihm nicht einverstanden waren.¹² Dementsprechend lassen sich auch verhältnismäßig zahlreiche Reichstage während der Zeit seiner Minderjährigkeit feststellen, von deren Beschlüssen wir freilich nichts wissen.¹³

Der Einfluß, den so die Großen wiedergewonnen hatten, wurde durch die Politik, die Otto III. in seinen letzten Jahren trieb, ausgeschaltet. Gegen sie richtete sich die Verschwörung, von der Thietmar berichtet.

So haben sich die weltliche und die geistliche Aristokratie — von partiellen Erscheinungen abgesehen — zum ersten Male im deutschen Reiche im Kampfe gegen die königliche Gewalt zusammengefunden. Es ist erzählt, daß die kirchlichen Kreise beabsichtigten, ein Nationalkonzil zu versammeln; in den Bestrebungen der Laienfürsten ist von einer Reichsversammlung nicht die Rede; ihre Opposition baute sich zweifellos auf der Grundlage der Stämme auf.

Nur die Zufälligkeiten der Ueberlieferung rücken die Mächtschaften der Geistlichkeit gegenüber denen des Laienadels in den Vordergrund. Sicher hat die Hauptgefahr für den Kaiser in den Plänen der weltlichen Fürsten bestanden. Sie bildeten die Partei, bei der die Energie der Opposition war. Das beabsichtigte Reichskonzil von Fritzlar ist nicht zusammengetreten; die Kirche, und mit ihr der Gedanke der Reichseinheit, tritt nach dem Tode Ottos III. durchaus in den Hintergrund. Die Geschehnisse des Reiches wurden auf den Landtagen der Stämme entschieden: hier wurde diesmal die Frage der Thronbesetzung geregelt.

10. P. Kehr, Zur Gesch. Ottos III. (Histor. Zeitschr. 66, S. 385 ff.), S. 415 ff.

11. Giesebrecht I, S. 668.

12. Ann. Hildesh. 992: „principibus resistere nolens“.

13. Rara 984: Ann. Quedlinbg. 984; Thietmar IV, 8 (6); Frankfurt 985: Ann. Quedl. 985: Thietmar IV. 8 (6); Quedlinburg 986: Thietmar IV.

Viertes Kapitel.

Die Opposition unter Aribon von Mainz. Die Reichssynodalpolitik Konrads II.

Es scheint so, als wenn die Opposition des Willigis von Mainz für die fernere Entwicklung der Verhältnisse nicht ohne Erfolg geblieben wäre. Die Politik der geistlichen Hoftage in Deutschland unter der Regierung Heinrichs II. zeigt ein durchaus anderes Gesicht als die, welche in den letzten Jahren Ottos III., ja in mancher Hinsicht sogar als die, welche seit der Erwerbung der Herrschaft über Rom durch Otto I. getrieben worden ist.

Im Jahre 1003 verhandelte man auf einer Synode zu Diedenhofen über die Frage der kanonisch nicht erlaubten Ehen.¹ 1004 wurde auf einer Versammlung in Merseburg die Wiederherstellung dieses Bistums vollzogen.² 1005 sind in Dortmund Bestimmungen über die kirchlichen Fastenzeiten und über eine Gebetsverbrüderung gegeben.³ Im selben Jahre wurden an einem unbekannten Orte unkanonische Ehen, sowie der Verkauf von Christen an Heiden verboten.⁴ 1006 wurde der Gandersheimer Streit durch eine von Laien und Geistlichen stark besuchte Versammlung in Pöhlde beendet.⁵ 1007 fanden in Mainz und Frankfurt Konzilien wegen der Gründung des Bistums Bamberg statt.⁶ 1011 und 1012 griffen kirchliche Versammlungen in Mainz, Koblenz und Bamberg in den Metz-Trierschen Bischofsstreit ein;⁷ im selben Jahre 1012 ging man in Mainz gegen Ketzer vor.⁸ 1018 sind in Nimwegen rituelle Vorschriften gegeben.⁹ 1019 hat eine

9 (7): Andernach 987: DO. III, 82; Ingelheim 993: DDO. III, 118 und 119. Vielleicht auch: Quedlinburg 991: Ann. Quedlinbg. 991; Halberstadt 992: Ann. Quedlinbg. 992.

1. Jahrb. Heinrichs II., I, 244 ff.

2. ebenda S. 279 ff.

3. ebenda S. 361 ff.

4. ebenda S. 372.

5. ebenda II, S. 1 ff.; vgl. H. Böhmer, Willigis S. 112 f.

6. ebenda II, S. 62 und 65 ff.

7. ebenda S. 310, 324, 343.

8. Ann. Quedlinbg. 1012.

9. Jahrb. Heinrichs II., III, S. 71.

Synode in Goslar Bestimmungen über das Recht der Priester-söhne erlassen.¹⁰ 1020 fand ein großes Konzil in Bamberg statt,¹¹ von dessen Beschlußfassung nichts Näheres bekannt ist; 1023 wurde in Mainz die Ehe Ottos von Hammerstein aufgelöst,¹² gegen die man sich schon 1018 in Nimwegen ausgesprochen hatte.¹³

Wie man sieht, waren die Reichssynoden unter Heinrich II. so zahlreich wie noch nie in den vorangegangenen Zeiten. Der König regierte die deutsche Kirche wieder mit Hilfe der deutschen Konzilien. Sie standen durchaus zu seiner Disposition. Zweifellos sind die Beschlüsse, welche diese Versammlungen faßten, auf die Initiative Heinrichs zurückzuführen. Mit ihnen wurden seine Absichten erfüllt. Es wird berichtet, daß der König in Diedenhofen den Bischöfen wegen ihrer Handhabung der Kirchenzucht Vorhaltungen machte. Seinen Anregungen ist man gefolgt. Der Episkopat hat seine Stellung in dem lothringischen Bischofsstreit verfochten; und die Beschlüsse der Dortmunder Synode sind als königliches Dekret veröffentlicht.¹⁴

Aber trotz der Belebung, welche die synodale Beschlußfassung unter Heinrich erfahren hat, kann man von einem Aufschwung der eigentlichen Gesetzgebung in kirchlichen Dingen in Deutschland kaum reden. Trotz der Geschäftigkeit, die Heinrich hier entfaltete, blieb das, was auf den geistlichen Hoftagen erledigt wurde, nur Stückwerk; es betraf immer bloß Einzelheiten, man möchte sagen, Kleinigkeiten. Die wichtigen Fragen, welche die Kirche bewegten, sind nach wie vor im Einvernehmen mit dem Papst auf italienischem Boden entschieden worden. Hier haben die großen Synoden von Ravenna und Pavia getagt,¹⁵ von denen jede einzelne fast mehr, sicher aber wichtigere Gesetze erlassen hat als alle deutschen Konzilien Heinrichs zusammengenommen. Als der Kaiser 1023 die Durchführung der

10. ebenda S. 111.

11. ebenda S. 169 ff.

12. ebenda S. 268 f.

13. ebenda S. 72 f.

14. Const. I, Nr. 28.

15. Jahrbücher Heinrichs II., II, S. 417 ff.; III, S. 213 ff.

cluniazensischen Reformen ernstlich ins Auge faßte; wurde die Abhaltung einer zweiten Synode in Pavia geplant.¹⁶

Wie sehr die Synodalpolitik in Deutschland vom Kaiser als Nebensache, sozusagen als Notbehelf, betrachtet wurde, lehrt das Verhältnis des Goslarer Konzils 1019 zu dem von Pavia 1022. In Goslar rollte der Bischof von Hildesheim die Frage nach der rechtlichen Stellung der Söhne von Priestern auf. Vom Standpunkt des Gesetzgebers hätte es nahe gelegen, außer der Entscheidung dieser Frage den ihr zu Grunde liegenden Schaden an der Wurzel anzugreifen. Gleichwohl begnügte sich Heinrich damit, dem augenblicklich gerade zur Debatte stehenden Uebelstand abzuhelpen; die wahre Erledigung der Angelegenheit wurde erst in Pavia durch das Verbot der Priesterehe gegeben.¹⁷

Es ist leicht möglich, daß das vorsichtige Vorgehen Heinrichs auf den deutschen Synoden, das ihn nur Entscheidungen von Fall zu Fall treffen ließ, seine letzte Ursache in einer inneren Opposition des deutschen Episkopats gegen seine kirchlichen Ansichten und Absichten hatte. Jedenfalls war die Folge davon eine doppelte Regierung der deutschen Kirche durch den Kaiser: einmal unmittelbar auf den deutschen Synoden; außerdem aber mittelbar durch das Papsttum und die universalen Konzilien in Italien.

In gewisser Weise als ein Konflikt zwischen diesen beiden Wegen, die das Kirchenregiment Heinrichs gleichzeitig einschlug;

16. Jahrbücher III, S. 263.

17. A. Hauck sieht in dem Beschluß von Goslar die stillschweigende Duldung der Priesterehe und damit den Anfang eines besonderen deutschen Kirchenrechtes (III, S. 431 f.; ähnlich E. Sackur: Die Cluniazenser in ihrer kirchlichen u. allgemeingeschichtl. Wirksamkeit 1892 u. 94; II, S. 160). Doch dagegen läßt sich verschiedenes einwenden. Durch ein einfaches Verbot der Priesterehe wurde nicht, wie Hauck meint, die Frage Bernwards erledigt; denn es gab nun einmal faktisch Priestersöhne, und es war anzunehmen, daß es sie auch trotz eines Verbotes noch weiter geben würde, wie ja auch z. B. die Augsburger Bestimmungen von 952 über Ehelosigkeit der Priester nichts genützt hatten. Wollte man in dem Beschluß von Goslar eine Gestattung der Priesterehe erblicken, so müßte man sie z. B. auch in den Erlassen der Versammlung von Verona 967 sehen, die gleichfalls das Recht der Priestersöhne berührten (Const. I, Nr. 13 [= Böhm.-Otenth. 455], cap. 11), ohne etwas von einem Verbot der Priesterehe zu sagen.

stellt sich der bekannte Streit in der Hammersteinschen Ehesache dar.¹⁸

Pfingsten 1023 war auf der Synode von Mainz im Beisein des Kaisers die schon früher für ungültig erklärte Ehe des Grafen Otto von Hammerstein gelöst, und die Gräfin Irmgard, die sich dem Spruche der Bischöfe nicht fügen wollte, mit Kirchenstrafen belegt. Irmgard wandte sich darauf nach Rom und appellierte an den Papst. Der Erzbischof Aribio von Mainz ging jetzt einen Schritt weiter, als einst Willigis getan hatte. Er ignorierte nicht bloß die Appellation der Gräfin, er erklärte sie für unrechtmäßig. Auf einer Provinzialsynode zu Seligenstadt im August desselben Jahres wurden Appellationen nach Rom vor Verbüßung der Strafe, gegen die appelliert werden sollte, und ohne Erlaubnis des zuständigen Bischofs verboten. Der Papst nahm unterdessen die Appellation der Gräfin an. Verhandlungen zwischen Rom und Mainz folgten; der Erzbischof weigerte sich jedoch, die päpstliche Entscheidung anzuerkennen. Darauf wurde ihm von Benedikt das Pallium abgesprochen.¹⁹ Aribio versuchte, ein Nationalkonzil in Höchst zu versammeln. Ob es zusammengetreten ist, bleibt ungewiß. Es ist ein Schreiben der Mainzer Suffragane an die Kurie erhalten, das möglicherweise aus Höchst stammt, in welchem sie für die Politik ihres Metropoliten eintreten und an dem Beschluß von Mainz festhalten. Der Tod des Papstes und des Kaisers hat eine weitere Auseinandersetzung verhindert.

Durch die Beschlüsse von Seligenstadt hat der Erzbischof von Mainz im wesentlichen den Anspruch der Kurie, als oberster Appellationshof in der Kirche zu fungieren, für seine Provinz beseitigt; und, was mehr bedeutete als Synodalbeschlüsse, in der Hammersteinschen Angelegenheit hat er an seinem Standpunkt konsequent festgehalten.

Gleichwohl ist Aribos Politik nach seiner eigenen und nach der Auffassung seiner Zeitgenossen nicht offensiv gewesen. Der Verfasser der *vita Godehardi*, Wolphere, bemerkt ausdrücklich, daß Irmgard es war, die Recht und Gesetz von Grund aus umstieß,

18. Ueber den Verlauf der Angelegenheit s. *Jahrb. Heinrichs II.*, III S. 258 ff.

19. Darüber, daß das der ursächliche Zusammenhang war, vgl. *Ann.*, 22.

als sie sich dem Spruche der Bischöfe in Mainz nicht fügte.²⁰ Und Aribo selbst hat in dem Vorgehen Roms gegen seine Person einen Gewaltstreich gesehen, der jedermann gefährlich werden konnte.²¹ Er hat gegen die Ansprüche des Papsttums den bisherigen Stand der deutschen Kirche verteidigt. Ähnlich, wie der Widerstand des Willigis richtete sich auch der seine gegen den Versuch der Kurie, die deutsche Kirche mehr, als es bisher der Fall gewesen war, zu beherrschen.²²

Wie im Jahre 1001 mußte auch jetzt die Opposition gegen den Papst zugleich die Stellung des Kaisers zu den kirchenpolitischen Fragen berühren. Das Mainzer Konzil, das Irmgard ver-

20. Wolff. v. Godeh. post. c. 19.

21. s. Brief Aribos an Meginhard v. Würzburg: Jaffé, Bibl. III, S. 358 f.

22. Von den vielen umstrittenen Fragen des Hammersteinschen Streites soll hier nur auf die nach dem Grunde der Bestrafung Aribos durch Benedikt VIII. eingegangen werden. Die Anhänger des Gedankens von Aribos nationalkirchlichen Bestrebungen sehen ihn in erster Linie in den Beschlüssen von Seligenstadt; (besonders: J. Kippenberger, *Beitr. z. Gesch. d. Erzb. A. v. Mainz*. Leipz. Diss. 1909. S. 24, ähnlich Breßlau, *Jahrb. Heinr. II.*, III, S. 280 u. Giesebrecht II. S. 200). Die Gegner in dem Vorgehen Aribos gegen Irmgard (W. Dersch. *Die Kirchenpolitik d. Erzb. A. v. Mainz*, Marb. Diss. 1899. S. 27; Hauck III, S. 528). Daß das erste nicht richtig sein kann, geht daraus hervor, daß davon keine Quelle etwas sagt. Daß sich der Brief der Bischöfe an den Papst (Jaffé, Bibl. III, S. 362 f.) über diesen Punkt ausgesprochen habe, könnte man allerdings aus einer gewissen diplomatischen Rücksichtnahme erklären. Daß aber auch Aribo in seinen intimen Briefen an Kunigunde und Meginhard von Würzburg (Jaffé, Bibl. 358 ff.) darüber nichts gesagt hätte, ist undenkbar. Der Grund des päpstlichen Vorgehens dürfte daher allerdings der Schritt Aribos gegen Irmgard sein, aber mit der im Text angegebenen Modifikation. Hätte Benedikt Aribo das Pallium auf Grund der einfachen Bestrafung der Irmgard, an der der Kaiser doch beteiligt war, entzogen, so wäre das eine brüske Herausforderung des Erzbischofs, seiner Suffragane und vor allem des Kaisers gewesen, wie sie grundloser und törichte kaum gedacht werden kann. Wir wissen aber von Verhandlungen zwischen Benedikt und Aribo (Brief A.'s an Kunigunde). Daß diese erst nach der erfolgten Entscheidung des Papstes eingeleitet seien, ist kaum zu vermuten. — Dafür, daß die Renitenz Aribos gegenüber Rom in den Briefen, die in dieser Angelegenheit geschrieben sind, nicht besonders hervorgehoben wird, ist ein leicht einzusehender Grund vorhanden. Man war in Deutschland bemüht, den Papst in möglichst deutlichen Gegensatz zu der Bestrafung der Irmgard als solcher zu bringen, um auf diese Weise einen Gegensatz zwischen ihm und dem Kaiser zu konstruieren.

urteilt hatte, war eine Reichssynode gewesen. An ihrem Spruche war der Kaiser beteiligt, was die Bischöfe geflissentlich bei jeder Gelegenheit betont haben. Doch sowie durch den Streitfall der Papst tangiert wurde, zog sich Heinrich zurück; schließlich trat er auf die Seite Benedikts. Auf der Seligenstädter Versammlung stand Aribo mit seinen Bischöfen allein; zur selben Zeit verhandelte Heinrich mit dem Könige von Frankreich über eine universale Kirchenreform im Bunde mit dem Papst.²³ Er ist durch Pilgrim von Köln mit diesem in Verbindung getreten und scheint seinen Schritt gegen Aribo gebilligt zu haben. Das geplante Nationalkonzil von Höchst hat er zu verhindern gesucht.²⁴

Wie vor zwanzig Jahren wurde auch diesmal von der Opposition ein gemeinsames Vorgehen der deutschen Kirche auf einer Reichssynode erstrebt. Durch den Tod des Kaisers trat dieses Ziel zurück. Es eröffnete sich jetzt für Aribo die Möglichkeit, durch eine geeignete Besetzung des deutschen Thrones die bisherige Stellung der Krone zu der Kirchenfrage zu ändern. Diesmal zersplitterte die klerikale Front nicht so, wie beim Tode Ottos III. Der Kampf Aribos wurde auf der Reichsversammlung von Kamba entschieden. Er endete mit einem Siege der Oppositionspartei: Konrad II. bestieg als ihr Kandidat den deutschen Thron.

Es mag sein, daß der Einfluß Aribos auf die Regierung Konrads nicht bedeutend gewesen ist.²⁵ Man wird aber doch sagen dürfen, daß, wenn mit dieser Regierung auch keineswegs seine kirchenpolitischen Ziele erfüllt wurden, sie sich doch im großen und ganzen in den Bahnen bewegt hat, die zu ihnen hinführen konnten.

Die Beschlüsse von Seligenstadt sind, soweit wir sehen, nicht umgestoßen worden. Im Dekret Burchards von Worms sind sie als

23. Jahrb. Heinrichs II., III, S. 263; vgl. R. Pfister, *Etudes sur le règne de Robert le Pieux* (1885) S. 369—71.

24. Jahrb. Heinrichs II., III, S. 288 f.

25. Das wird wohl allgemein angenommen. Als Hauptgründe für diese Annahme werden die aus der Nichtkrönung Giselas durch Aribo zu folgernde Mißstimmung Konrads und die Mainz ungünstige Entscheidung im Gandersheimer Streit angeführt. Aber das erste Argument ist unsicher, das zweite wenig beweisend. Denn Konrad hat immerhin in der Gandersheimer Sache günstiger für Mainz geurteilt als einst Heinrich II. — Die Interventionen in den Urkunden aber deuten keineswegs darauf hin, daß

gültiges Recht überliefert.²⁶ In der Sache Irmgards ist Aribo vor Rom nicht zurückgewichen. Daß für ihn die Appellation der Gräfin nach wie vor unrechtmäßig und die Entscheidung des Papstes ungültig war, zeigt sich darin, daß er auf der Frankfurter Synode 1027 den Handel abermals aufrollte.²⁷ Niemand hat hier auf das Urteil der Kurie hingewiesen. Nur der persönliche Wunsch des Kaisers hat den Erzbischof zum Schweigen gebracht. Aber der Erfolg, den die von Aribo vertretene Richtung in Kamba gewonnen hat, macht sich nicht bloß in diesem einzelnen Falle geltend: der Einfluß des Papstes war während des Regimentes Konrads II. gegenüber der deutschen Kirche so gut wie ausgeschaltet. Ihre Angelegenheiten wurden wieder in Deutschland geregelt; mit der Gewohnheit seiner Vorgänger, die Kirchenpolitik von Italien aus zu treiben, hat der neue Kaiser gründlich gebrochen.

Zwar wurde im Jahre 1027 in seiner Gegenwart eine Synode zu Rom abgehalten;²⁸ aber auf ihr sind nur außerdeutsche Angelegenheiten zur Sprache gekommen. Obgleich, wie bemerkt, der Konflikt zwischen Mainz und Rom noch schwebte, ja in demselben Jahre über ihn in Frankfurt verhandelt wurde, ist er doch in Rom überhaupt nicht berührt worden. Konrad ging stillschweigend über die Rechte des Papsttums hinweg. Daß er seine Ansprüche auf Kirchenherrschaft manchmal geradezu brüskiert hat, ist bekannt.²⁹

Gewiß ist ein Grund für das Verlassen der bisherigen Kaiserpolitik durch Konrad II. in seiner Gleichgültigkeit kirchlichen Dingen gegenüber zu sehen. Aber dafür, daß seine Regierung eine nationalkirchliche Färbung trägt, beweist es umso mehr, daß gerade unter diesem Herrscher die Gesetzgebung der Reichssynoden in Deutschland in größerem Maßstabe wieder auflebte.

Im Jahre 1036 hat auf Konrads Ladung und unter seiner Leitung das Nationalkonzil von Tribur stattgefunden. Von ihm

26. vgl. Giesebrecht II, S. 200.

27. Jahrb. Konrads II., I, S. 229.

28. ebenda S. 148 ff.

29 vgl. z. B. Jahrb. Konrads II., I, S. 149 ff. und II, S. 125,

sind acht Gesetze überliefert.³⁰ Es ist bezeichnend, daß eines von ihnen bestimmte, wer den Beschlüssen von Diözesansynoden nicht Folge leiste, müsse vor ein Provinzialkonzil zitiert werden, wo seine Angelegenheit entschieden werden solle.³¹ Gewiß wurde mit dieser Bestimmung nichts Neues gesagt. Aber daß sie gerade unter dieser Regierung, unter der die Verbindung der deutschen Kirche mit dem römischen Stuhl so gut wie gar nicht bestand, hervorgehoben wurde, muß sie als einen Schritt zur Kräftigung der Metropolitangewalt und zur Ausschaltung des Papsttums aus der deutschen Synodalverfassung erkennen lassen.

Gleichwohl ist es sicher, daß sich die Beschlüsse von Tribur an Bedeutung mit denen, die einst Aribos Konzil in Seligenstadt gefaßt hatte, nicht messen können. Ihnen fehlte ein festes, sicheres Ziel, und es lag ihnen zweifellos nicht der Wille zu einer entschiedenen Kirchenpolitik zu Grunde. Aribo hatte es einst rücksichtslos auf den Bruch mit dem Papsttum ankommen lassen. Die Kurie war jetzt zwar zur völligen Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Aber die Ideen, welche einst Benedikt VIII. und Heinrich II. vertreten hatten, lebten in den Cluniazensern weiter. Konrad ließ sie gewähren. Forderungen von ihnen hat er offenbar, soweit sie nicht Rechte des Königtums beeinträchtigten, in Tribur anerkannt.³² Der Verkauf geistlicher Aemter durch Geistliche wurde verboten. Ob Konrad fürchtete, daß eine völlige Niederwerfung der Cluniazenser die Partei, die unter Aribo eine dem Königtum so gefährliche Energie entwickelt hatte, zu sehr stärken werde? Und ob er hoffte, dadurch, daß er beide Parteien im Gleichgewicht erhielt, über beide zu verfügen?

Fünftes Kapitel

Die Stellung der deutschen Hoftage um die Mitte des elften Jahrhunderts

Nach Konrads II. Tode ist das System, gegen das Aribo angekämpft hatte, zur Herrschaft gelangt. Heinrich III. verließ die Kirchenpolitik seines Vaters und kehrte zu der zurück, welche

30. Const. I, Nr. 44; über die Beschlüsse vgl. Jahrb. Konrads II., II, S. 419 f.

31. Const. I, 44 cap. 2.

32. ebenda cap. 4 und 5.

die geistlichen Angelegenheiten Deutschlands durch Rom und mit Rom zu regeln suchte. In Italien tagten wieder die großen Reformkonzilien, und die Synoden, welche in Reformangelegenheiten in Deutschland, 1049 und 1052 in Mainz,¹ abgehalten wurden, hatten wenig mit dem Begriffe des deutschen Nationalkonzils gemein. Papst und Kaiser leiteten sie; sie faßten allgemeine Reformbeschlüsse und waren universal gedacht; dem Kern ihres Wesens nach waren auch sie römische Synoden; einer ihrer Beschlüsse ist als päpstliches Dekret veröffentlicht.² Aber damit war doch keineswegs der alte Zustand, wie er etwa in den Jahren Ottos I. oder Heinrichs II. bestanden hatte, wiederhergestellt. Die große Veränderung gegenüber dieser Zeit lag darin, daß der Papst jetzt nicht mehr unter dem Kaiser stand, sondern daß er neben ihn getreten war. Die Emanzipation der Kurie von der kaiserlichen Macht hat mit der Politik Heinrichs III. begonnen. Von allen Synoden, die in Deutschland unter der Herrschaft der Ottonen und der ersten Salier getagt haben, stehen die von Mainz 1049 und 52 dem Konzil von Hohenaltheim darin am nächsten, daß jetzt wieder, wie damals, der Papst als der Herr des deutschen Episkopates erscheint. Das, was in der rechtlichen Lage der Reichssynode schlummerte, war wieder Tatsache geworden: sie hatte faktisch zwei Häupter. Es war ein bedenkliches Zeichen, daß dies bereits auf einer deutschen Versammlung offen ausgesprochen wurde: zu Aachen, 1046, hat der Bischof von Lüttich erklärt, dem Kaiser sei man Treue, dem Papste Gehorsam schuldig.³

Während so um die Mitte des elften Jahrhunderts sich die deutsche Reichssynode in einer ähnlichen Position befand, wie die war, in der sie bei der Entstehung des Reiches gestanden hatte, hatten in einer Entwicklung von mehr als hundert Jahren die weltlichen Hoftage ihre ehemalige Stellung in wichtigen Punkten verändert.

Es ist ausgeführt worden, daß nach dem Rechte die Grundlage der weltlichen Hoftagsverfassung in den Versammlungen der

1. vgl. Jahrb. Heinrichs III., II, S. 92 ff. und 182 ff.

2. Const. I, Nr. 51.

3. Anselmi gesta episc. Leod. c. 58; vgl. Jahrb. Heinrichs III., I, S. 296.

Stämme zu sehen ist. Im Interesse einer starken und einheitlichen Reichspolitik mußte es liegen, über diese immer bestehenden rechtlichen Schranken hinweg die Stämme zu einer Einheit zusammenzufassen, d. h. ihre Hoftage in einer Reichsversammlung zu vereinigen. Es ist gezeigt, daß während des zehnten Jahrhunderts dies dem Königtum in steigendem Maße gelungen war. Die Regierung Ottos III. hatte hierin einen Rückschlag bedeutet. Bei ihrem Ausgang standen die partikularen Gewalten in neuer Kraft da. Doch ist dies ohne bedeutende Folgen geblieben. Zwar läßt sich für die Zeit des Regiments Heinrichs II. nicht ein einziger weltlicher Reichshoftag nachweisen. Aber dennoch nimmt gerade von seiner Thronbesteigung an das Eindringen des Reichsgedankens in die Hoftagsverfassung einen weiteren stetigen Fortgang.

Es ist darauf hingewiesen worden, daß im Laufe des zehnten Jahrhunderts die auswärtige Politik, die nach Süden und Westen gerichtet war, aus einer Angelegenheit der Italien und Frankreich benachbarten deutschen Stämme zu einer solchen des Reiches wurde. Dasselbe läßt sich jetzt für die Politik gegenüber den östlichen Völkern beobachten.

Wie sehr diese in erster Linie eine Sache einzelner Stämme, der Sachsen und der Bayern war, geht schon daraus hervor, daß das über sie überlieferte Material die Vermutung nahe legte, daß hier rechtliche Bindungen beständen.⁴ Die Unternehmungen gegen die ostelbischen Slaven waren gleichsam ein Privileg der Sachsen, die gegen Ungarn der Bayern; in die Eingriffe in die böhmischen Verhältnisse teilten sich beide Völkerschaften. Und als sich das Königtum dieser Politik bemächtigte, übernahm es im wesentlichen auch diesen gegebenen Zustand.

Es hat wenig Wert, die vielen sächsischen Hoftage, auf denen der letzte sächsische und die beiden ersten salischen Kaiser gegen die Slaven verhandelt haben, aufzuzählen, oder die bayrischen, auf welchen gegen Ungarn Beratungen gepflogen worden sind. Das Bezeichnende ist vielmehr, daß sich von dieser fast allgemein gültigen Regel Abweichungen bemerken lassen.

Schon an der Schlacht auf dem Lechfeld 955 waren alle deutschen Stämme beteiligt gewesen.⁵ Aber in der Hauptsache

4. vgl. Teil I, Kap. 3.

5. s. Böhm.-Ottenth. 240 g; Jahrb. Ottos d. Gr. S. 256.

war sie doch von Bayern und Schwaben geschlagen worden; außerdem handelte es sich bei ihr um einen Verteidigungskampf gegen den Angriff der Ungarn, der nicht bloß die gerade betroffenen Provinzen, sondern alle übrigen gleichmäßig bedrohte. Jetzt im elften Jahrhundert läßt sich beobachten, daß der König zu Offensivkriegen gegen die östlichen Völker das ganze Reich heranzog, und daß über sie auf Reichshoftagen, jedenfalls nicht bloß auf den Landeshoftagen der speziell interessierten Stämme beraten und beschlossen wurde.

Im Jahre 1004 war der Feldzug nach Böhmen von Sachsen und Bayern geführt, und als er in die Lausitz hinübergespielt wurde, kehrten die Bayern nach Hause zurück.⁶ Aber 1005, berichtet Thietmar, sei das Heer gegen Polen im ganzen Reiche aufgeboden.⁷ 1007 kamen in Regensburg polnische Angelegenheiten Sprache.⁸ Konrad II. ließ 1035 einen Feldzug gegen die Liutizen auf einem Hoftage zu Bamberg beschließen.⁹ Gegen Böhmen wurde 1041 auf einer Versammlung in Seligenstadt verhandelt;¹⁰ und gegen Ungarn wurde Weihnachten 1041 in Straßburg und Ostern 1042 auf einem Reichshoftage zu Köln Beschluß gefaßt.¹¹

Sicher wäre es völlig verkehrt, wenn man nach diesen Tatsachen scharf umrissene Gegensätze zwischen einer ursprünglichen Politik der Stämme in diesen Dingen und einer dann einsetzenden Politik des Reiches annehmen wollte. Aber daß sich hier doch ähnliche Wandlungen angebahnt und vollzogen haben, ermißt man am deutlichsten, wenn man Ereignisse gleicher Art, die durch große Zeitabschnitte getrennt sind, einander gegenüberstellt. Zur Zeit Heinrichs I. sind die Unternehmungen gegen die Dänen und die Errichtung der Mark zwischen Eider und Schlei von Sachsen ausgegangen. Als Konrad II. diese nämliche Mark 1035 an Kanut den Großen abtrat, wurde darüber wahrscheinlich auf einem Reichstage zu Bamberg beraten.¹² Der Be-

6. Jahrb. Heinrichs II., I, S. 316 ff. und 324.

7. Thietmar VI, 19.

8. Jahrb. Heinrichs II., II, S. 8.

9. Jahrb. Konrads II., II, S. 132.

10. Jahrb. Heinrichs III., I, S. 103.

11. Jahrb. Heinrichs III., I, S. 121 a. und 152 f.

12. Jahrb. Konrads II., II, S. 145 f.

schluß, 933 den Kampf gegen die Ungarn aufzunehmen, ist auf einer sächsischen Volksversammlung gefaßt. 1042 wurde, wie erwähnt, der Feldzug gegen dasselbe Volk auf einem Reichshoftag zu Köln beschlossen. Man sieht, an die Stelle der Stämme hatte sich das Reich gesetzt.

Es sind Anzeichen vorhanden, die auf die Ansätze einer ähnlichen Entwicklung auf dem Gebiete der weltlichen Gesetzgebung in Deutschland deuten möchten.

Daß die Stämme ihr besonderes Recht hatten, ist mehrfach erwähnt; auch, daß die Bildung und Schöpfung des Rechtes ihre Sache war. Gerade in der um die Mitte des elften Jahrhunderts stattfindenden Friedensgesetzgebung Heinrichs III. tritt das hervor.

Doch Heinrich hat seine Bestrebungen offenbar nicht nur auf dem üblichen, durch das Recht vorgeschriebenen Wege zu realisieren versucht, indem er auf den einzelnen Landeshoftagen über sie Beschluß fassen ließ. Er hat auf dem Schlachtfelde vor Menfö und 1046 in Rom ähnliche Akte,¹³ wie in Konstanz und Trier vollzogen, und hierbei kann von einem Befragen von Stammesversammlungen nicht die Rede sein. Zwar handelte es sich diesmal auch offensichtlich nicht um eine eigentliche Gesetzgebung; die Handlungen des Königs waren höchst persönlicher Natur; aber dasselbe Ziel wie früher wurde doch auch hier mit ihnen erstrebt: die Stämme sind dabei übergangen.

Vermutlich haben diese die besprochene Politik der Könige nicht immer ganz widerstandslos über sich ergehen lassen, so wenig das im zehnten Jahrhundert geschehen war.

Es ist erkennbar, daß die Krone, indem sie die auswärtige Politik der Provinzen des Reiches führte, bisweilen auf Opposition stieß. Daß Heinrich III. seinen berühmten Feldzug gegen Ungarn im Jahre 1044 ohne die Billigung der Fürsten, — doch wohl hauptsächlich der bayrischen, — unternommen hat, wurde schon in anderem Zusammenhange erwähnt. Die Maßnahmen Heinrichs II. gegenüber Polen waren in Sachsen durchaus unpopulär. Die sächsischen Großen waren jederzeit bereit, gegen seine Unternehmungen zu raten, und öfter sind sie auf Hoftagen

13. Jahrb. Heinrichs III., I, S. 209 und II, S. 5.

für die Wünsche des polnischen Reiches eingetreten. 1010 haben sie durch Verhandlungen mit Boleslaw den Krieg zu vermeiden gesucht,¹⁴ 1017 kam der Friedensschluß durch ihre Vermittlung und ihre Unterhandlungen zu stande.¹⁵ Die Verantwortung für den damals geschlossenen ungünstigen Vertrag ist wohl mehr den sächsischen Fürsten als dem Kaiser zuzuschreiben. Der Friede Konrads II. mit Polen 1032 wurde gleichfalls auf ihre Intervention hin geschlossen.¹⁶

Richteten sich diese Bestrebungen der Großen mehr gegen einzelne Maßregeln der Könige, als gegen das oben charakterisierte allgemeine Ziel ihrer Politik, so lassen sich auch Bewegungen bemerken, durch welche gegen dies Front gemacht wurde. Zur Zeit Heinrichs III. regte sich mehrfach fürstliche Opposition gegen die Reichsregierung. Ein Grund dafür war zweifellos, daß der Kaiser die Sonderrechte der Stämme zu wenig respektierte. Hermann von Reichenau bringt die Absetzung eines Herzogs von Bayern, welche außerhalb dieses Landes und sicher ohne Einwilligung eines bayrischen Hoftages ausgesprochen wurde, in Beziehung zu der allgemeinen Unzufriedenheit, die gegen Heinrich laut wurde.¹⁷

Gleichwohl haben die mitunter bemerkbaren Regungen von Opposition auf seiten der Stämme so gut wie nichts daran geändert, daß in der weltlichen Hoftagspolitik mehr und mehr das Reich die Vorhand gewann.

Um die Wende des ersten Jahrtausends schien in Deutschland wieder der Partikularismus zu herrschen: bei der Erhebung Heinrichs II. kam das sehr deutlich zum Ausdruck. Aber seine Wahl ist die letzte gewesen, die von den einzelnen Stämmen, gesondert von den anderen, vorgenommen wurde. Konrad II. ward auf der Reichsversammlung von Kamba gewählt, auf der nur die Sachsen und ein Teil der Lothringer fehlten. Heinrich III. ist

14. Jahrb. Heinrichs II., II, S. 292.

15. Jahrb. Heinrichs II., III, S. 61 und 86; Thietmar, VIII, 65 (48) sagt: „assiduo principum interventu“.

16. Jahrb. Konrads II., II, S. 80; vgl. Wipo cap. 29.

17. Herim. Aug. chron. 1053.

1028 in Aachen,¹⁸ Heinrich IV. 1053 in Tribur von sämtlichen Fürsten zum König erhoben.¹⁹

Die Ablehnung des Königtums Heinrichs I. durch Bayern hatte sich einst darin geäußert, daß dieser Stamm seinen eigenen Herzog zum König wählte. Während der Opposition gegen Otto III. traten wieder die Stämme in den Vordergrund: bei seinem Tode stellten einzelne Provinzen Kandidaten für den Thron auf. Es ist lehrreich, wie sich 1053 die Abneigung gegen die Herrschaft Heinrichs III. und gegen ihre Uebertragung auf seinen Sohn bemerkbar machte: nicht ein einzelner Stamm opponierte und sagte sich von der Krone los. Die Großen des Reiches traten geschlossen auf und erklärten in Tribur, nur wenn Heinrich IV. ein gerechter Herrscher sein werde, so würden sie ihm gehorsam sein.²⁰

Es ist schon darauf hingewiesen, daß die Entwicklung der Dinge nicht bloß eine Vereinigung der Stämme auf der Reichsversammlung, sondern auch einen engeren Zusammenschluß aller Reichsfürsten, als er ursprünglich wohl bestand, mit sich brachte. Das hatte bereits der Verlauf der Königswahlen im zehnten Jahrhundert gezeigt. Beim Beginn des neuen Jahrhunderts waren auf den Versammlungen, die über die Thronbesteigung Heinrichs II. entschieden, die weltliche und die klerikale Aristokratie vertreten. Aber die Leitung der Wahl und damit die ausschlaggebende Stimme lag wohl in den Händen der Laien. Bei der Wahlhandlung im Jahre 1002, von der wir uns ein deutlicheres Bild machen können, der zu Merseburg, führte den Vorsitz der Herzog von Sachsen.²¹ 1024 ist hiergegen eine Veränderung eingetreten: an der Spitze der Wahlversammlung von Kamba stand der Erzbischof Aribio von Mainz.²²

Aber noch in einer anderen Beziehung läßt sich die Ver-

18. Jahrb. Konrads II., I, S. 240 ff.

19. Jahrb. Heinrichs III., II, S. 227 ff. und G. Meyer v. Knonau, Jahrb. Heinrichs IV., I (1890) S. 8.

20. Herim. Aug. chron. 1053. „si rector iustus futurus esset“.

21. Jahrb. Heinrichs II., I, S. 222 ff. In Mainz hat freilich wahrscheinlich schon Willigis die Führung. s. U. Stutz, Reims u. Mainz.

22. Er gab die erste Stimme ab. Jahrb. Konrads II., I, S. 23.

schmelzung des geistlichen und weltlichen Fürstenstandes auf den Hoftagen zu einer Einheit verfolgen.

Es ist auseinandergesetzt, daß rechtlich die Synoden und die weltlichen Versammlungen streng geschieden waren: die ersteren waren Tagungen der Bischöfe, die letzteren des klerikalen und laikaln Adels. Diese Unterscheidung tritt auf einer Versammlung, die kurz vor dem Beginn der hier behandelten Epoche liegt, besonders deutlich hervor: in Tribur tagten 895 die Geistlichen und die Laien gesondert. Gesandte verkehrten zwischen ihnen.²³ Für die Gestaltung dieses Verhältnisses während unserer Epoche selbst kann wohl der Verlauf der Augsburger Synode 952 im großen und ganzen als typisch gelten: die weltlichen Fürsten waren auf ihr anwesend, aber Beschlüsse wurden allein von den geistlichen gefaßt. Nach dem Ende dieser Epoche lassen sich synodale Verhandlungen bemerken, bei denen auch Laien mitwirkten: die deutschen Konzilien der sechziger Jahre des elften Jahrhunderts, die über die Besetzung des römischen Stuhles Beschlüsse faßten, waren auch von weltlichen Großen besucht und beraten. Diese Erscheinung war sicher schon in der vorausgehenden Zeit vorbereitet. Da es die Krone war, die letzten Endes über die kirchlichen Angelegenheiten entschied, so kam es nicht darauf an, ob sie dabei nur von Geistlichen oder auch von Laien beraten war: hieraus mag sich das Eindringen des weltlichen Elementes in die Synoden erklären.

Die weltlichen Tagungen am königlichen Hofe schienen allmählich in der Reichsversammlung aufgehen und die Grenzen zwischen ihnen und den Konzilien sich verwischen zu können: die Entwicklung schien zu einer Vereinigung der verschiedenen Arten der Hoftage zu drängen. Es mochte sich damit wieder ein Zustand anbahnen, wie er im Reiche Karls d. Gr. bestanden hatte, in dem die einzige maßgebende Versammlung der Großen der Reichstag gewesen war. Doch es bestand ein sehr großer Unterschied: die karolingischen Reichstage waren Zusammenkünfte von königlichen Beamten gewesen; jetzt waren diese Beamten zu Fürsten des Reiches geworden. Denn die Dinge lagen doch keineswegs so, daß die Vereinigung der gesamten Aristokratie

22. Jahrb. der ostfr. Reiches III, S. 396 ff

Deutschlands auf dem Reichshoftage ihre unbedingte Unterwerfung unter das Königtum bedeutete. Die Momente, die diese Entwicklung hervorriefen, waren nicht bloß durch den politischen Willen der Krone bedingt; ihre Hauptursache ist daneben wohl sicher in der Ausbildung des Lehnswesens zu suchen, das die Glieder des Reiches in einer großen Gemeinschaft vereinigte. Gegenüber dieser Hierarchie verblaßten wohl die Sonderrechte und Sonderstellungen der einzelnen Stämme mehr und mehr, aber zu einer Stärkung der königlichen Mache hat sie kaum beigetragen.

Es ist dargelegt worden, daß wir für die anderthalb Jahrhunderte von der Gründung des deutschen Reiches an bis zum Ausgang Heinrichs IV. eine im wesentlichen feststehende Hoftagsverfassung anzunehmen haben. Aber es hat sich auch gezeigt, daß sich im Laufe der Zeit gleichsam unter der Oberfläche dieses Rechtes Kräfte veränderten und neugestalteten. Zwar ist es der Krone nicht gelungen, die Gewalten, die sich auf den Hoftagen um sie versammelten, gänzlich zu unterwerfen: am Ende der behandelten Epoche standen sie noch immer ungebrochen da. Aber die Gefahren für den Bestand des Reiches, die in der weltlichen Hoftagsverfassung ihren Ausdruck fanden, waren doch beseitigt. Wenn man auch um die Mitte des elften Jahrhunderts die Landeshoftage noch immer als die Grundbestandteile dieser Verfassung zu betrachten hat, ihre lebendige Kraft hatten sie eingebüßt; in der Politik triumphierte ganz zweifellos der Gedanke des Reiches. Andererseits aber trat gerade um diese Zeit deutlich hervor, daß das Synodalsystem in Deutschland seine alte verwundbare Stelle behalten hatte: ebenso wie für den König stand es für eine nichtdeutsche Macht, das Papsttum, zur Verfügung.

So lagen die Dinge, als mit dem Tode Heinrichs III. im Jahre 1056 die Macht, die in den Kämpfen der ersten Hälfte des zehnten Jahrhunderts die Verfassung des Reiches und damit auch der Hoftage geschaffen und die sie bisher gestützt und gehalten hatte, plötzlich fortfiel. Damit erhielten die Kräfte, die bis jetzt gebunden waren und die sich im Verborgenen neu gestaltet oder umgeformt hatten, Bewegungsfreiheit. Der Umsturz der alten Verfassung begann, und neue rechtliche Bildungen fingen an, an ihre Stelle zu treten.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Einleitung	1
Erster Teil: Die rechtliche Bedeutung der Beschlüsse der Hoftage	2
Erster Abschnitt: Die weltlichen Hoftage	2
1. Kapitel: Definition und Einteilung des Begriffs der weltlichen Hoftage	2
2. Kapitel: Die Beschlüsse der Reichshoftage	23
3. Kapitel: Die Beschlüsse der Landeshoftage	40
Zweiter Abschnitt: Die geistlichen Hoftage	58
4. Kapitel: Definition und Einteilung des Begriffs der geistlichen Hoftage	58
1. Die Reichssynode	59
2. Die kleineren geistlichen Hoftage	71
5. Kapitel: Die Beschlüsse der geistlichen Hoftage	73
Zweiter Teil: Die politische Bedeutung der Beschlüsse der Hoftage	95
1. Kapitel: Die Politik der Hoftage in der Zeit der Befestigung der königlichen Macht (911—54)	96
2. Kapitel: Die Hoftage unter der Herrschaft des Kaisertums zur Zeit Ottos I. und Ottos II.	112
3. Kapitel: Die Opposition gegen das Kaisertum Ottos III.	117
4. Kapitel: Die Opposition unter Aribon von Mainz. Die Reichssynodalpolitik Konrads II.	123
5. Kapitel: Die Stellung der deutschen Hoftage um die Mitte des elften Jahrhunderts	130
Schluß	138

Berichtigungen.

Seite 23, Zeile 10 lies: erörtert zu werden *statt* zu erörtert werden —
S. 32, Z. 5: diesem gegenüber *statt* diesen — *S. 44, Z. 5:* 1007 *statt* 1008 —
S. 48, Anm. 34: (Thietmar VI, 41, [28]) *statt* (Thietmar VI, 41) — *S. 49, Z. 16:* einem wohl nichtbayrischen *statt* einem nichtbayrischen — *S. 65, Z. 12:* einem erhöhten *statt* erhöhtem — *S. 73, Z. 12:* fassen *statt* lassen —
S. 83, Z. 15: wahrscheinlich *statt* ausdrücklich — *S. 96, Z. 19:* (911—54) *statt* (911—52) — *S. 107, Z. 11:* 916 *statt* 911 — *S. 133, Anm. 7:* Thietmar VI, 19 (14) *statt* Thietmar VI, 19 — *S. 135, Anm. 15:* Thietmar VIII, 65 (VII, 48) *statt* Thietmar VIII, 65 (48).

